



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 13

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE  
N. 13

-----  
vom 2.4.2014

-----  
del 2/4/2014

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 13

---

vom 2.4.2014

**Inhaltsverzeichnis**

*Landesgesetzentwurf Nr. 5/14: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreszeitraum 2014-2016 (Finanzgesetz 2014)" (Fortsetzung). . . . .Seite 1*

*Landesgesetzentwurf Nr. 6/14: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreshaushalt 2014-2016" (Fortsetzung). . . . . Seite 1*

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 13

---

del 2/4/2014

**Indice**

*Disegno di legge provinciale n. 5/14: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016 (Legge finanziaria 2014)" (continuazione). . . . .pag. 1*

*Disegno di legge provinciale n. 6/14: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016" (Continuazione) . . . . . pag. 1*

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.05 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach der genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Punkt 3 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 5/14: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreszeitraum 2014-2016 (Finanzgesetz 2014)"* (Fortsetzung).

Punto 3) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 5/14: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016 (Legge finanziaria 2014)"* (continuazione).

Punkt 4 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 6/14: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreshaushalt 2014-2016"* (Fortsetzung).

Punto 4) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 6/14: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016"* (Continuazione).

Wir fahren mit der Generaldebatte fort. Herr Abgeordneter Heiss, bitte.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Die Autonomie Südtirols ist drei grundlegenden Zielen verpflichtet: Der Schaffung von Gerechtigkeit, von Frieden und von Gestaltungsfreiheit. Der Grundsatz der Gerechtigkeit in Südtirol war 50 Jahre lang massiv gestört, ja geradezu gelähmt, und zwar durch staatlichen Zentralismus und Unterdrückung der Minderheiten in einer langen Parabel, die von 1922 bis 1972 dauerte. Die Bürger deutscher und ladinischer Muttersprache waren nicht nur unter dem faschistischen Regime, sondern auch im demokratischen Nachkriegs-Italien lange Zeit Bürger zweiter Klasse im Hinblick auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse. Sie waren nicht vollwertig im Hinblick auf politische Mitsprache auf regionaler Ebene und auf der Ebene von sozialen Leistungen wie Wohnbau, öffentlicher Dienst und Haushaltsmitteln. Diese Situation wandte sich mit dem Zweiten Autonomiestatut ab 1972 allmählich zum Besseren. Gerechtigkeit wurde zunehmend angestrebt und umgesetzt, wenn auch mit Rückschlägen, mit gefühlter oder realer Benachteiligung der einen oder anderen Sprachgruppe. Gerechtigkeit wurde ab 1972 durch die Berücksichtigung der Sprachgruppenstärke im öffentlichen Dienst und durch den verhältnismäßigen Einsatz von Haushaltsmitteln hergestellt. Letztere flossen vor allem ab 1989 vermehrt und lange Zeit so reichlich, dass sie letztlich für alle Ansprüche und Bedürfnisse genügend vorhanden schienen. Obwohl diese goldenen Zeiten inzwischen mehr als fünf Jahre zurückliegen, ist es heute weiterhin so, dass Gerechtigkeit das Fundament der Autonomie bleiben und sich daher auch in diesem Sinne weiterentwickeln muss. Dies gilt auch im Hinblick auf den vom Landeshauptmann angekündigten Autonomiekonvent. Es gilt auch Gerechtigkeit für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Autonomie im Hinblick auf die Beziehung zu anderen Regionen, vor allem unserer unmittelbarer Nachbarn in der Europaregion Tirol. Gerechtigkeit ist auch das wichtigste Leitprinzip, das den jährlichen Haushalt des Landes Südtirol bestimmen sollte. Dieses Gebot der Gerechtigkeit ist aktuell drängender denn je. Die Mittel werden geringer. Zugleich wachsen die Sparzwänge des Staates, während der Mittelbedarf zugleich anwächst. Aktuell und seit langem wachsen die sozialen Unterschiede, sodass der Anspruch auf Gerechtigkeit in der Gesellschaft insgesamt

auf dem Rückzug scheint. Mag sich die Autonomie auch halbwegs erfolgreich um Ausgleich zwischen den Sprachgruppen bemühen, so zeigt sich doch immer deutlicher, dass in Südtirol der Ausgleich insgesamt zunehmend schwer fällt. Es wächst spürbar der Unterschied zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen. Es wachsen die Differenzen zwischen verschiedenen Lebensräumen, zwischen Generationen und Geschlechtern, ebenso zwischen Lohnabhängigen und Selbständigen. Es spreizen sich die Unterschiede zwischen völlig voneinander abweichenden verschiedenen Arbeitsverhältnissen und Lohnkategorien sowie völlig unterschiedlichen unternehmerischen Positionen, die zwischen Selbstausbeutung einerseits und relativ gesicherter, ja sogar profitabler Unternehmertätigkeit schwanken. Die wachsenden Unterschiede zeigen sich aber auch in den Lebensräumen. So existiert ein Stadt-Landgefälle, das in vielen Dörfern zwar eine deutliche Einkommensschwäche gegenüber den Städten aufweist, die aber durch niedrigere Lebenshaltungskosten und Selbstversorgung oft, wenn auch nicht immer, ausgeglichen wird. In Städten existiert auf den ersten Blick zwar ein höheres Einkommensniveau, aber dafür ist die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse so ausgeprägt, dass in Bozen zwischen manchen Haushalten in Oberau und in Bozen Dorf, zwischen Obdachlosen und Oberschicht ein beinahe kontinentaler Graben besteht. Bei den Generationen ergeben sich auffallende Gemeinsamkeiten zwischen dem Präkariat vieler ganz Junger und der Altersarmut vieler Rentnerinnen und Rentner, während nur mittlere Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren in halbwegs gesicherten Verhältnissen mit guter Einkommensentwicklung leben können. Bei den Geschlechtern ist es ständig nötig, darauf hinzuweisen, dass die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen – der berühmte Gender Pay Gap – weiterhin stark auseinanderdriftet, selbstverständlich zu Ungunsten von Frauen. Ist die Schere bereits zwischen Einheimischen deutlich fühlbar, so ist sie noch stärker zwischen italienischen Staatsbürgern und EU-Bürgern und der wachsenden Zahl jener anderen Bewohner Südtirols, die dem bescheidenen Rest der Welt entstammen, spürbar. Viele Migranten in Südtirol leben unter Verhältnissen, die jeder Beschreibung spotten, nämlich in Armut und äußerster Sparsamkeit, zwar oft mit geschicktem Zugriff auf soziale Mittel, aber insgesamt doch in einer Anspruchslosigkeit, die unsere Vorstellungen übersteigt. All diese gesellschaftlichen Unterschiede bestanden vor 15, 20 und 25 Jahren nicht. Sie haben sich nach 2003 zunächst zu kleinen Rissen geweitet, dann ab 2008 zu einer spürbaren Kluft aufgetan und sind in den nächsten Jahren massiv aufgebrochen. Der Blick auf die letzten Jahre zeigt also, dass, wenn wir die Autonomie als Instrument im Dienst der Gerechtigkeit bewerten, die Pflicht der Autonomie zur Stärkung der Gerechtigkeit heute mehr denn je gefordert ist. Zugleich aber fällt es aufgrund sinkender Mittel immer schwer, diesem Gebot nachzukommen. Das ist die große Herausforderung, vor der dieser Haushalt steht, nämlich in vielen zunehmend krisenhaften Feldern auf einen Ausgleich hinzuarbeiten, während die Mittel knapper denn je ausfallen. Es wird auch immer deutlicher, dass im vergangenen Jahrzehnt manche strukturelle Kürzung von unnötigen Ausgaben notwendig gewesen wäre, um für strategische Sektoren langfristig vorzusorgen.

Der Ansatz des Landshauptmanns in seiner Regierungserklärung ist differenziert. Er ist zwar auch der Gerechtigkeit verpflichtet, aber im Vordergrund steht ein anderer von ihm immer wieder betonter Grundzug: Selbstverantwortung der Bürger, Schaffung von Freiräumen, Entlastung der Steuerträger, Befreiung statt Bevormundung. Der Kompatscher-Ansatz, wenn man so sagen darf, ist ein liberaler Ansatz, getragen vom Vertrauen in die Kräfte von Markt und Personen, denen neue Gestaltungsräume eröffnet werden sollen. Der von Ihnen immer wieder betonte Grundsatz der maximalen Eigenständigkeit bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis Südtirols zum Zentralstaat, sondern markiert insgesamt eine Grundüberzeugung: Raus aus der bisherigen Überreglementierung und Kontrolle, damit die Wirtschaft wieder Tritt fassen und Zukunft gewinnen kann. Das ist ohne jeden Zweifel ein sympathischer Zug, der dem Bürokratisierungs- und Regulierungsdruck in Stadt und Land allemal positiv begegnet. Man muss auch anerkennend festhalten, dass es ein ordoliberaler Ansatz ist, der die Kräfte des Marktes einer ordnenden Hand unterstellen will. Es ist auch ein Entwurf, der in der aktuellen Lähmung notwendig sein mag. Trotzdem glauben wir Grüne, dass der Ansatz Kompatschers ein wenig zu optimistisch auf die tiefe Kluft in der Gesellschaft Südtirols reagiert und die tiefen Kräfte unterschätzt, die diese Zerklüftung weiter vorantreiben. Mit Entlastung, die im Haushaltsansatz mutig angedacht ist und mit dem erst in Ansätzen vorgenommenen Bürokratieabbau mag die Wirtschaft zwar wieder anspringen, aber die Lebensverhältnisse vieler Menschen in Südtirol werden sich trotzdem und weiterhin verschlechtern. Das ist ein genereller Trend der Wirtschaft weltweit, die aktuell und wohl auch in Zukunft Niedriglohnkategorien in Serie produziert und die Lohnentwicklung insgesamt nach unten drückt, auch im europäischen Musterland Deutschland. Die Spreizung zwischen Einkommens- und Lebenssituationen ist der bestimmende Trend der Gegenwart und läuft damit dem für die Autonomie verankerten Gebot der Gerechtigkeit direkt entgegen. Das Gegengewicht, das der Haushalt diesen Grundtendenzen entgegensetzen könnte, erscheint aus unserer Sicht zu schwach ausgeprägt. Die Angebotsorientierung richtet sich vor allem an die Sektoren der Wirtschaft, denen bedeutende Erleichterungen in Aussicht gestellt werden. Der Kom-

patzcher-Ansatz ist zwar weit entfernt vom Luisischen Lobbyismus, der die Interessengruppen mit konkreten Angeboten zu ködern suchte, aber er vermeidet ebenso wie zu Durnwalders Zeiten eine entschiedene sozialpolitische Handschrift. So ist die Stärkung von Familien ebenso schwach spürbar wie jene für Ältere und Alleinerzieher. Maßnahmen der Jugendbeschäftigung sind ebenso unterbelichtet wie jene zur Dämpfung der stets drückenden Wohnungskosten. Gewiss ist das Landeskindergeld nach über fünf Jahren von 100 auf 200 Euro gesteigert worden, aber der Zugewinn wird vielfach durch eine Erhöhung der Kinderhorttarife kassiert. Zudem schreitet der Ausbau von Betreuungseinrichtungen bislang schleppend voran. Auch für die Aufstockung der Mindestrenten – Generalthema des Landtagswahlkampfes – ist ein Konzept erst umrissen, um der drohenden Senkung von öffentlichen Renten zu begegnen. Der Kollege Renzler hat gestern ausführlich darauf hingewiesen und Möglichkeiten erwähnt. Diese Richtung gilt es für die 5.000 Rentner zu beschreiten, die Kollege Renzler aus seiner Kompetenz her eingegrenzt hat.

Welche Maßnahmen setzt der Haushalt gegen die geringe Jugendbeschäftigung? Was ist von den im letzten Juli verabschiedeten Maßnahmen der Landesregierung umgesetzt worden? Will man den Folgen des neuen Wohngeldes, das ab Anfang 2013 eingeführt worden ist und als drastische Beschneidung wirkt, durch eine Korrektur begegnen? Sind die Folgen und Auswirkungen dieser Streichung überhaupt absehbar? Wie können mittelfristig die überhöhten Energiekosten abgesenkt werden? Wie kann der schreiende Unterschied zwischen den Energiekosten in Gemeinden mit eigener Produktion und jenen ohne diesen Vorteil ausgeglichen werden? Für manche Familien bedeutet dies immerhin Unterschiede von 300 Euro bis 500 Euro jährlich. Dies sind einige konkrete soziale Fragen, auf die Antworten zu finden sind. Wie kann ein Modell der Autonomie, das auf maximaler Eigenständigkeit und maximaler Gerechtigkeit basiert, zukunftsweisend umgesetzt werden? Die Antwort kann nicht sofort mit diesem Haushalt erfolgen, der noch von den Nachwirkungen der alten Ära geprägt ist; sie muss aber ansatzweise mit dem nächsten und dann mit dem für 2016 vorgesehenen Haushalt vollzogen werden. Ich möchte pointiert zuspitzen und sagen: An die Seite der ordoliberalen Ausrichtung im Sinne Kompatschers sollte auch eine ökosoziale Ausrichtung treten. Hierzu muss eine eigene tragfähige Finanzierung gefunden werden, denn die aktuelle Dotierung des Sozialhaushalts hält zwar auf konstantem Niveau, entspricht aber einer Schrumpfung, die in den Bereichen Pflege, Familien und soziale Beihilfen faktisch als Senkung zu Buche schlägt. Mit Sorge betrachten wir auch den Pflegefonds, in dem der jährliche Bedarf von 190 Millionen Euro, unter Ausschöpfung des Garantiefonds, nicht erreicht wird. Wir sehen auch, dass das neue Landeskindergeld mit den aktuellen Haushaltsansätzen nicht gewährleistet ist. Ab April/Mai werden es dann vielleicht nur mehr 100 Euro sein. Bitte korrigieren Sie uns, Herr Landeshauptmann! Es geht nicht nur um unsere persönlichen Fragen, sondern auch um jene einer breiten Öffentlichkeit.

Ich komme nun zu einem Bereich, dem meine besondere Sorge gilt, einem auf den ersten Blick marginalen Bereich, der bei den meisten Kollegen nur am Rande Erwähnung findet. Wer aber mit Kultur aufgewachsen ist und sich Südtirol ohne Musik, Theater, Kunst und Medien nicht vorstellen kann, sieht bedrückt, dass auch diese relativ schmale Position deutliche Einbußen erleiden muss. Kultur ist für die Autonomie und Identität unseres Landes eine zentrale Größe, die wesentlich dazu beiträgt, den Minderheitenstatus nach außen zu vermitteln und wirkungsvoll zu unterstreichen. Es ist eine Tatsache, dass ein Großteil der kulturellen Leistungen in unserem Land – Landesrat Achammer weiß das – ehrenamtlich erbracht wird. Ohne finanzielle Abgeltung, aber mit Passion und hoher Professionalität blickt man auf die überschaubaren Mittel, auf die Kultur in unserem Lande bauen kann. So vollführen die kulturellen Vereine, die Künstler und Einzelpersonen wahre Wunder, ebenso wie viele Institutionen des kulturellen Bereichs. Die Vereinigten Bühnen Bozen und das Kulturinstitut benötigen einen Bruchteil der Mittel, den etwa das Tiroler Landestheater in Innsbruck in Anspruch nehmen kann. Die Museen unseres Landes kommen mit einem vergleichsweise schmalen 6-Millionen-Euro-Etat über die Runden, der auf einem Drittel des Trentiner Werts liegt. Unsere Theaterleute, eine wirklich oft hochklassige Truppe, schlägt sich mit mäßigen Gagen durch und vollführt dabei immer wieder Glanzleistungen. Das gilt auch für die Stadttheater und freien Ensembles, die mitunter wahre Hungerkünstler sind. Alle diese Leute leisten für unser Land mehr als viele hoch alimentierte Professoren der Freien Universität Bozen, die im heutigen "Corriere della Sera" ein Loblied auf unsere Kultur singen. Umso unverständlicher ist die Aussage des Bozner Gemeinderates Georg Mayr, der jüngst gesagt hat, dass ihm der Bau des Hörtenbergtunnels wichtiger sei als die neue Landesbibliothek. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes Ausdruck eines Tunnelblicks.

Eine Anregung bzw. eine finanzielle Antwort könnte lauten: Überprüfen wir einmal die riesigen und überdimensionierten Immobilienbestände des Landes. Vielleicht könnte man sie in einem Zehn-Jahresprogramm abbauen und die Erlöse in einen Fonds im Rahmen der Agentur für wirtschaftliche und soziale Entwicklung einbringen.

gen. Ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber es wäre ein Vorschlag für einen echten Family-Fonds, dessen Erträge die sozialen Haushaltskapitel wirkungsvoll unterstützen könnten.

Eine weitere Antwort - von Landeshauptmann Kompatscher oft und auch glaubwürdig vertreten - wird in der gründlichen Revision der festgefahrenen Haushaltsansätze liegen, die durch das angekündigte Zero-Base-Budgeting erfolgen soll. Diese Durchsicht wird sicher große Umschichtungen mit sich bringen, mit der Folge, dass die Mittel sozial gerechter und wirtschaftlich effizienter verteilt werden können.

Eine dritte Antwort wird in einer Lösung der Energiefrage liegen, in einem Kompromiss, der mit einer neuen Energiepolitik auch höhere Dividenden für die öffentlichen Haushalte freisetzt, vielleicht auch für günstigeren Strom sorgt. Vor allem aber braucht es Ressourcen für energiesparende Maßnahmen, mit denen die Haushalte ihre Öko-Bilanz ebenso aufbessern können wie sie ihre Energiekosten senken, nach dem Vorbild von Prad und Moos.

Und auch wir Landtagsabgeordnete haben die Verpflichtung, die soziale Ausrichtung des Haushalts positiv zu gestalten. Im Zuge des Rentenskandals haben wir gegen das Grundgebot der Gerechtigkeit in schwerwiegender Weise verstoßen, nicht nur durch die Höhe der Renten selbst, sondern vor allem durch die Annahme der Vorschüsse. Die Lebens- und Einkommensverhältnisse von Abgeordneten müssen in direkter Beziehung zu jenen der Bürgerinnen und Bürger stehen, die uns gewählt haben. Daher können Politiker gut verdienen, auch ein Mehrfaches von Normalverdienern, dürfen aber keine dunklen Nebeneinkünfte in abnormer Höhe oder Sonderboni einstreichen. Der ungeschriebene Moralkodex für Politiker gebietet die Rückbindung des Einkommens an den Durchschnittslohn. Auch das Drei- oder Vierfache eines Facharbeiterlohns ist in Ordnung, nicht aber Extraboni, die die sogenannten Diäten dann nochmals aufblasen. Genau diese Vorzugsschiene haben wir uns mit den Vorschüssen auf die gekürzte Leibrente genehmigt: Kein Normalverdiener hat die Chance, aus seiner Rentenkasse Vorschüsse in Höhe von 45.000, 100.000 oder 500.000 Euro abzuziehen. Wir Abgeordnete haben diesen Segen willig und diskret eingestrichen, in der Auffassung, dies stünde uns nach der Rentenkürzung doch wohl zu. Das Einbiegen auf diese Privilegienspur hat die Wut, den Zorn und die grenzenlose Empörung von Zehntausenden ausgelöst und die Kundgebungen am Magnago-Platz beflügelt. Dutzende Gespräche mit Arbeitslosen, alleinverdienenden Müttern, Empfängern von Mindestrentnern, verschuldeten Unternehmern öffnen die Augen über die bittere Konsequenz der verlorenen Maßstäbe, auf die verlorene Glaubwürdigkeit von uns Politikern. Ich bin davon überzeugt, dass die meisten von uns aus diesem Zusammenbruch der Glaubwürdigkeit, aus diesem Vertrauensverlust gelernt haben. Daher fordern wir Grüne zur Rückzahlung der Vorschüsse auf und mahnen auch zur Reduzierung der Family-Fonds-Anteile und zu einer gerechten, vor allem transparenten Lösung, wie sie der Kollege Dello Sbarba gestern in seinen Ausführungen klar skizziert hat. Wenn dies gelingt, kann auch die Rückgewinnung von Vertrauen neu einsetzen. Wir dürfen aber auch erwarten, dass in diesem Falle eine veränderte Haltung auch gegenüber uns Abgeordneten eintritt. Wir haben zu Recht Kritik erfahren, auch schonungslose Kritik berechtigt hinnehmen müssen, aber wir haben auch in den Medien und in der Öffentlichkeit die Herabwürdigung von Politikern erlebt. Die hämische Verachtung, mit der manche Kollegen zu geldgeilen und sexbesessenen Unpersonen deklariert wurden, ist nicht akzeptabel. Sie wendet sich gegen jene zurück, die sie anheizen, dulden und fördern. Südtirol ist nach dem Rentenskandal zu einem illusionsfreien und schonungslosen Blick nicht nur auf seine politische Klasse, sondern auch auf sich selbst verpflichtet: Zum Blick auf eine politische Klasse, auf uns, die wie wir in einem wichtigen Punkt schmählich versagt und Vertrauen verwirkt haben, zum Blick aber auch auf eine Gesellschaft und Medienlandschaft, in der berechtigte Kritik und Empörung immer wieder von Hass, Ressentiment und Vernichtungswillen überwuchert werden. Gerechtigkeit ist auch hier das erste Gebot.

Landeshauptmann Kompatscher hat mit der Stellung der Vertrauensfrage dreierlei bewirkt: Er hat dem Landtag Souveränität zurückgegeben und einen Perspektiven-Wechsel gefördert. Er hat darauf verwiesen, wo die Entscheidungshoheit in diesem Lande liegt, nämlich in dem vom Südtiroler Volk gewählten Landtag. Die Vertrauensfrage hat auch dazu beigetragen, das Meinungsklima zu beruhigen und die Schatten von Neuwahlen ein wenig abzuweisen. Neuwahlen sind vorerst vom Tisch, aber es muss gelingen, eine gerechte, gesetzliche Lösung für die künftigen Amtsentschädigungen und Renten von Politikern zu finden. Daran wollen wir mitwirken. Ihre eigene Position, Herr Landeshauptmann, wurde die Vertrauensfrage gestärkt. Sie genießen ungemessenes Vertrauen, das Sie in dieser Form wohl weder beansprucht haben, noch haben wollten. Das ist nicht nur Ihr Verdienst, sondern auch Ausdruck eines verbreiteten wachsenden Wunsches nach Leadership, den man in Europa allenthalben feststellen kann. Es ist aber auch ein Signal dafür, dass die Ära Durnwalder ein Vakuum hinterlassen hat, eine anhaltende Sehnsucht nach einem starken Mann. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Schatten der Vergangenheit noch lange nachwirken werden. Der Weg zu mehr Demokratie und Beteiligung wird vielleicht länger dauern als vorgesehen, leider.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Eine Haushaltsdebatte bietet immer auch Gelegenheit, Bezug auf die allgemeine politische Situation zu nehmen. Ich habe die gestrige Debatte aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mitverfolgen können. Es kann also sein, dass ich Dinge wiederhole, die bereits von meinen Kollegen angesprochen worden sind.

Ich möchte auf einige Themen zu sprechen kommen, die mir im Grundsatzbericht fehlen. Ich betone, dass man sieht, dass dieser Haushalt eine neue Ausrichtung hat. Ich erlaube mir auch zu sagen, dass dieser Haushalt durchaus eine Freiheitliche Handschrift trägt, was vor allem daran erkennbar ist, dass man Steuern senken und vom allgemeinen Beitragsprinzip Abstand nehmen möchte. Auch das ist eine uralte Forderung von uns Freiheitlichen, und deshalb ist das mit Sicherheit positiv zu bewerten.

Ich möchte kurz persönlich auf die Rentendebatte zu sprechen kommen und ein paar Dinge zurecht rücken, vor allem für all jene, die neu sind und sich in der Öffentlichkeit von den Medien haben treiben lassen, von schwerwiegenden Fehlern gesprochen und bestimmte Dinge so dargestellt haben, als wäre hier eine Bande von Gaunern unterwegs, die den Versuch unternommen hat, sich selbst zu bereichern. Was mich anbelangt, möchte ich sagen, dass auch ich Fehler gemacht habe. Ich habe mich treiben lassen und eine Aussage getätigt, die politisch nicht nur unklug war, sondern für die ich wahrscheinlich auch ich weiß nicht wie lange bezahlen werde. Ich beziehe mich da auf meine Aussage zur "politischen Bombe", die ich so nie hätte machen dürfen. Diese Aussage ist aufgrund einer Notsituation auf der Bühne draußen auf dem Silivius-Magnago-Platz entstanden. Mir war überhaupt nicht bewusst, dass diese 40.000 Euro tatsächlich eine Bombe sein könnten. Es war nie die Rede von Vorschusszahlungen, sondern von einer Rentenvorabfertigung. Vielleicht war man hier selbst schon viel zu viel mit dem Wahlkampf beschäftigt, um realisieren zu können, dass das ein Privileg war, dass man nie hätte akzeptieren dürfen. Daran müssen wir uns alle messen. Wir sind wirklich alle davon ausgegangen, etwas Gutes zu tun, das heißt die Gehälter zu reduzieren und die Leibrenten abzuschaffen. Ich habe damals bei der Behandlung des Gesetzes gegen den Willen meiner Fraktion dagegen gestimmt. Ich möchte auch kurz noch einmal in Erinnerung rufen, wie das Ganze entstanden ist. Wir Freiheitlichen haben 2008 die Landtagswahlen vor allem mit den Themen Abschaffung der Politikerprivilegien, Gehälterreduzierung und Einsparung der Kosten der Politik im Allgemeinen gewonnen. Das muss man ganz klar sagen. Der erste Beschlussantrag, den die Freiheitliche Landtagsfraktion gestellt hat, betraf eine Reduzierung der Gehälter der Politiker und eine allgemeine Reduzierung der Kosten der Politik. Damals hat die gesamte Opposition für diesen Beschlussantrag gestimmt, und hätten auch die Arbeitnehmervertreter der SVP mitgestimmt, dann hätten wir eine Mehrheit gehabt. In der letzten Legislatur war es der klare Auftrag, Kosten einzusparen. Das hat man von Seiten der Bürger so gespürt und das haben auch wir Politiker uns selbst auf die Fahnen geschrieben. Wir haben uns wahrscheinlich auch selbst getrieben. Wir wollten den Beschlussantrag dann nochmals einbringen, sind aber von der Südtiroler Volkspartei gebeten worden, damit noch etwas zu warten, da man selbst tätig werden möchte. Als dann im Regionalrat der Präsidentenwechsel stattgefunden hat, wollte man es dort versuchen. Wir haben gesagt: "Lassen wir sie machen, und wenn unterm Strich tatsächlich gespart wird, dann soll es uns nur Recht sein." Ich habe damals dagegen gestimmt, weil ich nichts davon halte, diese heiße Kartoffel bei der Region zu belassen. Es war immer eine Forderung von uns Freiheitlichen, dass der Landtag endlich seine Kompetenz wahrnehmen soll. Nun gut, wir wissen, wie die Dinge dann gelaufen sind, und hier müssen auch wir Freiheitlichen uns offen dazu bekennen, dass wir es verabsäumt haben, zu kontrollieren. Die damalige Präsidentin des Regionalrates hat uns immer wieder gesagt, dass man die Zeit brauche, um mit den ehemaligen Regionalratsabgeordneten eine Vereinbarung zu treffen. Es ging ja hauptsächlich um diese, da man nicht mehr das Geld hatte, um deren Renten zu bezahlen. Wir haben unsere Aufsichtspflicht unterlassen und unsere Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Wir hatten nicht unbedingt ein gutes Krisenmanagement und für mich war es unglaublich schwierig, in dieser Drucksituation richtig zu handeln. Man weiß ja nicht immer, was richtig oder falsch ist und lässt sich vielleicht zu Aussagen hinleiten, die sich im Nachhinein nicht unbedingt als positiv erweisen. Alle zusammen haben wir ein Bild abgegeben, was mich schon ein bisschen ärgert, denn wir haben uns viel zu viel treiben lassen und viel zu lange gewartet, einige Dinge ins rechte Licht zu rücken und richtig darzustellen. Wir haben kostbare Zeit vergeudet, denn man hätte schnell und rasch parteienübergreifend handeln und Zahlen und Fakten auf den Tisch legen müssen. Wir wissen im Grunde genommen alle nicht, was richtig ist, und das ist peinlich. Wir wissen nicht, ob es Einsparungen gibt oder nicht, ob wir über den Tisch gezogen worden sind oder nicht, ob wir blauäugig gehandelt haben oder nicht. Ich hoffe, dass man aufgrund des Drucks jetzt nicht den Fehler macht, etwas schnell schnell zu machen, sondern dass man wirklich etwas macht, was Kopf und Fuß hat und mit dem man jederzeit vor die Menschen treten kann. Wenn ein junger Mensch heute in die Politik geht und das hauptberuflich macht, dann stellt dieser einen Teil seines Lebens der Allgemeinheit zur Verfügung. Deshalb

finde ich es nicht richtig, dass dieser überhaupt keine Rente mehr erhalten soll. Ich würde mir nur wünschen, dass man hier wirklich gemeinsam diskutiert und gemeinsam nach Lösungen sucht. Wenn zum Schluss wirklich etwas Gutes herauskommt, dann hat sich das Ganze vielleicht ja auch ausgezahlt. Es ist viel Porzellan zerschlagen worden, und zwar nicht nur von Seiten der Politik, sondern auch von Seiten der Medien, die auch ihr eigenes Spiel spielen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es ein positiver Nebeneffekt ist, dass wir alle in derselben Situation sind, aber die Hauptmessage geht schon in Ihre Richtung, Herr Landeshauptmann. Ich habe nämlich nach wie vor das Gefühl, dass man Ihnen sagen wollte: "Bursche, die Stimmung in diesem Land machen wir und nicht Du! Du hast das zu tun, was wir uns wünschen!" Deshalb ist Ihre Ankündigung, dass Sie die Vertrauensfrage stellen wollen, ein Schachzug Ihrerseits. Irgendwann muss ein Befreiungsschlag her, damit wir überhaupt arbeiten können. Wir sind ja alle gelähmt! Politisch funktioniert gar nichts, und das können wir uns angesichts der Zeit, in der wir leben, nicht leisten. Nur die Forderung nach Neuwahlen zu erheben und zu glauben, dass das Problem damit gelöst wäre, ist mir ein bisschen zu wenig.

Eines hat diese ganze Geschichte auch gezeigt. Wenn auf dem Platz draußen 300, 500 oder 700 Leute "Fockn", "Schweine" und was weiß ich noch alles schreien und erbost sind, dann reagieren wir sofort, aber wenn Zigtausende friedlich an einem Unabhängigkeitstag demonstrieren und für mehr Freiheit eintreten, so wie es in Meran geschehen ist, dann reagiert niemand. Diese Menschen werden als Ewiggestrige beschimpft, ausgelacht und verspottet. Ich möchte das schon ein bisschen vergleichen. Diese Menschen haben diszipliniert, friedlich, sprachgruppenübergreifend einen Unabhängigkeitstag gefeiert und Kultur und Tradition herausgekehrt. Natürlich waren da draußen auch ehrlich Erboste, aber wenn laut geschrien und durchgedreht wird, dann reagieren wir rasch. Das möchte ich schon ein bisschen hinterfragen. Hier fehlt mir die Grundausrichtung im Allgemeinen, denn das würde ja bedeuten, dass derjenige, der lauter schreit, Recht hat. Das kann es ja nicht sein, und das wird auch in der Politik immer wieder in Frage gestellt und beanstandet. Da hört man dann Worte wie Populisten usw. Ich möchte noch einmal betonen, dass sich sehr viele Menschen zurecht darüber aufregen, was passiert ist, aber sehr viele Menschen regen sich auch darüber auf, wie wir die Politik im Allgemeinen gestalten. Letzteren werden keine konkreten Antworten geboten. Die haben auch nicht die Medien auf ihrer Seite, und daran sieht man, welche Wahnsinnsmacht Medien in diesem Land haben. Die Politik wird mundtot gemacht und in eine Ecke gestellt. Der Politiker ist Freiwild und kann "abgeschossen" werden. Auch wir sind Menschen, die ihre Grenzen haben, aber das spielt anscheinend keine Rolle. Medien schüren das natürlich mit, aber wenn viele Tausende für etwas eintreten, dann haben sie dafür nur wenig übrig.

Und damit bin auch schon beim Thema des Autonomiekonvents. Ich stehe diesem kritisch und skeptisch gegenüber, da ich befürchte, dass bisherige Errungenschaften des Zweiten Autonomiestatuts in Frage gestellt werden könnten. Die Positionen des PD bezüglich der zentralen Grundsätze unserer Autonomie - muttersprachliches Prinzip, Ansässigkeitsklausel, Proporz usw. - sind ja bekannt und versprechen nichts Gutes. Ich habe ab und zu das Gefühl – das meine ich nicht angriffslustig oder böse -, dass Teile der Südtiroler Volkspartei das Autonomiestatut weniger als Schutzvorrichtung für unsere Mehrheit sehen, sondern vielmehr als Schacherobjekt missbrauchen, um mit dem Koalitionspartner PD neu verhandeln zu können. Das darf es nicht sein! Wennschon, dann müssen wir Kompetenzen in der Finanz- und Steuerpolitik und hinsichtlich der Einwanderungsfrage nach Südtirol holen. Das sind zentrale Themen und werden bei der Bevölkerung draußen als Grundbedürfnisse verstanden. Es heißt ja, dass wir die stärkste Vertretung in Rom aller Zeiten und angeblich auch den autonomiefreundlichsten Ministerpräsidenten aller Zeiten haben. Deshalb dürfte es eigentlich keine Schwierigkeiten geben, irgendwann eine Kompetenz in diese Richtung nach Hause zu tragen. Stellt sich nur die Frage, was man will und wie glaubwürdig man dafür eintritt.

Das Thema der Einwanderung kommt im Bericht des Landeshauptmannes zum Haushalt überhaupt nicht vor, obwohl es ebenso eine große Herausforderung für unser Land ist, und zwar nicht nur in Bezug auf den Kostenfaktor, sondern insgesamt in Bezug auf die Integrationspolitik. Hier gibt es bestimmte Dinge, die man nicht nur überdenken, sondern tatsächlich neu niederschreiben sollte. Man sollte nicht nur in Bezug auf die Renten eine neue Regelung verabschieden, sondern auch hinsichtlich der Einwanderungsfrage. Die Gemeindeintegrationskommissionen sind in ihrer heutigen Form ein reines Alibi-Gremium, das keine klaren Aufgaben hat. Über den Landeseinwanderungsbeirat haben wir auch schon gesprochen, und wir wagen zu bezweifeln, ob er in seiner derzeitigen Form überhaupt etwas bringt. Die Anti-Diskriminierungsstelle ist auch mehr als fraglich und somit abzuschaffen. Wir sollten uns trauen, einen Integrationsvertrag auszuarbeiten. Dabei soll es sich nicht nur um eine reine Absichtserklärung, sondern tatsächlich um eine Ehrenerklärung handeln, sich in die Südtiroler Identität integrieren zu wollen. Das Land soll klare Spielregeln aufstellen, die einzuhalten sind. Wenn wir die Integration glaubwürdig vorantreiben wollen, dann können wir es uns nicht leisten, nur zu glauben, dass sich unsere Lehrer ausbil-



den, unsere Kinder anpassen müssen usw. Man muss gezielt auch auf die Elternhäuser gehen, denn es nützt nichts, wenn man Kindern die Integration aufzwingt. Man muss auch deren Eltern mit ins Boot holen. Es kommen ja wirklich sehr viele Menschen zu uns, die aus völlig anderen Realitäten und Kulturkreisen stammen. Es ist niemandem geholfen, wenn wir heute versuchen, die Arbeitslosen von morgen auszubilden. Das kann es nicht sein. Gerade im Bereich Schule muss auch den Eltern klargemacht werden, wie wichtig eine Ausbildung ist. Es braucht auch ein klares Konzept bezüglich Sprache. Ich habe erst kürzlich wieder mit jemandem gesprochen, der an einer Schule arbeitet, an der es 56 Prozent Ausländerkinder gibt. Für eine Lehrperson ist es unglaublich schwierig, Schüler mitzuziehen, die die Sprache nicht beherrschen. So etwas sollte es nicht geben, denn damit machen wir auch den ausländischen Kindern keinen Gefallen. Es ist überhaupt nicht schlimm, wenn man verlangt, dass Sprachkurse verpflichtend gemacht werden. Etwas, was auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist natürlich die Landesgeschichte, unsere Bräuche und Traditionen. Manche Leute sagen immer wieder, dass alles, was zu uns kommt, ein kultureller Reichtum wäre. Wir brauchen uns aber auch nicht für unsere Bräuche und Traditionen schämen, und es ist auch für diejenigen, die zu uns kommen, eine kulturelle Bereicherung und Vielfalt, wenn sie unsere Kultur kennenlernen. In Bezug auf die Sozialleistungen haben wir bereits in der letzten Legislatur den Vorschlag gemacht, weniger direkte finanzielle Zuwendungen zu geben. Mittlerweile gibt es ja Studien, die belegen, dass sehr viel Geld ins Ausland überwiesen wird. Es geht dann irgendwo am Kindergeld vorbei, wenn die Leistung beispielsweise nicht dem Kind zugute kommt. Es sollte nicht so sein, dass mit diesen Leistungen Geschäfte gemacht werden, denn das wäre dann ja ein Missbrauch von Sozialleistungen. Wir haben den Vorschlag gemacht, Sozialleistungen mit Gutscheinen zu finanzieren. Dann hätte man die Kontrolle, dass die Kinder tatsächlich im Land leben. Die Leistung würde tatsächlich dem Kind zugute kommen und es würde auch tatsächlich Integration stattfinden.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die Alleinerziehenden. Das ist auch immer so ein Thema, über das wir schon seit vielen Jahren diskutieren. Wir müssen hier wirklich kontrollieren. Ich habe in der letzten Woche einige Sprechstunden im Pustertal gehabt, und dabei ging es immer um dasselbe Thema. Es geht um wirklich Alleinerziehende, wobei die Väter teilweise gestorben sind. Die Kinder sind noch zu klein, als dass die Frau tatsächlich einem Vollzeitjob nachgehen könnte. Sie bekommt für eine Teilzeitarbeit 700 bis 800 Euro. Ich nehme einen konkreten Fall einer Alleinerziehenden heraus, die Schulden des verstorbenen Partners abzahlen muss. Das Kind ist jetzt 8 Jahre alt. Die Frau verdient 700 Euro, darf wöchentlich nur 100 Euro ausgeben. Was das bedeutet, ist wohl allen klar. Die Frau hat eine Sozialwohnung, und ich möchte fragen, warum sie beim Wohnbauinstitut Bruneck angeben muss, dass sie jährlich 3.000 Euro Unterhalt bekommt, nachdem das nicht der Fall ist. Der Mann ist ja gestorben! Das ist dann ja auch ein Schwindel. Ich habe das recherchiert, und mir leuchtet dies wirklich nicht ein. Wir wissen, dass geschwindelt wird, aber es kann nicht sein, dass echte Alleinerziehende, die wirklich Probleme ohne Ende haben, fast dazu gezwungen werden, einen Schwindel anzugeben, obwohl sie nichts bekommen. Es gibt sicher auch noch andere solche Fälle. Viele melden sich auch über Facebook, aber ich kann mir vorstellen, dass viele nicht gerne über ihre eigene Situation reden. Ich ersuche also wirklich darum, das zu korrigieren.

Ein anderes Thema ist die Ungleichbehandlung zwischen den Müttern, die im öffentlichen Dienst arbeiten und jenen, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Das ist Frauen- und nicht Quotenpolitik! Das sind die Probleme, die die Frauen in Südtirol verspüren. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Ich werde mich dann noch im Rahmen der Artikeldebatte zu einzelnen Bereichen äußern. Mir war es ein Anliegen, über diese Dinge zu sprechen. Eines sind die Zahlen und Fakten, die den Haushalt betreffen, etwas anderes ist das Thema der Einwanderung, das auch mit Zahlen zu tun hat, aber viel tiefer geht. Das hat mit uns als Minderheit und Gesellschaft insgesamt zu tun. Wir müssen künftig die Weichen so stellen, dass das Ganze erträglich ist. Man muss versuchen, Integration nicht nur als Einbahnstraße zu sehen, sondern als Bringschuld, die die Menschen haben, die zu uns ins Land kommen.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die Schülerinnen und Schüler der Klassen 2 A und 2 B des Sprachgymnasiums Schlanders mit Prof. Hauser recht herzlich im Landtag begrüßen.

Abgeordneter Zimmerhofer, bitte.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg eine Anregung in Bezug auf die Geschäftsordnung machen. Die Redezeit von einer Stunde ist meines Erachtens zu lang, denn wenn jemand in einer halben Stunde nicht imstande ist, das zu sagen, was ihm

am Herzen liegt, dann hat er mit sich selber ein Problem, ja nicht nur er, sondern der ganze Landtag, der in seiner Arbeit blockiert wird.

Ich möchte vorausschicken, dass ich diesem Haushalt nicht zustimmen kann, und zwar aus den folgenden schwerwiegenden Gründen: Aus meiner Sicht ist die Verknüpfung der Vertrauensfrage mit der Verabschiedung des Haushalts nicht in Ordnung. Das ähnelt doch stark der politischen Praxis in Rom. Wenn ein Drittel des Landeshaushaltes, also circa 1,4 Milliarden Euro, für die Schuldentilgung des Staates zur Verfügung gestellt werden muss, und zwar laut Mailänder Abkommen solange, bis die Staatsverschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beträgt – zur Zeit hat Italien eine Verschuldung von 30 Prozent des BIP –, dann bedeutet das, dass wir uns auf Jahrzehnte und Jahrzehnte freiwillig verschulden, obwohl wir eigentlich einen ausgeglichenen Haushalt hätten. Unser Wohlstand ist auf Schulden aufgebaut, die die nächsten Generationen ausbaden können. Es ist gut, dass die nächste Generation anwesend ist. Ich frage mich, wie man einen solchen Knebelvertrag abschließen konnte. Einen solchen Vertragspartner wünscht sich doch jeder! Bevor man einen solchen Vertrag abschließt, müsste man dem Staat eine Liste zukommen lassen, aus der hervorgeht, wo er effektiv einsparen kann. Das ist eine ziemlich lange Liste, und ich habe mir ein paar Punkte aufgeschrieben. Erst nach Abarbeitung derselben kann eventuell über einen Solidaritätsbeitrag unseres Landes gesprochen werden. Einige Punkte sind beispielsweise die Abschaffung der Region, die Abschaffung des Regierungskommissariates, die Reduzierung der Militärausgaben um ein Drittel, so wie es unter Monti geplant war, die Zusammenlegung der Polizeidienste, der Anpassung des Verhältnisses der Polizeikräfte zur Anzahl der Bevölkerung, so wie es in anderen europäischen Ländern üblich ist – Italien zahlt Bußgeld dafür, dass es immer noch eine Militärpolizei unterhält –, die Abschaffung von Diensten, die auch das Land anbietet – wir leisten uns ja den Luxus von fünf verschiedenen Einsatzkräften hinsichtlich der Bergrettung –, ...

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja, das muss man aber mit den Kosten abrechnen, die wir für den Staat bezahlen. Dasselbe gilt für das Weiße und für das Rote Kreuz, für die Sanitätskontrollen usw.

Wir haben den größten Teil des Landeshaushaltes zweckgebunden und nur ganz wenige Prozentpunkte, die für wichtige Investitionen zur Verfügung stehen. Eine wichtige Investition wäre beispielsweise der Ausbau eines energieautarken Landes. Wir haben eine Energie-Produktion von 5,5 Milliarden Kilowattstunden im Jahr, wobei wir nur die Hälfte davon selbst verbrauchen. Da wäre natürlich sehr viel Potential vorhanden. Ein weiterer Punkt wäre die schnellstmögliche Umsetzung eines klimaneutralen Landes. Wir kennen ja die jüngsten besorgniserregenden Studien in Bezug auf die Klimaentwicklung. Hier kann wirklich jeder persönlich seinen Beitrag leisten. Ich persönlich kann mich auch fast klimaneutral nennen. Ich beziehe meinen Strom aus heimischer Wasserkraft von einer Genossenschaft, die Fernwärme von einem privaten Anbieter, der mit Hackschnitzeln klimaneutral produziert. Die Abwässer fließen in die Kläranlage, der Abfall wird getrennt. Hapern tut es nur mehr bei dem Auto, aber auch dort bin ich stark dahinter, klimaneutral zu werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sind Investitionen in Forschung und Entwicklung, die im Verhältnis zu den Nachbarregionen hinterherhinkt. Es braucht auch eine steuerliche Entlastung für Bürger und Betriebe, was löblicherweise in diesem Haushalt vorgesehen ist. Auch braucht es einen Bürokratieabbau und eine schlanke Verwaltung. Großes Potential liegt in der digitalen Zukunft. In Estland, einem ehemaligen Ostblockland, findet das öffentliche Leben hauptsächlich online statt. Regierung, Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Recht werden digital organisiert. Zur Zeit ist die Steuererklärung hoch aktuell. Für die Esten ist die Steuererklärung kein Behördenhorror mehr wie bei uns. Die Daten werden automatisch bei Arbeitgebern, Banken und anderen Organisationen abgerufen. Am Ende überprüfen die Bürger die Informationen und schicken das Formular einfach ab. Einer meiner größten Wünsche wäre es deshalb, wenn auch wir soweit kommen könnten, dass der einfache Bürger das Formular ausfüllen und abschicken könnte.

Ein weiterer Punkt ist die massive Aufstockung der Mittel für die Entwicklungshilfe. Wir müssen den Leuten vor Ort helfen, denn wenn sie zu uns kommen, dann haben wir ein Problem, weil unser Sozialsystem ausgenutzt wird und nicht mehr funktionstüchtig ist. Die Politik muss sich als Dienstleister am Bürger sehen und den Bürger soweit wie möglich entlasten.

Meine Kollegen der Fraktion und ich haben in dieser kurzen Zeit effektive Schritte gesetzt und durch Vorschläge und Beschlussanträge bereits entsprechende Zeichen gesetzt. Wir fordern den Ausbau des Bahnnetzes, beispielsweise die Riggertalschleife, die Überetscher Bahn, das Tauferer Bahnl usw. Es braucht auch eine Förderung des Umstiegs auf erdgasbetriebene Fahrzeuge und einen Ausbau des Erdgasnetzes, um einerseits die Umwelt zu schonen und andererseits den Bürger zu entlasten. Die Aufbewahrung der Sprachgruppenzugehörigkeits-

erklärung sollte vom Landesgericht zurück an die Gemeinden. Das ist ein Spießrutenlauf sondergleichen! In Bezug auf die die Ablegung der Fahrprüfung für Kleinkrafträder gibt es auch viele Beschwerden. Die Sportler sollten zum Land, denn die staatlichen Institutionen sollten sich um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern.

Ich komme zum Schluss. Allgemein fehlt mir einfach ein bisschen die Zukunftsvision dieser Landesregierung. Die politische Aufmerksamkeit richtet sich zur Zeit auf den Rentenskandal, der uns blockiert und hemmt. Wir hätten so viele gute Leute, die Ideen hätten und arbeiten möchten. Ich möchte auch noch einmal meinen Vorschlag in Bezug auf die Politikerrenten anbringen. Zunächst muss die Kompetenz von der Region auf das Land übergehen. Des Weiteren braucht es eine Anpassung der Gehälter, der Pensionen und der Parteienfinanzierung an das System, das im Bundesland Tirol zur Anwendung kommt. Natürlich ist mir klar, dass es dort weniger Kompetenzen und auch weniger Sitzungen gibt, aber das soll dann eben im Verhältnis ausgeglichen werden. Ich frage mich, wo die Vollautonomie ist, von der ja immer wieder geredet wird. Viele Wege führen weg von Rom. Ich war Anfang Februar bei der Generalversammlung bei der Europäischen Freien Allianz dabei – das ist die politische Vereinigung der Völker in Europa ohne Staat -, wobei die Katalanen und Schotten ihren Weg zur Unabhängigkeit ganz klar beschrieben haben. Die Schotten haben ein Weißbuch vorgestellt, in dem insgesamt 256 Fragen der Bürger enthalten sind. Letzthin hat es dann auch das große Fest der Selbstbestimmung in Brüssel mit 25.000 Teilnehmern gegeben. Leider war Südtirols EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann nicht anwesend, obwohl es auch sein könnte, dass ich ihn bei dieser Menschenmenge übersehen habe. Auf alle Fälle ist es schade, dass man nicht in diese Richtung geht. Sollte die Autonomie weiterhin beschnitten werden, dann sollte die SVP den Artikel wieder aus der Versenkung holen, für den sie damals gegründet worden ist, und klare Zeichen setzen.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die Klassen 2A und 2B der Technischen Fachoberschule Meran mit Prof. Schwienbacher begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Frau Abgeordnete Hochgruber Kuenzer, bitte.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Bericht zum Haushalt steht, dass dieser Haushalt das letzte Mal in dieser Form aufliegen würde. Man hat bestehende Haushalte hergenommen und darauf aufgebaut. In beziehe mich in meinen Ausführungen auf die Neuausrichtung. Wir sind jetzt den Monat April und im Dezember muss bereits ein neuer Haushalt genehmigt werden. Wir arbeiten also ab dieser Genehmigung bereits am nächsten Haushalt.

Der Haushalt ist im Grunde genommen die Summe des Einsatzes und der Arbeit der Menschen Südtirols. Wenn die Südtiroler tüchtig sind, arbeiten und viel erwirtschaften, dann kann das Land das zur Verfügung stehende Geld dementsprechend verteilen. Und hier liegt die große Herausforderung. Es muss an alle gedacht werden. Wir haben in den letzten Jahrzehnten eine gute wirtschaftliche Entwicklung gehabt, aufgrund der das Sozialnetz enger werden konnte. Es sind weniger Leute durchgefallen und das Sozialnetz hat gehalten, was auch gut war. Wenn es in Zukunft so bleiben soll, dann braucht es eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen kann, vor allem für Jugendliche. Hier ist ein großes Umdenken gefragt, denn junge Menschen brauchen andere Arbeitsplätze als unsere älteren Mitmenschen. Es ist ein Kapitel für ein Gremium geschaffen worden, das alle öffentlichen Ausgaben überprüft. Dabei ist es für mich besonders wichtig, dass der ländliche Raum mitberücksichtigt wird. Auch dort brauchen wir in Zukunft weitere Arbeitsplätze. Damit meine ich konkret Arbeitsplätze, die der heutigen Ausbildung gerecht werden. Ich war vor ungefähr einem Monat in Bayern, und dort wurde klar aufgezeigt, was den jungen Menschen dazu bringt, wieder in sein Heimatdorf zurückzukehren. Es ist nicht nur der Arbeitsplatz, sondern es ist vor allem das Zwischenmenschliche, das in einem Dorf funktionieren muss. Wenn Jugendliche einen Universitätsabschluss machen und die Gemeinde den Jugendlichen dazu gratuliert, dann besteht wieder eine Beziehung und junge Menschen werden dazu inspiriert, dort Arbeitsplätze zu schaffen, Unternehmen zu gründen, je nach Ausbildung und Möglichkeit. Da müssen wir auf jeden Fall ansetzen.

Ansetzen müssen wir aber auch im Bereich Bildung. Die Menschen draußen auf dem Land müssen Zugang zu Bildung haben. Wenn junge Familien auch in Zukunft auf dem Land leben und wohnen sollen, auch wenn ihr Arbeitsplatz nicht vor Ort ist, dann müssen wir den Zugang zu Bildung vor Ort aufrecht erhalten. Ein Kind, das das letzte Jahr in den Kindergarten geht, bevor es in die Schule geht, hat ein Anrecht auf Schülerbeförderung. Ich habe mit Landesrat Achammer bereits darüber gesprochen. Das ist einfach eine Notwendigkeit. Hier gilt es, die Ressourcen zu bündeln. Ich bin davon überzeugt, dass das nicht unbedingt mehr kostet. Es geht einfach darum, genauer hinzuschauen und diese Möglichkeit für junge Familien zu schaffen.

Das Gleichheitsprinzip gilt natürlich auch im Bereich Familiengründung und soziale Absicherung für Frauen, die im öffentlichen Dienst arbeiten und für jene, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Das ist nicht etwas Neues,

sondern das ist bereits in der letzten Legislatur mit einem Beschlussantrag eingefordert worden. Ich habe diesen Beschlussantrag mit viel Widerstand eingebracht. Es geht mir nicht darum zu sagen, dass jene, die im öffentlichen Dienst arbeiten, gekürzt werden sollen. Ich möchte das Gegenteil erreichen. Wir müssen versuchen, dass Frauen, die in der Privatwirtschaft arbeiten, die Möglichkeit haben, die Zeit für Familiengründung zu nutzen. Woran wir noch arbeiten müssen – da geht es um eine gute Kommunikation mit der Wirtschaft -, ist, dass es möglich sein muss, den Arbeitsplatz zu sichern bzw. zu erhalten. Wir wissen, dass die Frauen nicht mehr Zeit ihres Lebens zu Hause bei der Familie bleiben. Das reicht einfach nicht mehr. Sie müssen in die Erwerbsarbeit einsteigen, damit sie, wenn sie alt sind, abgesichert sind. Was wir in der Privatwirtschaft brauchen, ist die Arbeitsplatzsicherung, die die öffentlichen Angestellten haben. Hier muss das Gleichheitsprinzip genauso gelten. In Zukunft werden die Menschen bis zu einem Alter von 67, vielleicht sogar bis zu 70 Jahren arbeiten müssen. Geben wir ihnen die Zeit, die Familie zu stärken, ordentlich Wurzeln zu schlagen und dann wieder in die Gesellschaft hinauszugehen und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Diese Maßnahme belastet den Haushalt nicht, denn sie erspart uns im Nachhinein viele andere Ausgaben.

Ich habe mit Landesrat Theiner in der letzten Legislatur einige Male darüber gesprochen, dass Pflegefamilien, die ein Kind aufnehmen und sich dazu bereit erklären, diesem Kind Familie zu geben, neben der Entschädigung auch eine soziale Absicherung brauchen. Es kann nicht sein, dass man, wenn man arbeitet, sozial abgesichert ist, während Familien, die ein Pflegekind aufnehmen – hier trifft es vor allem Frauen -, nicht sozial abgesichert sind. Hier sollte ein Ausgleich geschaffen werden.

Auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs kann eine Veränderung angedacht werden, wobei natürlich alles einen Wert haben muss. Ich möchte nicht sagen, dass das, was nichts kostet, nichts wert ist. Die Situation hat sich in den letzten Jahren sicher verbessert, da immer wieder neue Möglichkeiten bzw. Angebote geschaffen worden sind. Ich habe nicht den Eindruck, dass man bei uns über den Wert, den man hat, redet. In anderen Ländern ist es nicht vorstellbar, dass man gerade im öffentlichen Bereich solche Angebote bekommt.

Was mich noch staunen lässt, ist das Kulturgesetz, das anscheinend schon im Oktober vorgelegt werden soll und sprachgruppenübergreifend sein wird. Na ja, das birgt schon ein gewisses Risikopotential in sich. Wir müssen gerade im kulturellen Bereich darauf achten, dass dort tausende von Ehrenamtlichen tätig sind. Wir müssen im Kulturbereich also sehr vorsichtig sein und dürfen nicht einfach das Deutsche, Italienische und Ladinische zusammenlegen. Es ist mutig, einen solchen Schritt zu gehen. Im Bereich Schule wäre das genauso notwendig, wobei das Ehrenamt immer berücksichtigt werden muss.

Nun komme ich zu meinem Kerngeschäft, nämlich zur Landwirtschaft. Die Landwirtschaft muss in diesem Haushalt ein Minus von 6,5 Prozent hinnehmen, so wie andere Bereiche natürlich auch. Wenn gesagt wird, dass wir in den letzten 15 Jahren kontinuierlich ein Minus gehabt haben, dann fühle ich mich natürlich mitverantwortlich, weil ich wahrscheinlich zu wenig oft aufgestanden bin und mich dafür eingesetzt habe. Ich habe auch mit dem zuständigen Landesrat prekäre Situationen abgeklärt und gesagt, dass der Förderungsstopp vor allem Menschen im Grenzbereich getroffen hat. Man hat mit einer Förderung gerechnet, kann nicht mehr vom Vertrag zurücktreten und befindet sich somit in einem großen Dilemma.

Die Landwirtschaft hat einen Mehrfachnutzen, vor allem die Berglandwirtschaft. Unsere Lebensqualität ist bei einer bearbeiteten Kulturlandschaft wesentlich höher als bei einer nicht bearbeiteten Kulturlandschaft. Wir sollten nicht eine Vogel-friss-oder-stirb-Mentalität anwenden, sondern dieser Mehrfachnutzen sollte uns auch etwas wert sein. Wir können den Wert natürlich nicht mit Zahlen ausgleichen, aber wir können ihm verantwortungsvoll und mit einer Portion Verständnis entgegentreten. Ich lebe in einem ländlichen Gebiet und weiß, mit welchen Nachteilen die Leute dort zu kämpfen haben. Die Entfernung ist oft ein großes Problem, und die Kinder haben oft nicht die Möglichkeit, in einem Sportverein, in einer Musikschule oder in anderen Institutionen mitzumachen. Ich wünsche mir also, dass man diesen Wert erkennt. Wenn die Landwirtschaft von den eigenen Produkten leben könnte, dann bräuchte es nicht so viel Nebenerwerb. 60 bis 70 Prozent der Landwirte sind ja Arbeitnehmer, führen ihren Betrieb aber trotzdem weiter. Meistens investieren sie ihr Gehalt in die Landwirtschaft, und davon profitieren wir alle. Auch das muss berücksichtigt werden.

Selbstverständlich werde ich für diesen Haushalt stimmen. Mein ganz großes Anliegen ist jenes, dass durch die Überarbeitung des Haushaltes viele Bereiche berücksichtigt werden können. Ich weiß, dass alle Bereiche des menschlichen Lebens in einem Haushalt Platz haben müssen, dass wir alle, die wir gewählt worden sind, Verantwortung gegenüber unseren Wählern haben. Mit Respekt vor den Mitmenschen und vor den unterschiedlichen Gesellschaftsgruppierungen, mit einer starken Werterhaltung gegenüber dem Ehrenamt und dem Wissen, dass die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, wird der Landeshaushalt in Zukunft anders ausschauen. Ich

bin offen für Veränderungen und bestimmt die Letzte, die sagt, dass nur die anderen sparen müssen. Ich habe immer den Blick für das Ganze. Danke!

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Presidente, a me dispiace fare la parte della 'cattiva' perché ho la fama di essere un po' pungente, ma nel momento in cui io nel suo 'Bericht' leggo: 'Negli anni Cinquanta, anni in cui il conflitto etnico era l'elemento pregnante di questa terra, in cui le questioni culturali significavano difesa, tutela dell'identità, rifiuto di influssi esterni. La conseguenza è stata una politica culturale costruita sul "Quanto più chiaramente ci dividiamo...." di zelgeriana memoria e che paradossalmente è rimasto fino ad oggi, malgrado il conflitto etnico possa dirsi superato e tutti siano concordi sulla necessità di aprire il più possibile la nostra cultura, verso l'interno e verso l'esterno. Partendo da questa esperienza vogliamo fondare su nuove basi – al di sopra dei gruppi linguistici – per la convivenza'. Dopodiché, quando noi vogliamo iscrivere i nostri figli a scuola, ci troviamo questo formulario. Capisco che non sia colpa Sua, però Lei mi deve spiegare come sia possibile che nel 2014, quando si iscrive un bambino alla scuola tedesca, un bambino di una famiglia italiana prenda zero punti mentre un bambino di una famiglia extracomunitaria prenda cinque punti. Se Lei mi parla di convivenza, deve far annullare questa lista e non deve esistere mai più una cosa del genere in Alto Adige. Non può esistere che io per iscrivere mio figlio ho punteggio zero perché sono di famiglia italiana e se mistilingue ricevo tre punti! "I, lei weil i an Italienerin bin und mein Kind in a deutsche Schuele einschreibn will, krieg lei drei Punkte, weil mein Monn an Italiener isch, oder umgekehrt? Isch sou eppas in Südtirol nou zuelässig?" Ma cosa abbiamo adesso, una sola classe con soli bambini tedeschi ed extracomunitari? In questa classe non ci sono bambini italiani e neanche mistilingue. Se non volete che questa volta io vada fino a Bruxelles e 'mi incateno' davanti al Parlamento europeo, chiedo di annullare immediatamente l'iscrizione di questa scuola e di intervenire immediatamente. Nel 2014 non può esistere una cosa del genere! Abbiamo detto che non siamo più negli anni settanta? Sono d'accordo con Lei, presidente, so che non è colpa sua, so che abbiamo ancora presidi delle scuole tedesche che si permettono di fare una cosa del genere. Negli anni settanta io ho frequentato le elementari tedesche e nonostante mia madre fosse tedesca, mi hanno fatto il test di lingua. Capisco che negli anni settanta fosse giusto che mi chiedessero: 'Redsch Du Deutsch, wie olt bisch Du? Und des in Jahr 2014?! Des isch nicht Zusammenleben, sondern Verorschung von die Italiener'.

**TSCHURTSCHENTHALER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der ersten Seite des Berichtes des Landeshauptmannes steht, dass die Aufgaben, die auf uns zukommen, mit Engagement, Fleiß, harter Arbeit, Demut und Bescheidenheit bewältigt werden müssen. Das wird die Herausforderung nicht nur für die neue Landesregierung, sondern die Herausforderung für die gesamten Mitglieder des Landtages sein. In einer Zeit, in der die Politik in ein schiefes Licht geraten ist, können wir es alle gemeinsam mit Arbeit und mit dem Zugehen auf die Menschen schaffen, das verloren gegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Dieser Haushalt ist ein Übergangshaushalt, und ich möchte ihn mit einem großen Dampfschiff vergleichen. Wenn letzteres eine Kursänderung vornehmen will, so geht dies nicht von einem Moment auf den anderen, sondern es braucht seine Zeit, bis ein Kurswechsel spürbar ist. Es ist natürlich nicht wie bei einem kleinen wendigen Segelboot, aber in diesem Haushalt der neuen Landesregierung sind die Kurswechsel klar und deutlich spürbar.

Nachdem zur Zeit so viel von Frühling gesprochen wird, möchte ich auch von einem neuen Südtiroler Frühling sprechen. Althergebrachtes soll in Frage gestellt werden, es soll neu gedacht werden. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, in Ihrem Bericht von der Politik der kleinen, aber der konkreten Schritte sprechen, so wird das das Entscheidende sein. Wir dürfen nicht nur Ankündigungen machen, sondern diese Schritte müssen klar spürbar gesetzt werden. Der erste wichtige Schritt ist bereits mit den steuerlichen Entlastungen von 93 Millionen Euro gemacht worden. Hier ist man vom Versprechen in die konkrete Umsetzung gegangen.

Bei der Wirtschaftsförderung hat man auch eingesehen, dass es nicht mehr so weitergehen kann. Wenn wir gesehen haben, wie viel sich angesammelt hat, dann war klar, dass es hier eine Neuausrichtung braucht. Ich begrüße es sehr, dass man mit den verschiedenen Verbänden zusammengesessen ist und ihnen erklärt hat, warum es diese Schritte braucht. Die Ausrichtung ist ja jene, Darlehen aus dem Rotationsfonds anstatt Beiträge zu gewähren und Schwerpunkte statt der Gießkanne zu setzen. Bei den Investitionen wird auch hinterfragt werden, wie nachhaltig sie nicht nur für das einzelne Unternehmen, sondern für die gesamte Gesellschaft sind.

Was mir besonders wichtig ist, ist, dass die Auszahlungen schneller erfolgen. Hier bitte ich Sie, geschätzter Herr Landeshauptmann, größten Wert darauf zu legen. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten warten Betriebe sehnlichst darauf, dass die versprochenen Beträge auch ausgezahlt werden. Wir alle wissen, dass die Banken den Geldhahn immer mehr zudrehen, dass es immer größere Sicherheiten braucht, damit die Banken Kredite vergeben. Der Kollege Wurzer hat gestern schon vom Bürokratieabbau gesprochen. Es gibt viele Klein- und Mit-

telbetriebe, die bei öffentlichen Ausschreibungen gar nicht mehr mitmachen, weil der bürokratische Aufwand, den sie betreiben müssen, viel zu groß ist, um die Chance auf einen Zuschlag zu bekommen. Die Kollegin Kuenzer hat von der Peripherie gesprochen. Auch der Kollege Heiss hat davon gesprochen und gesagt, dass die Lebensqualität draußen vielleicht noch eine bessere ist und dass auch die Lebenshaltungskosten niedriger sind. Lassen Sie mich die Peripherie aber auch aus der Sicht der Wirtschaft und der Arbeitsplätze betrachten. Ich komme selbst aus dem Handel und kenne genügend Beispiele aus dem Trentino, aus Nord- oder Osttirol, wo es Dörfer gibt, in denen es kein Gasthaus und keinen Einzelhandelsbetrieb mehr gibt. Wir müssen schauen, dass wir unsere Handelsstruktur auch in Zukunft erhalten können. Natürlich hat die Landesregierung keinen Zauberstab, aber wir müssen das in Erinnerung behalten: Wenn das letzte Geschäft und das letzte Gasthaus zusperren, dann ist es auch entsprechender Kulturverlust des jeweiligen Ortes und die Abwanderung ist vorprogrammiert. Wir müssen auch diese Dinge im Auge behalten.

Auch der öffentliche Nahverkehr ist angesprochen worden, darunter auch die Riggertalschleife. Ich möchte diesen Punkt besonders herausheben. Wie viele Jahre reden wir jetzt schon von der Riggertalschleife? Der ehemalige Landesrat und nunmehrige Landtagspräsident Widmann hat es in den letzten Jahren geschafft, im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs Schritte in die richtige Richtung zu setzen. Es sind viele neue Busse und Züge angekauft worden, und das ist auch gut so, aber bitte nehmen wir es uns auch vor, die Riggertalschleife endlich in Angriff zu nehmen, wobei natürlich auch die entsprechenden Geldmittel von Seiten der italienischen Eisenbahn zur Verfügung gestellt werden müssen. Bitte nutzen Sie und Ihre Regierungsmitglieder die Gelegenheit, das einzufordern. Auch hier braucht es ein klares Zeichen von der Ankündigung hin zur Umsetzung. Für das Pustertal und für das Eisacktal ist das eine unverzichtbare Investition.

Lobend hervorheben möchte ich das Treffen mit den Wirtschaftsverbänden und mit den Sozialpartnern. Gestern um 18.00 Uhr haben Landeshauptmann Kompatscher und Landesrat Schuler in Zusammenhang mit der IMU/GIS ein entsprechendes Treffen abgehalten. Es ist der neue Stil der neuen Landesregierung, auf die Mitbeteiligten und auf die Akteure draußen, die wissen, was erforderlich ist, zuzugehen. Oft genug werden ja Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen, wo man erst im Nachhinein draufkommt, dass man viele Dinge erleichtern hätte können, wenn man vorher mit den Menschen gesprochen hätte. Deshalb begrüße ich die Schritte, die Sie gesetzt haben, mit dem Wunsch, in diese Richtung weiterzugehen. Die Verbände haben uns in der Vorwahlzeit ja vielfach darauf angesprochen, sie früher mit einzubeziehen. Es geht darum, Partner auf Augenhöhe zu sein und nicht von oben herab Gesetze zu erlassen, die man dann mit viel Mühe wieder abändern muss.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Sie waren auch bei der Vollversammlung des HGV vor zwei Tagen, bei der Hermann Scherer in seinem abwechslungsreichen Referat gesagt hat, dass wir viel zu linear denken und viel zu wenig hinterfragen würden. Er gibt sich einmal im Monat einen sogenannten Querdenk-Tag, und ich muss feststellen, dass die Landesregierung etwas Ähnliches gemacht hat. Wenn der Haushalt künftig auf Null gestellt wird, die Dinge neu bewertet werden und eine Expertengruppe damit beauftragt wird, alle Bereiche zu durchleuchten, dann kann das nur positiv sein. Gerade das Beispiel der Arbeiten im dritten Gesetzgebungsausschuss, in dem es keine Gegenstimme für diesen Haushaltsvoranschlag gegeben hat, beweist, dass das Aufeinanderzugehen von Mehrheit und Minderheit funktioniert. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir als Vertreter des Volkes hier sitzen. Dementsprechend haben wir die Aufgabe, für diese Menschen da zu sein.

Ich werde diesem Haushalt selbstverständlich meine Zustimmung geben.

**STIRNER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das übergeordnete Prinzip der Regierungserklärung und des Begleitberichtes, die Bürgerinnen und Bürger Südtirols in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu stellen, ist begrüßenswert und wichtig: Mehr Freiraum für den einzelnen, aber auch mehr Eigenverantwortung. Die geplanten Steuererleichterungen werden den Familien, aber auch den Unternehmen zugute kommen. Angesichts der prekären Arbeitsmarktsituation muss es unsere Priorität sein, auch der Wirtschaft unter die Arme zu greifen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Begrüßenswert finde ich das Vorhaben, Darlehen aus dem Rotationsfonds zur Verfügung zu stellen, anstatt weiterhin mit einem fragwürdigen Beitragssystem zu arbeiten. Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und keine prekären Arbeitsverhältnisse, die es den jungen Menschen kaum ermöglichen, eine Zukunft aufzubauen und an eine Familienplanung zu denken. Es braucht Lehrstellen für Lehrlinge, eine Erhöhung des Mindesteinkommens, eine Erhöhung der Mindestrente, aber auch eine bessere Ausstattung der Arbeitsservicestellen, damit diese ihren Aufgaben gerade in diesen schwierigen Zeiten gerecht werden können. Dazu zähle ich auch den Schutz des Sonntags, der mir ein besonderes Anliegen ist.

Bei all dem dürfen wir nicht die Menschen mit besonderen Bedürfnissen vergessen, für die es noch schwieriger ist, eine Arbeit zu finden. Anzugehen ist ganz besonders die rentenrechtliche Absicherung von Menschen mit

besonderen Bedürfnissen, sei es Menschen mit mentaler Behinderungen, Menschen mit psychischen Problemen, Menschen, die nach einem schweren Unfall oder nach einer schweren Krankheit nicht mehr in das normale Arbeitsleben zu integrieren sind. Momentan fallen all diese Menschen durch den Rost.

Wir haben alle ein Schreiben von einer Frau erhalten, in welchem sie ihre Problematik als Alleinerziehende schildert. Auch in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen und darum ersuchen, dass wir uns die Überarbeitung der Mietbeiträge, die in der letzten Legislaturperiode stattgefunden hat, noch einmal anschauen, damit gerade Alleinerziehende ein Auskommen mit dem Einkommen haben.

Das Vorhaben, den Haushalt auf Null zu stellen und mit einer Expertenkommission neue Schwerpunkte zu setzen, ist absolut richtig und von mir in Vergangenheit immer wieder gefordert worden. Deshalb bin auch ich gespannt auf den nächsten Haushalt, wobei ich zuversichtlich bin, dass man dieses Vorhaben optimal umsetzt. Auch ein Autonomiekonvent wird dahingehend arbeiten, mehr Zuständigkeiten für unser Land zu erhalten und unsere Autonomie weiter auszubauen.

Jetzt komme ich zu den Themen, die mir besonders am Herzen liegen. Ich wünsche mir auch mehr Zuständigkeit im Bereich Schule. Das bedeutet eine bessere Ausbildung der Lehrer, aber auch eine bessere Rechtssicherheit für die Lehrer, wenn es um ihre Ausbildung und um eine Eingliederung in das Schulsystem geht. Eine Reduzierung der Stundentafeln können wir nur erreichen, wenn wir die primäre Zuständigkeit im Bereich Schule haben. Ich appelliere diesbezüglich an den zuständigen Landesrat, sich intensiv der Problematik von Kindern mit Lernschwierigkeiten und der Problematik von Schulabbrechern anzunehmen. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Sekundärproblematik, die durch diese Problemfälle entsteht, später volkswirtschaftlich viel mehr kostet, als wenn präventiv eingegriffen wird. Wir müssen natürlich auch an einer Verbesserung der Zweitsprachenkenntnisse und an einer intensiven Förderung der Mehrsprachigkeit arbeiten. Es braucht Mut zu neuen Modellen, wobei ich relativ zuversichtlich bin, dass das der Fall sein wird.

Ein weiteres Anliegen, das der zuständige Landesrat bereits kennt, ist die Anerkennung der Tätigkeit der Sportvereine im Bereich der Wahlpflichtfächer. Das war früher möglich, wurde aber mit dem Bildungsgesetz aus dem Jahr 2007 verboten bzw. abgeschafft. Das ist sehr schade, denn gerade in Zusammenhang mit der Fünf-Tage-Woche ist es unerlässlich, dass diese Anerkennung – natürlich mit der nötigen Absicherung und Klarheit, die ein solches Gesetz mit sich bringen muss – gewährleistet ist. Es braucht allgemein eine Aufwertung des Sports in der Schule und ausgebildete Sportlehrer in der Grundschule.

Ein weiteres Thema, das heute in der Tageszeitung "Dolomiten" zur Sprache kommt, ist die Diskrepanz zwischen den Müttern und Vätern, die im öffentlichen Dienst arbeiten und jenen, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Wir müssen diesbezüglich an einer zufriedenstellenden Lösung arbeiten. Ich weiß, dass dieses Thema auch der zuständigen Landesrätin am Herzen liegt. Nötigenfalls müssen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Diskrepanz zu beseitigen.

Ich bin davon überzeugt, dass der Haushaltsentwurf positive Veränderungen mit sich bringen wird. Deshalb kann ich ihm meine vollste Zustimmung geben.

Nun auch meinerseits ein paar Worte zum Thema Politikerrenten. Diejenigen von uns, die in der letzten Legislaturperiode Regionalratsabgeordnete waren, sind alle für das Gesetz, das die Politikerrenten regelt, verantwortlich. Keiner und keine von uns kann sich aus dieser Verantwortung stehlen. Wenn Fehler gemacht worden sind, dann müssen wir diese korrigieren. Der Landeshauptmann ist jetzt nicht hier, obwohl ich gerne hätte, dass er das hört, was ihm zu sagen habe.

**PRÄSIDENT:** Wir lassen den Landeshauptmann in den Saal rufen.

**STIRNER (SVP):** Danke.

Herr Landeshauptmann, Ihre Äußerungen zu den Politikerrenten und zur Abgeltung und Entschädigung gestrichener Rechte haben nicht unbedingt dazu beigetragen, eine sachliche und transparente Diskussionsbasis zu schaffen. Im Gegenteil, mit Ausdrücken wie "Schimpf und Schande" haben Sie weiteres Öl ins Feuer gegossen. "Transparenz" ist das geflügelte Wort, das in dieser Legislaturperiode von allen in den Mund genommen wird. Transparenz bedeutet aber nicht Alleingänge und Kommunikation einzig und allein mit den Medien. Wir Abgeordnete müssen leider aus den Medien erfahren, was die Pläne der beiden Landeshauptleute sind. Glauben Sie nicht, dass es opportun wäre, dass Sie und auch Ihr Kollege Rossi sich zuerst mit dem Präsidium des Regionalrates zusammensetzen und das Kollegium der Fraktionssprecher über Ihre Pläne informieren, bevor Sie mit den Medien reden? Als neues Mitglied des Regionalratspräsidiums habe ich mich wirklich in die Materie hineingekniert und bin mir der Verantwortung bewusst, die gerade wir Mitglieder des Regionalratspräsidiums haben werden, wenn es

darum geht, eine neue Regelung auszuarbeiten. Gerade deshalb ist es notwendig, dass das Präsidium voll und ganz miteinbezogen wird und die Trennung von Exekutive und Legislative respektiert wird. Wir sind alle wie gelähmt und wie getrieben, werden in den Internetforen von einer blutrünstigen Meute attackiert, diffamiert und bedroht. Müssen wir uns das gefallen lassen? Ich glaube nicht! Medienberichte überschlagen sich, wobei ich kaum eine seriöse Recherche entdecken kann. Eine Milchmädchen-Rechnung der FF wird ungeprüft von allen anderen Medien übernommen. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, und wenn Fehler gemacht worden sind, dann müssen wir dafür gerade stehen und sie korrigieren. Es geht aber auch um unsere Würde. Wir müssen uns nicht alles gefallen lassen. Wir sind kein Freiwild, das zur Jagd freigegeben worden ist. In diesem Zusammenhang ersuche ich auch Sie, Herr Landtagspräsident, zu überprüfen, in welcher Form Internetforen, die so beleidigende Kommentare veröffentlichen, zur Rechenschaft gezogen werden können.

Herr Landeshauptmann, ich schätze Sie und Ihren neuen Politikstil. Sie waren vorher nicht hier. Ich habe noch ein paar Vorschläge in Bezug auf Schule und andere Themen angesprochen, die mir am Herzen liegen. Ich kann Sie aber nur ersuchen, diese delikate Materie mit Sorgfalt, Fairness, Ausgewogenheit und Transparenz anzugehen und nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Mit der Brechstange vorzugehen, wäre meiner Meinung nach fatal. Es darf nicht so weit kommen, dass in Zukunft nur mehr Reiche in den Landtag gewählt werden. Danke!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Grazie, presidente. Io non ho preparato nessuna traccia perché ho cercato di conformarmi al dibattito che si è svolto in questi giorni in questa sala. Ho voluto soprattutto conformarmi all'intervento del presidente della Giunta che sostanzialmente ci ha portato, ha accompagnato il Consiglio a ragionare su di un piano diverso rispetto a quello che avevamo previsto. E' fuori discussione il fatto che oggi questo Consiglio si trova, e si troverà anche domani, a discutere e poi votare come il presidente della Provincia ha chiesto quando ha detto: "Non si discuta e si voti" su di una fiducia e non sulla sostanza di un'azione di Governo. Sostanzialmente questa trasposizione del dibattito su di un piano diverso rispetto a quello a cui siamo sempre stati abituati, che è quello tecnico, chiaramente ci pone di fronte alla necessità di dover avviare il nostro ragionamento e svilupparlo su di un piano diverso rispetto a quello della semplice valutazione nel merito del progetto del Governo o perlomeno della misura di Governo che è contenuta nell'ambito della manovra di bilancio e della manovra finanziaria allegata.

Presidente, mi permetta quindi dedicare indubbiamente qualche parola a questa Sua richiesta di fiducia. Annuncio che voterò no. Presidente, ovviamente è un voto scontato in quanto appartengo all'opposizione. Abbiamo offerto con grande franchezza l'opportunità ad assumerci parte delle responsabilità di Governo di questa Provincia, e Lei lo sa. E' stato scelto un altro modello ed esso oggi arriva alla prova di se, che è la prova dei numeri di una maggioranza prima che della credibilità di una Istituzione. Ovviamente, di fronte a questo dubbio, a questo bivio, io che ritengo di avere una posizione chiara di collocazione nel rispetto del ruolo di ciascuno, compreso il ruolo della maggioranza, voterò no. Il mio voto non è un no alla fiducia nei confronti dell'Istituzione, è un no nei confronti della fiducia di questa maggioranza, e non potrebbe essere altrimenti. Presidente, è un no forse anche rispetto ad un metodo e ad un approccio che si è introdotto, perché porre una questione di fiducia che non c'è nel Regolamento, sull'onda di una emozionalità popolare, dal mio punto di vista non dimostra forza ma debolezza. Presidente, questo è il mio personale punto di vista perché in questo particolare momento, che ovviamente non deve essere accolto e non deve essere condiviso, in questo momento andava chiesta fiducia e credo che con grande chiarezza vada chiesta fiducia nei confronti del Consiglio provinciale, delle Istituzioni dell'Autonomia e delle forze politiche tutte, nessuna esclusa. Un voto di fiducia per la politica come la si deve intendere, quella con la 'P' maiuscola, che non è né di maggioranza né di opposizione, è la politica, quella che fa le sue scelte con responsabilità, si pone davanti al giudizio popolare e poi si fa giudicare. Questa è la politica di fronte alla quale non ci si deve tirare indietro! Lo so, oggi mi rendo conto che per taluno questo concetto, questa parola può significare 'disprezzo' ed ha una sua connotazione negativa. Presidente, io sarò sempre chiaro nella mia posizione e difendo la politica perché è lo strumento della risoluzione dei conflitti. Presidente, questo Consiglio è pienamente legittimato come lo era quello scorso, nel rappresentare una volontà popolare, si è fatto giudicare e si farà giudicare, e non c'è nessuno di più precario di chi svolge politica nelle assemblee legislative, perché viene eletto e sa che in virtù delle proprie scelte si sottoporrà al giudizio popolare e o verrà rieletto o verrà bocciato e cacciato. In quest'aula ho già detto e ribadisco, che se c'è la necessità che qualcuno o questo Consiglio intero o tutti coloro che erano stati eletti nello scorso Consiglio debbano essere 'cacciati' dai cittadini, accada! Tutti si devono assumere le proprie responsabilità, chi fa politica e chi poi è chiamato a giudicare la politica. Da questo consesso istituzionale però deve essere tenuto fuori, reso estraneo il virus della facile demagogia, del populismo che viene alimentato dalle



parole, dagli atteggiamenti e dai comportamenti e che, Presidente, alimenta quel clima drammatico di delegittimazione della politica e delle istituzioni tutte, di cui non paga il prezzo chi vive e opera nelle istituzioni, lo paga la società e la comunità. Quando si arriva a toccare un livello di delegittimazione integrale, senza distinzione, senza valutazione di scale di eventuale responsabilità - semmai responsabilità esistono - quando si arrivano a toccare questi livelli, alla fine ed infine, Presidente, è la società civile che ne paga il prezzo.

Mi sarei aspettato - lo dico con grande franchezza, Lei lo sa, la stessa franchezza che contraddistingue e che ha sempre contraddistinto dal primo momento il nostro rapporto istituzionale che voglio proseguire anche nel tempo: franchezza e rispetto, franchezza e stima - e Le dico che io avrei chiesto la fiducia nei confronti della politica e del Consiglio provinciale e non nei confronti del presidente della Giunta provinciale e di una maggioranza. Questo perché questo Consiglio su questa richiesta si spacca, si divide rispetto ovviamente alla necessità da una parte di preservare la dignità delle istituzioni e dall'altra parte del dovere di fare una scelta. Presidente, certo che non c'è uno strumento, come non c'è uno strumento che invita questo Consiglio a votare la fiducia della Giunta, non c'è uno strumento che invita questa istituzione ad esprimere una fiducia nei confronti del Consiglio, ma questa fiducia dal mio punto di vista deve essere rappresentata attraverso i passi concreti, le parole, la volontà di dare una testimonianza di fiducia nei confronti delle istituzioni quali luogo entro il quale è possibile e deve sempre essere possibile dare le risposte che la comunità si aspetta. Per questo motivo io voterò no a questa richiesta che confonde i piani, perché avrei voluto parlare di bilancio e ne parlerò molto poco perché di fatto tutto questo è passato in secondo piano, ed è un male che una manovra di bilancio e una finanziaria passi in secondo piano. Questo perché il bilancio dovrebbe essere il primo punto all'ordine del giorno e delle attenzioni delle istituzioni, mentre invece ci si è fatti scavalcare dalle emozioni, da una sollevazione di piazza o mediatica che di fatto oggi ha posto tutto il nostro sistema in un clima di delegittimazione al quale le istituzioni devono rispondere con orgoglio. Presidente, mi permetto di usare questa parola orgoglio, l'orgoglio dell'appartenenza a questo nostro Consiglio, all'autonomia, alla politica e ciascuno l'orgoglio evidentemente dell'appartenenza alla propria parte politica, che si è assunta oggi, si è assunta ieri e si assumerà domani le proprie responsabilità, le responsabilità delle proprie scelte. Fanno bene a dire tanti colleghi che se c'è la necessità di intervenire sul corpo della materia che ha creato questa situazione. Questo lo si deve fare. Per carità di Dio, chi dice che non debba accadere e non debba avvenire? Ma questo deve avvenire nella freddezza dell'emozione, nella capacità di analisi tecnica, nella capacità di trovare le soluzioni che siano rispondenti a quei criteri di ragionevolezza, di equità, di rapporto corretto di ciascuno che opera in questo Consiglio con la nostra comunità in rapporto anche al ruolo che a questa istituzione compete. Presidente, sono tanti, forse troppi anni, già la scorsa legislatura pensavo in un certo qual modo di voler ritornare ad una vita normale, che non è quella della politica perché 'normale' non è quello che sostanzialmente travolge il proprio ordine delle cose che governano la vita della persona. Tante volte ho pensato che fosse il momento di dire: 'ho delle altre passioni', forte quella per la politica che mi ha portato a fare le scelte che ho fatto, perché c'è il tempo anche per rivitalizzare altre passioni e non escludo che questo debba accadere, e deve accadere per tutti, perché c'è un momento in cui ciascuno dovrebbe dire che forse è bene che si facciano delle scelte di un certo tipo. In questi lunghi anni di impegno politico, 15-16 ormai, e a conclusione di questa legislatura - sempre che Lei non ottenga la fiducia - saranno 20, ho conosciuto diverse categorie di politici e cerco di sintetizzarne alcune. Ci sono politici che per fare politica hanno alla loro vita personale, hanno rinunciato alla loro carriera, al loro avanzamento di livello nell'ambito della propria professione ed hanno fatto delle scelte radicali sapendo che comunque in un modo o nell'altro la passione per l'impegno civile, perché questa è la politica, li avrebbe posti di fronte alla rinuncia della propria vita personale. Presidente, ho conosciuto tanti di questi colleghi, colleghi che hanno dato tanto perché era forte la carica di passione che loro impegnavano nell'attività politica che era sostanzialmente una radicale scelta di vita, nella consapevolezza che il precariato politico, essendo l'impegno politico l'unico autenticamente precario, perché l'impegno politico è precariato puro e quindi sottoposto evidentemente e giustamente ad un giudizio costante dell'opinione pubblica, non potrebbe essere altrimenti. La straordinaria forza della politica, quantomeno della democrazia rappresentativa in cui fortissimamente credo, che può essere rafforzata da strumenti di democrazia diretta, ma l'impianto centrale della democrazia rappresentativa rimane assolutamente razionale per poter dare le risposte migliori ai bisogni della società, sono le scelte. Sostanzialmente questa categoria di politici appartiene a quella comunità di cittadini che infine è decisa a mettersi in gioco e a mettere in gioco la propria vita perché crede che nessun altro modello possa essere valido e si debba in un certo qual modo dedicare se stessi alla costruzione di un futuro diverso. Poi c'è la categoria dei dipendenti, ossia quella categoria di dipendenti che fanno politica con la medesima passione, ma che in definitiva sanno che si tratta di un periodo, una transizione e poi torneranno a fare quello che facevano prima, né più né meno, e sostanzialmente nel loro percorso di vita cambia poco. Poi c'è la categoria dei politici professionali che tendenzialmente appartengono alle maggioranze che è

vero, Presidente, che si sottopongono come tutti al giudizio popolare e quindi ogni 'x' anni in definitiva possono essere cacciati, ma poi infine per loro comunque nell'ambito della maggioranza in cui sono cresciuti c'è sempre la possibilità di ottenere la presidenza della fondazione, l'incarico nel consiglio di amministrazione, un ruolo che comunque poi li accompagnerà anche nella vita post-politica in senso letterale in un mondo di certezze assolute sul piano personale. Presidente, queste sono tre categorie ben individuabili, alle quali potremo dare nomi e cognomi. Nella storia è sempre stato così, in Alto Adige come lo è sempre stato a livello nazionale. È così, se vogliamo allargare la nostra prospettiva per non essere sempre troppo provincialisti, ovunque. Presidente, credo che le istituzioni abbiano il dovere di tener conto di questo e fare una chiara analisi anche perché nel dibattito che si è sviluppato e che si è accompagnato anche alle forti prese di posizione che ci si sono state da parte pure della politica. Si sono indicate prospettive molto generaliste che in un certo qual modo, dal mio punto di vista, creano quella precondizione pericolosa, ed è questo che io voglio sottolineare, di una politica che infine sarà riservata – ho sentito che questo è un concetto che ha già ripreso qualche altro collega intervenuto nel precedente – o a pensionati o a ricchi o solo a politici professionisti. Presidente, questa è esattamente la prospettiva che noi non possiamo riconoscere a questa nostra autonomia, ecco perché nel grande 'vulnus' che si è creato, nel grande esame che in questo momento si sta facendo su come intervenire, questi elementi dovranno essere tenuti fortemente da conto. Sarebbe la fine! Auspicio non una prospettiva voluta e incoraggiata, quella di immaginare una politica nella quale operino solo pensionati, dipendenti non necessariamente troppo motivati o politici di professione che sanno comunque di avere per sempre, a prescindere dall'incarico di amministrazione o dall'incarico legislativo che gli è riconosciuto, la possibilità di poter svolgere una propria vita sulla base di determinate certezze che altre categorie, quelle che ho indicato, evidentemente non hanno. Noi vogliamo una politica libera nella quale ci si possa impegnare sulla base delle proprie passioni e non sulla base delle condizioni che vengono determinate. Questo è il senso dell'annotazione polemica che io rivolgo rispetto ad un certo dibattito demagogico che c'è stato e che non ha tenuto conto di condizioni fondamentali che sono di questioni di dignità non istituzionale ma proprio di dignità dell'assetto civile della nostra società. Noi non possiamo rinunciare a considerare che questa società ha il dovere di generare una politica e un'amministrazione sana, una politica che sia svincolata da poteri forti. Certe scelte che si compiranno potranno invece assoggettare questa politica proprio a quei poteri forti a cui noi ci riferiamo, dai quali invece, per paradosso, sembrerebbe ci si vorrebbe emancipare, sempre che ovviamente non si voglia fare a meno della politica - ma credo che nessuno, o forse a dire la verità qualcuno si - e lasciare che siano pochi a decidere per tutti. Qualche tentazione a dire la verità c'è stata anche a livello locale, indubbiamente molto di più a livello nazionale, e indubbiamente la storia ne è esempio, ma credo che questo sia un pessimo riferimento per ciascuno di noi.

Presidente, a proposito del processo in atto, il processo che è stato innestato, perché si tratta di un autentico processo del quale si 'percepisce l'odore', si è allargato. Si è fatto un autentico processo a ciò che non solo dovrà essere, ma anche a ciò che è stato dato. Mi spiego, nel senso che ovviamente il mio riferimento non ha alcunché a che vedere per esempio con l'interessamento che definisco importante, fortunoso, giusto e opportuno della magistratura rispetto alle più note vicende di queste ultime settimane. Credo che l'intervento della Procura della Repubblica non sia solo un atto dovuto, ma un atto assolutamente opportuno e giusto che servirà a dare dei riferimenti di chiarezza assoluta per poi compiere anche in maniera coordinata e conseguente alcune scelte. E' giusto che si valutino le scelte fatte da tutti i profili, non solo di opportunità ma anche di legittimità. Ben venga l'indagine della Procura della Repubblica, e lo dico con grande chiarezza, ben venga l'acquisizione degli atti, ben vengano le audizioni o gli interrogatori se ci dovranno essere, ben venga un chiarimento perché questo sarà e dovrà essere un punto di riferimento anche per le scelte future. Non sono fra quelli che hanno paura, anzi, sono fra quelli che incoraggiano in questo caso la Magistratura a fare il suo lavoro con celerità, perché le istituzioni devono poi, anche sulla base di questi accertamenti, sviluppare e dare le proprie risposte. Presidente, io invece mi sto riferendo ad un processo politico, ed il processo politico evidentemente non deve comprendere solo un capitolo del passato politico, che è quello dei vitalizi, che in questo momento è importantissimo e centrale ma non assoluto, ma tutta l'analisi politica rispetto a quello che questa classe politica ha generato negli ultimi anni. Sarebbe miope non riconoscere che se esiste un problema di gestione delle risorse economiche – e questo si ricollega perfettamente al discorso che ho fatto in precedenza – ebbene questo riguarda anche l'amministrazione del bilancio provinciale. Ecco perché dico che la Giunta provinciale non può sottrarsi a questo dovere se veramente si vuole indicare una strada di rinnovamento integrale, che non può guardare solo il domani ma deve riguardare anche quello che è accaduto ieri. Si guardi e si metta il naso negli affari della Regione, si metta il naso negli affari della Provincia e di come nel più recente passato è stata amministrata. Presidente, ne abbiamo già parlato quando qualche tempo fa qui in questo Consiglio abbiamo ragionato sulle Sue dichiarazioni di governo. "Ma dove è finito

lo scandalo SEL?” Non vorremmo mica utilizzare altre occasioni di attenzione pubblica per nascondere e dimenticare vicende che coinvolgono la credibilità sostanziale, diretta e politica di tutte – non solo una, presidente Kompatscher - le attuali forze di governo? Dove è finito lo scandalo SEL? Se ne è parlato nel corso di questo dibattito? Presidente, si è accennato a quello che lo scandalo SEL potrà comportare sulle finanze di questa Provincia? Presidente, si è accennato a tutta una serie di capitoli sui quali io chiedo venga avviato un processo politico – lo dico con grande chiarezza – e non vuole essere altro che un processo politico perché non si deve guardare solo al bilancio di domani, perché questa amministrazione ha la responsabilità anche di quello che è stato fatto ‘ieri’ e viene giudicato oggi, anche sul voto di fiducia che è stato chiesto a quest’aula, a questo Consiglio su quello che ha fatto ieri e non solo su quello che sta facendo oggi o quello che si impegna a fare domani. Presidente, io cito solamente degli esempi ma la lista sarebbe lunga, tanto lunga da doverci trattenere delle giornate intere. Evidentemente questo è il mio punto di vista, ed ho citato lo scandalo SEL a mero titolo esemplificativo con tutto ciò che comporta anche sul piano del risvolto economico. Mi piacerebbe che questo Consiglio tornasse a discutere e ridiscutesse ad esempio i progetti per lo sviluppo del piano dell’energia ad idrogeno, trenta milioni di euro gettati nel bidone delle immondizie, perché questo è il progetto dell’idrogeno, un progetto fallimentare che non ha sviluppo a livello internazionale, abbandonato da tutte le più grande case automobilistiche, un progetto che di fatto si è sviluppato solo in termini squisitamente scientifici a livello internazionale. Ad alcune mie interrogazioni presentate in passato in merito a questo argomento mi è stato risposto: “Così ci possiamo fregiare del titolo di Green Region”! Questo è un investimento di trenta milioni di euro a fondo perduto, perché non c’è uno sviluppo ulteriore, nel senso che a termine dello sviluppo di questo progetto che alla fine di questa legislatura costerà molto più di trenta milioni di euro è già previsto che si possa discutere la dismissione o l’implementazione del progetto, peraltro con prospettive del tutto discutibili. I nove milioni di euro spesi per cinque bus che fra pochi anni dovranno essere dismessi, perché questa è la ‘vita’ di un mezzo di questo tipo, ed il progetto è destinato ad essere sviluppato in forma diversa. Semmai verrà sviluppato e tutto ciò che si è costruito attorno sarà da capire quanto verrà utilizzato il sistema di rifornimento o la pompa di idrogeno che è stata realizzata a Bolzano e che non alimenterà nessuna autovettura, nessun mezzo perché non ne esistono. Di cosa stiamo parlando allora? Di quale responsabilità, a quali responsabilità politiche ci chiamate se non siamo nella condizione di aprire un processo a 360° che guardi anche a ieri! Noi siamo figli di quanto è successo ieri ed oggi ne paghiamo il prezzo. In questa manovra finanziaria non si dice nulla in merito all’inutile progetto all’idrogeno! I novanta milioni di euro per la biblioteca, il polo bibliotecario che era stato voluto, inserito - e qui nessuno può smentirci – nel progetto di capitale della cultura per potersi accreditare la vittoria! Nel progetto che è stato presentato dalla Provincia di Bolzano, che ha speso un milione di euro ‘buttati nel cesso’ per riuscire a sostenere...

**CONSIGLIERE:** (Interrompe – Unterbricht)

**URZI (L’Alto Adige nel cuore):** Caro presidente e vicepresidente Tommasini, inutili banchetti organizzati dalle stesse persone che peraltro dalle colonne dei giornali fanno la morale ad altri! Va bene? Si fa un progetto e ci si candida a capitale della cultura, si investe un milione di euro, si inserisce il polo bibliotecario come condizione vincolante per vincere questa candidatura che è ‘sballata’, non rispetta nessun canone, e quindi tutto va ‘a remengo’! Sul progetto progetto relativo al polo bibliotecario sono stati impegnati novanta milioni di euro sulla carta, perché non c’è ancora nulla e ne abbiamo già parlato! L’unica certezza esistente è che le Associazioni che oggi sono nel complesso Pascoli-Longon devono smobilitare velocemente perché le ruspe devono abbattere quel complesso, e sappiamo che non esiste nessuna certezza sulla costruzione futura del complesso stesso. Un progetto che è sproporzionato rispetto all’epoca del digitale ed è sproporzionato rispetto alla logica. Novanta milioni di euro! Forse abbiamo perso la consapevolezza di quello di cui stiamo parlando! Novanta milioni di euro! Di cosa stiamo parlando? Presidente, io chiedo un processo a tutto campo! Non voglio un processo che dica che noi siamo i risolutori degli errori fatti da altri, ce ne laviamo le mani, dateci la fiducia e ve lo dimosteremo, voglio che si ponga sotto processo un’amministrazione. Finisco questo ridicolo, brevissimo elenco perché potrebbe essere lunghissimo con lo sviluppo, e non voglio essere così fuori posto. Però con i progetti con la tecnologia, per le innovazioni tecnologiche, ex assessore Bizzo, centoottantasette mila euro per una toilette per cani? Quante spese, e possiamo fare un elenco lunghissimo. Fortunatamente quest’anno il Festival dell’innovazione tecnologica, dopo aver investito milioni di euro per creare le condizioni di lancio di una grande operazione di strategia e di marketing internazionale, è stato annullato, si è mollato tutto perché si è riconosciuto il fallimento. D’altronde queste erano le misure che venivano finanziate, centoottantasette mila euro per una toilette per cani, dove questi animali dovevano fare i loro bisogni a ‘comando del padrone’, cioè ‘tu cane adesso vai lì e fai i tuoi bisogni’! Questo è

l'impegno, la politica della Provincia di Bolzano sulla quale io chiedo un processo e siccome oggi è nato un processo, lo chiedo a 360°, che non consideri solamente alcuni profili e non tutto il profilo. Presidente, credo che ci sia un altro aspetto importante ed urgente da affrontare che è quello relativo all'indennità del Presidente e della Giunta provinciale, e mi sono permesso di confrontarmi prima con Lei per avere delle informazioni precise e Lei mi ha aiutato ad avere un contorno molto nitido della situazione e di questo La ringrazio. Oggi c'è un progetto di riforma costituzionale in atto e in questo progetto da parte del Governo Renzi si è ottenuta la possibilità di avere la deroga per la Provincia di Bolzano. In questa deroga si dice che ovviamente poi saranno la Regione e la Provincia a legiferare in materia, anche in merito alle indennità dei componenti del Governo locale, e fra le tante altre cose questo mi pare scontato e su questo voglio essere assolutamente chiaro. Ripareremo quindi di questa riforma se mai verrà approvata, perché qualche dubbio mi sarà concesso. Oggi e da tempo c'è in vigore una norma di indirizzo generale imposta a suo tempo dal Governo Monti, che delimita con chiarezza il limite massimo dell'indennità per i consiglieri regionali, e la Regione si è adeguata –, non più di 10.500 euro lordi – ed un limite massimo per i componenti del Governo, e la Provincia non si è adeguata. Questo è un tema verso il quale c'è l'indifferenza assoluta della stessa piazza che qui si è radunata, degli stessi organi di informazione che hanno fatto la loro giusta campagna per accendere i riflettori sul tema dei vitalizi, e non se ne parla, come se fosse un dettaglio! Ma 19.215 euro lordi mensili, ed è terribile fare i conti in tasca, però ormai, presidente, funziona solo così e mi pare che Lei me lo insegni, rispetto ai 13.800 euro lordi mensili previsti come limite massimo dal decreto Monti, sono un'infinità! Questa amministrazione che cosa sta aspettando? Il primo atto politico di questa amministrazione provinciale doveva essere quello di presentare un disegno di legge per dire: 'L'aria è cambiata, signori, noi abbiamo cambiato e ci riduciamo lo stipendio'. Questo però non c'è stato, questa è la verità. La riforma costituzionale poi aspettiamo quando verrà! Presidente, come si può discutere delle pensioni e non parlare degli stipendi? In questo caso i consiglieri provinciali hanno già fatto la loro parte, il problema è solo di chi siede lì, di quella maggioranza, seduta su quei banchi, che chiede la fiducia. Lo doveva già fare la Giunta precedente, è verissimo, e questa è una cosa che io devo riconoscere, ma non lo ha fatto e questa Giunta come primo atto politico doveva dire: 'Ci riuniamo in via d'urgenza' facciamo un disegno di legge prima sulla riduzione delle nostre indennità - con l'abbattimento così come è previsto in tutta Italia, che qui viene abbondantemente sforato - e poi ragioneremo su tutto il resto: IMI, piuttosto che riduzione dell'IRPEF, piuttosto che riduzione dell'IRAP, ne facciamo un pacchetto unico. In via teorica in questa finanziaria siamo ancora in tempo! Io ho presentato un ordine del giorno, poi se vogliamo parlarne, cerchiamo di capirci, ma questo deve essere fatto subito. Con quale credibilità si può parlare dei vitalizi senza prima essere intervenuti sulle proprie indennità? Con quale credibilità politica, mi domando! E' una domanda che mi pongo! Credo sia giusto avviare un percorso nuovo ed io, presidente, sosterrò questa politica. Non la posso sostenere con il mio voto, con la mia fiducia anche se questa volta forse avrei votato anche a favore, ma se Lei mi dice che il voto corrisponde a un voto di fiducia nei confronti della Giunta provinciale, con tutto il rispetto che ho, non lo posso fare perché ci sono ancora delle lacune nella dazione della Giunta provinciale. Nel tempo poi verificheremo, ma sarà difficile che io possa entrare nella maggioranza di governo, sarò eventualmente sempre di stimolo positivo senza avere mai pregiudiziali rispetto alle scelte che il Governo provinciale farà. Presidente, io ritengo che questo sia il primo atto da inserire in questa azione di governo, se non la prima cosa che dovrebbe essere fatta domani! Se non, null'altro è credibile! Se dico delle sciocchezze, mi si dica che sto dicendo delle sciocchezze, ma onestamente non so con quali argomenti si possa sostenere che queste siano sciocchezze, che si possa parlare dei vitalizi, e non si debba parlare delle indennità del presidente della Giunta provinciale, dei rimborsi spese, 4.000 euro in due mesi ecc. ecc. ecc.. Da quello che ho letto sui giornali, è la stessa stampa che ha creato il giusto problema di coscienza politico-istituzionale legato ai vitalizi ma non deve essere strabica e vedere solo da una parte e non vedere l'altra. Questo me lo domando con grande forza: "Ma dov'è la piazza? Dov'è il consigliere del Movimento 5 Stelle?"

**CONSIGLIERE:** (Interrompe – Unterbricht)

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Dov'è? Si dimetta consigliere 5 Stelle se non è stato capace di individuare questa falla potente! Si dimetta subito! Che poi magari seguiremo il suo esempio...

Risate in sottofondo...

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Ci dimettiamo assieme, va bene? Contestualmente!

**CONSIGLIERE:** (Interrompe – Unterbricht)

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Ormai ho una stella sola! Presidente, questo è il quadro entro il quale io voglio collocare le mie osservazioni. Quando mi si chiede la fiducia, la fiducia c'è di fronte ai fatti, poi certo questo bilancio crea un dibattito, apre dei temi, fa anche degli indovinelli perché, devo dire, a me è anche la prima volta, devo dire, che succede. E' la prima volta che succede che nella relazione che il presidente non ha letto ma che poi sostanzialmente ha confermato sua, si dice che ci saranno delle grandi novità: 'Partendo da questa esperienza vogliamo fondare su nuove basi – al di sopra dei gruppi linguistici – la politica culturale nella nostra Provincia', poi non si dice come! Devo dire che è la prima volta che mi succede: l'annuncio su quello che poi vedremo ma non so come faremo. Si dice che poi la seconda puntata o la terza, più avanti: io vi chiedo la fiducia adesso però intanto vi annuncio che abbiamo grandi cose da fare e la collega Artioli una volta tanto, un po' di ragione ce l'ha... ogni tanto ce l'ha – sai che ti voglio bene, lo sai Elena – come quando solleva la questione devastante ma mostruosa che dovrebbe determinare una sollevazione altro che di trecento persone qui davanti, ma della comunità altoatesina tutta, era dai tempi di Zelger che Lei ha citato e la responsabilità non può essere Sua, presidente Kompatscher, questo è chiarissimo, probabilmente, spero, che Lei neanche lo sapesse credo, così evidentemente come l'assessore, ed io non voglio attribuire responsabilità personali, questo è chiaro, ma stiamo parlando di un problema che porrebbe una mobilitazione collettiva di tutti se ancora interessa qualcosa a qualcuno di qualcosa d'altro che non sia quello di cui si sta parlando solo in questi ultimi mesi. Su questo con qualcuno mi è toccato anche litigare. Mi è stato detto: 'Non me ne frega più niente, perché adesso c'è solo questo', ma non è vero, perché c'è il problema dei vitalizi, c'è il problema dell'iperbarico, c'è il problema della scuola che dice che se sei italiano non hai diritto di venire, mentre si dice di sì a tutti gli altri, e da un punteggio di merito, mentre all'italiano no! Questa è una cosa che non avrei mai più voluto dire all'interno di questo Consiglio, ve lo giuro! Io non avrei mai più voluto richiamare l'attenzione di questo Consiglio rispetto ad un problema così grave. Ma come si fa a mettere nero su bianco, se è vero, e questo ce lo ha consegnato la collega Artioli, e io non ho dubbi nell'attribuirle la verità, il fatto che dica il vero: si dice con grande chiarezza che è un titolo di 'demerito'! Ma potevano essere perlomeno così intelligenti da non mettere nemmeno la riga, così almeno non si vedeva! No, neanche questa intelligenza. Ti do zero perché sei di un gruppo sbagliato! Questo è quello che in questa Provincia è successo per trent'anni: sei di un gruppo sbagliato, e c'è scritto qua: sei sbagliato! Allora che cosa si fa di fronte a questo? E' questa la politica culturale in cui si annunciano le grandi riforme? Io lo auspico... Che questo, presidente, non significhi quello che è successo, ed in questo caso mi rivolgo anche al 'residuo' assessore di lingua italiana nella Giunta provinciale, con i beni culturali, quella 'pagliacciata' che si è costruita attorno ai beni culturali! Sono stati attribuiti ed inseriti nell'ambito di un contesto, di una rete dell'assessorato alla cultura tedesca e quindi sono sostanzialmente stati assegnati in gestione univoca da parte dell'assessorato alla cultura tedesca, pur non essendo un assessorato alla cultura tedesca, essendo Ripartizione ai beni culturali. Presidente, come Le dicevo, sono qui da quindici anni e di questa cosa ne ho parlato per dieci anni, quando ancora eravamo all'inizio e si poteva evitare che i beni culturali come i musei e tutta la promozione del bene culturale, del concetto di strutturazione dei gruppi linguistici in provincia di Bolzano è stato 'consegnato' ad un unico assessore di un unico gruppo linguistico. Se il progetto di grande innovazione culturale significa pensare che ci sarà un tandem anche sui beni culturali, bene! Se invece si tratterà sostanzialmente di delegare una parte della cultura italiana ad un voto ponderatamente rilevante, riconosciuto ad un gruppo linguistico piuttosto che all'altro, dico no, non ci sto. Se le premesse sono quelle che sono state dettate nella scorsa legislatura – mi riferisco al processo politico che deve essere fatto – per cui sulla scuola di lingua italiana decideva l'assessore Kasslatter-Mur e la Giunta provinciale con i voti a maggioranza poteva decidere alzando 'le proprie manine' sulle politiche culturali e sulle politiche della scuola del gruppo linguistico italiano, non sono d'accordo. Di fronte a questo non sarei d'accordo. L'assessore Tommasini ha 'digerito' abbondantemente: ha detto che era contrario ma tanto poi 'chi se ne frega', si è fatto tutto quello che comunque era stato deciso. Ma non si può andare avanti così se va segnato un nuovo corso! Io ho iniziato questa legislatura dicendo: 'Signori, all'interno di questo Consiglio provinciale siamo in cinque di lingua italiana ed in passato, qualche anno fa mi pare fossimo in nove' e, per carità di Dio, anche per tanti demeriti del gruppo italiano, non è che voglio attribuire responsabilità solo ad altri, no! Noi, per carità di Dio, ci attribuiamo e ci assumiamo le nostre responsabilità! Io forse sono la testimonianza del centro-destra di lingua italiana - la collega Artioli ha una sua collocazione del tutto rispettabile e particolare – e rivendico con orgoglio questa mia posizione. Credo che questo corrisponda ad un sentimento molto diffuso nella provincia di lingua italiana politico, culturale che non ha trovato espressione e rappresentanza politica in virtù di errori propri, del centro-destra italiano. Credo che una politica nuova deve essere segnata e debba tenere conto anche dei numeri, delle realtà, delle particolarità, dei gradi di difficoltà, e tra questi io

includo anche quello che riguarda la condizione del gruppo linguistico italiano. Non ho capito quindi questo passaggio del 'quiz': abbiamo tante cose da mostrarvi ma non ve lo diciamo adesso, lo diremo più avanti. Diteci subito che cosa significa questa cosa, così almeno capiamo e possiamo votare su qualche cosa. Presidente, mi creda, non ho mai trovato una cosa del genere. È anche divertente, perché si crea attenzione, anche questo è un nuovo modo che crea un interesse verso una cosa e tutti sono lì ad aspettare di che cosa si tratta. Presidente, non vorrei che come al solito ci fosse 'la fregatura' dietro, per questo chiedo sia fatta chiarezza subito. Assessore Tommasini, ci dica subito che cosa significa questa frase e forse ce ne faremo tutti più in fretta una ragione e sapremo dare un giudizio ancora più motivato, più circostanziato e convinto rispetto non solo alla Giunta provinciale ma in modo particolare alla sua componente di italiana del Partito Democratico, lo stesso che ieri ha approvato la misura che prevede che di fatto, quando verrà approvata, il Partito Democratico, così come gli altri componenti in Giunta della Volkspartei, potranno di fatto autodefinirsi le proprie indennità alla faccia di tutto quello che accade in tutta Italia. Questa è la verità assoluta che abbiamo il dovere di dirci quando c'è il 'cortocircuito'. E a proposito di questa riforma del futuro - mi avvio verso la conclusione - per quanto riguarda la convenzione, - in italiano non voglio definirla 'convento', che mi sembra un termine molto spirituale, mentre invece di spirituale in questa cosa c'è molto poco - la chiamiamo così? Stiamo aspettando il disegno di legge e stiamo aspettando di discuterlo. Avverto subito che alcune premesse poste qualche dubbio ce lo portano, e come al solito si applicherà la stessa regola per tutto: 'E' il Consiglio provinciale che poi elegge e nomina', ma elegge e nomina chi? I propri rappresentanti all'interno di questo consesso così come, 'evviva' Renzi ed 'evviva' a questo Governo, ovviamente lo dico ironicamente, sarà la Provincia di Bolzano ad eleggere anche i nuovi senatori o a garantirne la possibilità, sarà questa maggioranza ad autogenerare all'interno di se stessa i futuri senatori della futura nuova e definita assemblea del Senato nazionale. Anche in questo caso, ho sentito dire in quanto non è scritto da nessuna parte e se qualcuno mi dice qualcosa magari potrei votare con maggiore consapevolezza, che 'il Consiglio provinciale deve eleggere'. Ma se la mettiamo così, allora torniamo al punto di partenza: ci vadano l'assessore Tommasini ed il presidente Kompatscher, e 'chi se ne frega!' Non può funzionare così! Il riconoscimento di maggioranze e minoranze, dei ruoli che non necessariamente devono essere esercitati nei numeri che si esprimono attraverso la rappresentanza in Consiglio provinciale! Gruppi linguistici: questo imporrebbe un'articolazione particolare! A suo tempo noi avevamo detto: una convenzione per l'Autonomia nella quale sia rappresentato tutta la panoramica delle forze politiche e, a dire la verità, forse la convenzione più naturale sarebbe questo Consiglio allargato a qualcuno: alle forze sociali, a degli studiosi. Se riduciamo già sulla base di quote proporzionali questa assemblea a qualcosa di diverso, e si restringe magari anche a solo due persone, è evidente che si perdono tutta una serie di tonalità di colori che in una situazione come quella dell'autonomia altoatesina significa, ideologicamente parlando, perdere non solo una varietà di colori ma anche di espressioni e sensibilità linguistiche. Certo se di italiano mettete Dello Sbarba - che rispetto e che saluto - è una cosa ben diversa da se mettete me piuttosto che Bizzo! E' evidente! Però l'italino c'è ed allora non funziona e non può funzionare così! Non si può disegnare il futuro dell'Alto Adige sulla base di questi schemi irrazionali che non tengono conto di una delicatezza del territorio. Io sto parlando del nulla perché questa cosa qua ancora non c'è, esiste solo un riferimento nella relazione: 'Si farà'. Benissimo, ma vorremmo anche discutere nel merito delle cose e capire di che cosa stiamo parlando. Ecco perché questa volta non posso votare sì, e forse anche la prossima, perché non ho capito su che cosa si sta votando: fiducia su che cosa? Sul fatto che il "Dolomiten" deve smetterla di attaccare il presidente Kompatscher? La fiducia non può essere su questo. Presidente Kompatscher, esprimo veramente solidarietà nei Suoi confronti e glielo dico sinceramente e capisco quello che Lei ha provato - noi a dire la verità ci siamo un po' più abituati - però il dibattito sulla manovra finanziaria non può essere ridotto solo a questo, deve essere qualcosa di più importante, elevato, nobile... Sa, la politica: questa è la vecchia politica! Io ho detto che quindi anni li ho fatti, no? Per carità, l'ho detto! Presidente, io dico anche che Lei ha risposto con il voto di fiducia, ha risposto come fanno tutti i Governi d'Italia da cinquant'anni a questa parte con lo strumento più antico e vecchio, che sembra risolvere il problema ma lo nasconde solo sul tappeto. Ma perché c'è qualcuno che pensa realisticamente che ci possa essere un consigliere della SVP - non parlo di quelli del PD, che, per carità di Dio, accendono un cero a Sant'Antonio tutte le mattine...si perché chi li rielegge più poi...- che possa votare no a questa manovra, pur sapendo tutte le conseguenze? Ma chi lo crede! Allora aveva ragione il consigliere Pöder quando diceva, anche se non è previsto: 'Si faccia la votazione segreta', così almeno ognuno si esprime liberamente e si assumerà la sua responsabilità nell'intimo personale, ma così con il plotone di fucilazione piantato davanti... Presidente Kompatscher, questa è la novità, la nuova politica dell'Alto Adige? Con lo strumento più antico che potesse essere pensato? Questo non dimostra forza, dimostra debolezza. La forza era dire: 'Signori, signor Consiglio provinciale, ci siamo tutti attorno all'idea di lanciare una fase nuova della politica, di definire ovviamente problemi sospesi importanti come quello dei vitalizi, ad assumerci le responsabilità tutti assieme? Per

fare questo magari sarebbe stato gradito un incontro da parte Sua con i capigruppo regionali, qui siamo in provincia però siccome molti sono anche qua, sarebbe stato gradito un confronto, un ragionamento, una valutazione! O è la vecchia politica: 'Questa è la minestra o la mangi o salti dalla finestra?' Questa è la nuova politica? Non volevo essere irrispettoso, volevo essere forse un po' diretto, schietto nella semplicità ed è per questo motivo che ho detto che non ho preparato una relazione scritta. Ho voluto parlare di cuore con grande chiarezza dicendo che noi ci siamo, parlo al plurale maiestatis, perché c'è una comunità che vuole esserci e che chiede rappresentanza! Noi nelle scelte fondamentali, quelle giuste ed eque basate sulla responsabilità ci siamo! Presidente Kompatscher, noi ci saremo sempre, non dubiti! L'appoggeremo sempre sulle misure giuste come abbiamo dimostrato già dall'inizio di questa legislatura, come abbiamo già fatto inascoltati e non considerati anche negli anni passati quando anche solo parlare con noi per qualcun altro era motivo di scandalo. Perché era così ed oggi è cambiato, ed allora non si ricorra ai vecchi strumenti ma si cambi realmente e si abbia il coraggio di dire che non si vuole più costruire una politica perché le condizioni la facciano solo i ricchi, i professionisti della politica che siedono nei banchi della SVP e del PD, ma che la possano fare tutti i cittadini indipendentemente dalla loro condizione, dal loro status, dalla loro possibilità, dal loro impiego. Si dica questo con chiarezza e non si faccia l'errore di mettersi in difesa del proprio 'fortino', perché questo io intravedo e ne sento il gusto, il retrogusto perlomeno.

Presidente, concludo dicendo che ormai forse è diventato un fatto accessorio il fatto che - perché purtroppo siamo stati portati a ciò - l'alleggerimento di una pressione fiscale, la creazione di una no tax area, l'intervento forte ed importante su IRPEF, sulle imposte e comunque significativo, dal punto di vista simbolico, su IRPEF ed IRAP, la strada indicata, e glielo dico perché altrimenti poi si perderebbe anche il senso delle cose, è giusta. Credo che si debba fare lo sforzo per rintracciare le risorse finanziarie per allargare questa base di no tax area, per aiutare le imprese a risollevarsi in un momento difficile senza creare condizioni di favore per nessuno. Si devono rintracciare le risorse anche nel modo in cui ho detto e centocinquanta milioni di euro sarebbero già disponibili se si facessero delle scelte importanti e radicali in alcuni ambiti. Credo che la politica sui contributi sia giusta e che si debba però avere la fondamentale consapevolezza del perché siamo giunti a questo punto e che si debba creare un vero tavolo di confronto politico che coinvolga tutti i soggetti interessati e interessabili, a partire dalle forze politiche che siedono qui in questo Consiglio, sulle ragioni per cui in Alto Adige sia stato così pesante lo schizzare in alto del costo della vita, che tocca delle percentuali che a livello nazionale sono sconosciute, che sia necessario realizzare un vero confronto di merito sugli interventi che sono possibili e che si debba creare questo tavolo di confronto che non deve essere uno dei tanti tavoli 'per mettere a posto la coscienza', ma creare le condizioni veramente di una svolta politica che sia ampiamente condivisa dalla società verso la quale sono poi orientati gli interventi. Presidente, avevo bisogno di dire questo e sono certo che troveremo come primo atto dell'amministrazione provinciale dopo la chiusura del dibattito sulla finanziaria, o forse anche prima, l'intervento in materia legislativa per ridurre le indennità del presidente della Giunta provinciale e degli assessori in coerenza con il percorso di rinnovamento che si intende assumere, altrimenti non potremo parlare di politica nuova ma della vecchia politica che difende sempre se stessa e punta invece il dito accusatorio solo sugli altri. Questo non andrebbe bene e non sarebbe per nulla innovatore. Grazie, presidente.

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 12.58 UHR

-----

Ore 14.34 UHR

*Namensaufruf – appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Generaldebatte zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 5/14 und Nr. 6/104 fort.

Herr Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe nicht mehr 59 Minuten zur Verfügung, aber danke trotzdem für Ihre Großzügigkeit.

Nun, wir haben im Rahmen der Debatte einige Dinge gehört. Es gibt unterschiedliche Ansätze über den Haushalt und über die Verknüpfung desselben mit der Vertrauensfrage. Es wurde über alte und neue Politik geredet, und der Kollege Urzì hat versucht, das zu analysieren. Ausdruck der alten Politik ist es meiner Meinung nach,

wenn man sich immer alle Optionen offen hält, sich nicht konkret festlegt und immer so tut, als wäre man auf der Seite der Bürger. Ausdruck der alten Politik ist es auch, in Gemeinden mit überschaubarer Größe jedem Bürger das zu erklären, was er gerne hört, in der Hoffnung, dass der andere nicht erfährt, was man dem einen gesagt hat. Herr Landeshauptmann, Sie sind nicht mehr Bürgermeister einer Gemeinde mit überschaubarer Größe. Sie wurden von einer messianischen Medienwelle in das Amt des Landeshauptmannes gespült. Sie wurden vom Landtag und nicht von den Medien gewählt. Sie sind nicht mehr so unbeobachtet wie als Bürgermeister einer Gemeinde mit überschaubarer Größe. Was man als Landeshauptmann sagt, kann sehr schnell auch in den Medien stehen. Es ist auch ein Schleudersessel, der einen sehr schnell aus diesem Amt schleudern kann, wenn man eine falsche Taste drückt.

Wenn Sie die Anrede "Hohes Haus" verwenden, dann kann man darüber diskutieren, ob das zeitgemäß ist oder nicht, ob es die Bürger als "hohes" oder "niedriges" Haus sehen. Eines ist dieses Haus aber nicht, nämlich ein dummes Haus. Als solches sollten Sie es auch nicht betrachten, Herr Landeshauptmann. Wenn Sie uns hier in markigen und schneidigen Worten erklären, dass Sie gegen die Medienhetze und –kampagne auftreten wollen und dann dem Chefredakteur einer bestimmten Zeitung eine SMS schreiben, dann betrachten Sie dieses Haus wirklich als sehr dummes Haus. Wenn Sie das dementieren, dann nehme ich das zur Kenntnis. Wenn der neue Politikstil, dass man Birnen nicht nur mit Äpfeln vergleicht, sondern sogar als Bananen ausgeben will, dann befinden wir uns in einem tiefen politischen Mittelalter, Herr Landeshauptmann. Ebenso wenig wie es eine Vertrauensabstimmung in diesem Haus gibt und hoffentlich nie geben wird, ebenso wenig gibt es die Möglichkeit, das Vertrauen an ein Gesetz zu knüpfen. Ein Gesetz könnte ja auch nur mit einer einzigen Ja-Stimme genehmigt werden. Bei der gestrigen Fraktionssprechersitzung haben gar einige Bauchweh über diese sehr freie Interpretierung der Geschäftsordnung des Landtages geäußert. Es gibt diese Vertrauensabstimmung nicht. Wenn sich, wie gesagt, 34 Abgeordnete der Stimme enthalten und nur ein einziger Abgeordneter für den Haushalt stimmt, dann ist der Haushalt genehmigt. Wo da ein Vertrauen ausgesprochen werden kann, verstehe ich also nicht. Wir brauchen uns nichts vorzumachen, Herr Landeshauptmann. Sie haben in bester alter machiavellinischer Manier – ob bewusst oder unbewusst – eine hochriskante Straße beschritten, den Zorn des Volkes einmal reitend, mit dem alten System abrechnend und so tuend, als hätte man mit dem nichts zu tun. Den Robin Hood zu spielen, der den Bürgern das gestohlene Geld zurückbringen sollte, ... Nun, es hat niemand etwas gestohlen und außerdem hat Robin Hood auch nicht den großen Umverteiler von Reich zu Arm gespielt und dabei die eigene Schatulle voll gelassen. Das wurde heute schon angesprochen. Was ich in diesem Finanzgesetz vermisse, wäre die Umsetzung der Ankündigung der Kürzung Ihres Gehaltes. Sie bekommen ja immer noch mehr als 19.000 Euro, obwohl das ein Monti-Dekret verbietet. Wir Abgeordnete haben uns in der vergangenen Legislaturperiode die Gehälter gekürzt, während die Gehälter der Landesregierung noch nicht gekürzt wurden. Ich vergönne Ihnen das, was Sie jetzt erhalten, aber ich habe nicht angekündigt, Ihr Gehalt zu kürzen. Ich wäre also vorsichtig, mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger und mit den Porcata-Rufen durch die Gegend zu laufen. Wenn man den selbst gesetzten Ansprüchen nicht gerecht, dann kann das sehr schnell zu einer Last werden. Wenn es wahr ist, dass Sie in Rom interveniert haben, dass die Ausnahmebestimmungen bei der Verfassungsreform auch jenen Passus betreffen, der die Anpassung der Gehälter der Landesregierung vorsieht, dann wäre auch das Monti-Dekret nicht mehr anwendbar. Ich würde wirklich noch einmal darum bitten, dieses Haus nicht für dumm zu verkaufen! Gemessen am Monti-Dekret verdienen Sie, Herr Landeshauptmann, 6.000 Euro zu viel! Sie haben angekündigt, Ihr Gehalt zu kürzen. Wir haben es bereits getan!

Sie waren als Bürgermeister, aber auch als Präsident des Gemeindenverbandes Teil des alten Systems und haben dieses auch gestützt und geschützt. Sie sind also mitverantwortlich für vieles von dem, was passiert ist. Die größten Geldfressprobleme in Südtirol wie den Flugplatz und anderes übernehmen Sie und wollen Sie fortführen. In Bezug auf die SEL-Geschichte habe ich auch noch keine großartigen umwälzenden Neuregelungen vorgenommen. Ich frage mich auch, ob es in Bezug auf eine mögliche Fusion zwischen Etschwerken und SEL den Auftrag Brandstätter/Hager noch gibt oder ob dieser revidiert wurde. Das wäre auch interessant zu wissen.

Herr Landeshauptmann, Sie glauben, dass mit diesem Haushalt eine revolutionäre Änderung herbeigeführt wird. Nun, ich glaube nicht, dass hier etwas Revolutionäres geschieht. Sie haben gesagt, dass Sie das Gießkannenprinzip eliminieren möchten. Das wurde schon früher angekündigt. Ich kann bei den Kürzungen eine Rasenmähermethode feststellen, denn hier wird relativ undifferenziert vorgegangen und es sind keine Schwerpunkte erkennbar. Wo liegen die Schwerpunkte? In der Ankurbelung der Wirtschaft mit der x-ten IRAP-Senkung? Gibt es Schwerpunkte in Sachen Arbeitsplatzbeschaffung, in Sachen Familie? Ich spreche nicht nur von der Entlastung in Sachen IRPEF-Zuschlag, die ja löblich ist, wobei aber immer noch die Tatsache bleibt, dass auch die Reichen entlastet werden. Wo soll die Reise hingehen? Welche Richtung will man einschlagen? Es genügt nicht, einmal



hier und einmal dort zu kürzen und gleichzeitig auf der Seite der öffentlichen Arbeiten gewaltig zu steigern. Das ist natürlich eine Altlast der alten Administration, aber als Sie noch Präsident des Gemeindenverbandes waren, habe ich nicht vernommen, dass Sie gegen bestimmte ausufernde öffentliche Projekte aufgetreten wären. Aufgrund der mangelhaften, immer noch falschen Ausschreibungspolitik des Landes gibt es die Situation, dass fast die Hälfte der jährlichen Summe für öffentliche Bauarbeiten außer Lands geht. Das hat der zuständige Landesrat im vergangenen Jahr im Rahmen einer Pressekonferenz gesagt.

**MUSSNER (SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Landesrat Mussner, Sie haben genau diese Zahlen präsentiert. Wenn sie nicht stimmen, dann müssen Sie sie revidieren! Ich frage mich auch, wohin die Reise hier geht. Wie gesagt, mir fehlen in diesem Haushalt sehr viele Punkte. Es wäre die Gelegenheit gewesen, bei diesem ersten Haushalt der neuen Legislatur Schwerpunkte erkennen zu lassen. Es genügt nicht, zu erwähnen, dass man schon irgendetwas tun werde. So einfach geht es nicht!

Wie gesagt, es ist der erste Haushalt dieser Legislaturperiode und Sie haben diesen mit der Vertrauensfrage verknüpft, was nicht möglich ist. Ich würde dies in einer anderen Form regeln. Sie wurden von der Mehrheit des Landtages gewählt, und wenn Sie glauben, dass Sie das Vertrauen der Mehrheit noch haben, dann brauchen Sie nichts zu ändern. Ansonsten sollten Sie die Scheid haben zu sagen: "Ich stelle mich einer wirklichen Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung meines Rücktrittes." Das wäre eine Vertrauensabstimmung, die diesen Namen auch verdienen würde, denn diese wäre dann geheim. Mit einer reinen Abstimmung über den Haushalt, der unterschiedlich bewertet werden muss, ändert man nichts. Das ist keine korrekte Vorgangsweise!

**PRÄSIDENT:** Herr Pöder, es stimmt, dass gestern in der Fraktionssprechersitzung darauf hingewiesen wurde, dass eine Vertrauensabstimmung in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei, weshalb auch keine geheime Abstimmung möglich sei. Somit kann diesem Antrag nicht stattgegeben werden.

Landeshauptmann Kompatscher, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich habe in meiner Rede zum Haushalt ganz klar gesagt, dass ich die Abstimmung über den Haushalt auch dahingehend bewerte, ob man will, dass diese Regierung weiterarbeitet oder nicht. Sollte diese Abstimmung nicht positiv ausgehen, werde ich die persönlichen Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Das war meine Aussage, und in diesem Sinne ist das eine Vertrauensabstimmung.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten. Nachdem ich gestern in der Fraktionssprechersitzung diese Präzisierung beantragt habe, tut es mir leid, dass Sie darauf beharren. Sie versetzen uns nämlich in die Situation, dass unsere Stimme durch Ihre öffentliche Ankündigung anders interpretiert wird. Ich mache ein ganz konkretes Beispiel: Wie soll ich als Abgeordneter abstimmen, wenn ich gegen den Haushalt bin, aber der Regierung das Vertrauen ausspreche? Sie missbrauchen indirekt die Stimme der Abgeordneten in der öffentlichen Darstellung. Wir stimmen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr über den Haushalt ab, sondern unsere Stimmabgabe wird als Vertrauen oder Misstrauen in die Regierung interpretiert. Das ist einfach nicht zulässig. Was Sie privat denken, ist Ihre Sache, aber als Landeshauptmann zu sagen, dass Sie die Abstimmung der Abgeordneten in die eine oder andere Richtung interpretieren, ist nicht zulässig. Entweder Sie sagen, dass Sie von diesem Vorhaben absehen oder sonst stimme ich nicht mit. Ich lasse meine Stimme nicht in der Öffentlichkeit anders wahrnehmen. Genau das ist der Fall! Die Medien schauen sich das Stimmverhalten an, und dann heißt es: "Ah, der Knoll hat dafür gestimmt, weil er nicht will, dass Neuwahlen kommen." Das Spiel spielen die Medien! Wie gesagt, ich ersuche Sie, von diesem Vorhaben abzusehen. Sonst kann ich nicht mitstimmen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich interpretiere nicht Ihr individuelles Abstimmungsverhalten, denn Sie haben jede Möglichkeit zu erklären, wie Sie abstimmen werden. Es ist aber auch normal, dass ich ein Wahlergebnis als politische Wertung vornehme und nötigenfalls die Konsequenzen ziehe. Das ist auf der ganzen Welt so üblich. Außerdem darf ich schon feststellen, dass diese Ankündigung zu etwas geführt hat, nämlich, dass wir wieder über die Dinge diskutieren. Es war wichtig festzustellen, dass nicht irgendwo sonst, sondern hier entschieden wird, ob diese Regierung weiterarbeiten soll oder nicht. Es geht hier nicht um die Rentendebatte, sondern im Gefolge dieser Diskussion ist meine Regierung zu einem großen Teil in Frage gestellt worden. Es liegt

mir fern, Ihr Abstimmungsverhalten für mich zu missbrauchen. Sie werden in Ihrer Stellungnahme erklären, wie Sie abstimmen, und das wird die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen.

**OBERHOFER (Die Freiheitlichen):** Geschätzter Herr Landeshauptmann! Lassen Sie mich kurz auf die Ereignisse der letzten Wochen eingehen. Sie sprechen in Ihrem Bericht von der Wut, welche der Politik gilt, und hier gebe ich Ihnen ausnahmslos Recht. Die Abschätzigkeit, der Spott und die Verachtung teilweise auf niedrigstem Niveau gilt allen hier Anwesenden und auch den einzelnen Funktionären, die sich draußen bemühen. Das tut mir besonders leid, denn es werden viele Menschen in die Sache hineingezogen, die eigentlich gar nichts dafür können. Nichtsdestotrotz muss die Arbeit weitergehen und gerade für uns Neue muss die Arbeit erst richtig beginnen. Deshalb verstehe ich Sie in Ihrer Vertrauensfrage nur teilweise. Sie wollen hiermit wahrscheinlich der Wut und dem Druck, die von außen kommen, ein Ende setzen, und zwar durch ein eindeutiges Vertrauenszeichen hier im Plenum, verbunden mit dem Haushalt. Ich hoffe für Sie, dass diese Vertrauensfrage nicht aufgrund von Misstrauen innerhalb Ihrer eigenen Reihen aufgetaucht ist. Ob ich selbst Ihrer Arbeit mein Vertrauen schenken kann, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Das Vertrauen muss erst wachsen. Ich wünsche mir jedenfalls, dass Sie arbeiten können, damit ich mir ein faires Urteil über Ihre Arbeitsweise bilden und ein Bild über die neue Politik, die Sie im Wahlkampf propagiert haben, machen kann.

Geschätzter Landeshauptmann, in Ihrem Haushalt sehe auch ich die freiheitliche Handschrift. Dennoch fehlen einige Themen, welche ich nicht als ausschließlich freiheitlich bezeichnen möchte. Das sind Kernthemen, die ich für Südtirol als wichtig erachte. Dazu gehört, wie es gestern schon mein Kollege Stocker erwähnt hat, das Thema der Einwanderung. Hier gilt es noch vieles zu tun, da der Weg in die Integration noch lange keine asphaltierte Straße ist. Bedenken wir nur die Schwierigkeit bereits bei der Definition des Wortes "Integration". Diese ist noch klar festzulegen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nämlich so, dass sich der Erfolg von Integration in den Köpfen der Individuen abspielt, weil momentan jeder selbst entscheidet, ab wann jemand wirklich integriert ist. Denken wir nur an die Tatsache, dass manche schon von Inklusion sprechen. Eines ist auch sicher, nämlich, dass Integration in Südtirol grundsätzlich nicht so einfach sein wird. Es ist klar, dass die eingefleischten Südtiroler nicht gewillt sind, aufgrund der Geschichte, die sie von Geburt an in sich tragen, großzügig Platz für andere Kulturen zu schaffen und dann noch Hurra zu schreien. Je mehr man die Menschen dazu zwingt, umso mehr blocken sie ab. Das haben Sie, werter Landeshauptmann, auch selbst erkannt, wenn Sie in Ihrem Bericht das neue Kulturgesetz erwähnen und meine Aussage bestätigen, dass die Kultur in Südtirol ein heikles Thema ist.

Ich möchte ganz kurz auf dieses geplante Kulturgesetz eingehen. Ich habe mir das bestehende Kulturgesetz angeschaut und bin zum Schluss gekommen, dass man mit einem neuen Gesetz auch sehr leicht ins Feuer greifen kann. Gerade in Zusammenhang mit dem Ausdruck "sprachübergreifend" kommt in mir Skepsis auf. In diesem Zusammenhang kann ich von einem persönlichen Erlebnis berichten. Als ich eines Tages nach Hause gefahren bin, habe ich am Eingang des Dorfes Mühlbach ein Transparent des Tourismusvereins mit der Aufschrift "Willkommen in der Ski- und Almenregion Gitschberg/Jochtal – Rio di Pusteria" entdeckt und da habe ich nicht schlecht gestaunt. Abgesehen davon, dass Mühlbach eine Ortschaft ist, die vorwiegend deutschsprachig ist, empfinde ich das schon als kulturellen Frevel, weil dieses Transparent als Aushängeschild der Ortschaft dient, mehr als das Straßenschild selbst. Wenn es sprachtechnisch in diese Richtung gehen soll, dann gute Nacht. Ich werde mir das geplante neue Kulturgesetz jedenfalls genau anschauen.

Was ich in Ihrem Bericht als positiv bewerte, Herr Landeshauptmann, ist dieses Mehr an Verantwortung, welches Sie mit mehr Freiraum verbinden wollen. Dieses Novum wird hoffentlich vielen aus ihrer Lebensohnmacht helfen und viele zu mehr Eigenverantwortung und Interesse an den Möglichkeiten in und rund um ihr Leben zwingen. Das ist für mich eine zukunftsweisende Entwicklung, die vor allem den jungen Südtirolern zugute kommen kann, weil sie wieder Chancen ergreifen müssen. Deshalb hoffe ich, dass Ihnen und uns allen dieses Mehr an Verantwortung und Mehr an Freiraum gelingen wird.

**AMHOF (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshaushalt ist eine Weichenstellung für die Zukunft und mit ihm definieren wir die Handlungsspielräume unserer Landesregierung. Er zeigt auf, wo künftige Reformen stattfinden sollen, und lässt auch ganz klar erkennen, wo die öffentliche Verwaltung dem auferlegten Sparzwang Rechnung tragen wird. Dieser Haushalt ist klar und transparent. Es gibt Fakten, Zahlen und Daten, und das ist ein neuer politischer Stil.

Inhaltlich habe ich drei Anmerkungen zum Haushalt zu machen. Zum Thema Bildung und Kultur. Gespart wird in fast allen Bereichen. Ausgenommen davon sind unter anderem die Bereiche Bildung und Berufsbildung, und das ist gut so. Landeshauptmann Kompatscher schreibt in seinem Begleitbericht kurz und prägnant: "... weil

*wir nicht an unserer Zukunft sparen.*" Dennoch mein Appell: Nicht kürzen bedeutet sparen und intern umverteilen. Die Anforderungen an unser Bildungssystem steigen aber stetig. Kindergärten und Schulen müssen mit sich verändernden Gesellschaften wachsen und mit dementsprechenden Maßnahmen reagieren. Dazu gehören zum Beispiel der individualisierte Unterricht, die Begabtenförderung und neue didaktische Methoden. Auch die neuen Medien verändern unsere Bildungswelt maßgeblich, ganz zu schweigen von den sozialen Herausforderungen, die bereits heute an die Pädagoginnen und Pädagogen gestellt werden. Unabhängig davon laufen ja bereits Reformen wie beispielweise die Berufsmatura, die 2015 zum ersten Mal bei den Fachschülerinnen und Fachschülern abgenommen werden soll. All das kostet, aber lassen wir uns das was kosten, im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen.

Nicht nur Bildung ist mir wichtig, denn auch Kultur ist Bildungsarbeit. Der Abgeordnete Hans Heiss hat bereits heute früh darauf aufmerksam gemacht. Positiv anmerken möchte ich, dass die Kürzungen im Bereich Kultur fast ausschließlich auf Kosten der Eigeninitiativen des Amtes für Kultur und auf Investitionen gehen. Somit sind sie für die Kulturschaffenden nicht so stark spürbar, wie es angenommen werden könnte. Hier hat die Landesregierung ganz klar Schwerpunkte gesetzt, im Gegensatz zu dem, was der Kollege Pöder vorher gesagt hat. Erst kulturelle Nachhaltigkeit hat einen Bildungseffekt. Kontinuierlich in Kultur investieren manifestiert sich dementsprechend auch in diesem Haushalt, ob Volkskultur oder Moderne, ob Laienproduktionen oder professionelle Inszenierungen. Wichtig ist es, dass in Kultur investiert wird, besonders für Minderheiten.

Ein paar Worte auch zum Beitragsstopp. Die Beiträge sind vorübergehend ausgesetzt, weil Kriterien neu definiert werden müssen. Da stellt sich mir die Frage, wie in Zukunft Arbeiten der öffentlichen Hand, Beiträge an gemeinschaftliche Organisationen, Genossenschaften, Konsortien oder Interessensschaften oder an Private vergeben werden. Tatsache ist, dass das System zu überarbeiten ist, denn die zur Verfügung stehenden Mittel sind bescheidener und ein Paradigmenwechsel zu hundert Prozent notwendig.

Ich komme zum Schluss. Wir haben sehr viele gute Köpfe in unserem Land, intelligente und kreative Menschen. Die neue Landesregierung hat Vertrauen in diese. In den von dem Land kontrollierten Gesellschaften wird die Mandatsbegrenzung eingeführt. Nach drei aufeinanderfolgenden Perioden ist Schluss, und damit nicht genug. Auch der Ämterhäufung in diesen Gesellschaften wird der Riegel vorgeschoben, was heißt, dass maximal drei Ämter für ein und dieselbe Person zulässig sind. Meines Erachtens ist das ein ganz klares Zeichen für die jungen Menschen in unserem Land.

Es handelt sich um einen ausgeglichenen Haushalt mit klaren Schwerpunkten und sehr guten Akzenten. Ich stimme dafür.

**SCHIEFER (SVP):** Geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich erklären, dass ich in jeder Hinsicht für diesen Haushalt stimmen werde und dass ich auch die Haltung des Landeshauptmannes in Sachen Vertrauensfrage hundertprozentig unterstütze. Ich betrachte das als geschickten Schachzug, der sich sehr wohl ausgewirkt hat. Wenngleich es von Seiten der Opposition Bedenken gibt, so gibt es doch die Möglichkeit der Stimmabgabeerklärung, bei der jeder das Stimmverhalten erklären kann. Dann weiß auch die Presse, wie sie dran ist. Uns geht es in erster Linie darum, dass in diesem Hohen Haus Klarheit herrscht und dass wir hinter dem Landeshauptmann und seiner Regierung stehen.

Was die umstrittene Rentenregelung anbelangt, ist darüber sehr viel geschrieben und gesagt worden. In einigen Wortmeldungen wurde sie falsch bzw. zwielichtig dargestellt. Wenn man dem Landeshauptmann vorwirft, er hätte falsch reagiert und sei mit den Wutbürgern gegen die alte Garde aufgetreten, so ist das nicht in Ordnung. Als die Sache im Februar bekannt geworden ist, hat alle Wut und Zorn gepackt. Wir waren neu und haben nichts gewusst. Trotzdem wurden wir mehr oder weniger in den gleichen Topf geworfen und hatten mit Unannehmlichkeiten zu rechnen. Wir haben das in Montan bei der Bezirksschützenversammlung zu spüren bekommen. Derjenige, der die Verantwortung hat, soll sie bitte übernehmen und Buße tun, nachdem wir in der Fastenzeit sind. Dann soll die Sache abgeschlossen werden. Es kann nicht sein, dass man sich jetzt gegenseitig Vorwürfe macht. Der Landeshauptmann ist wie auch wir Neuen in eine Situation geraten, mit der man nicht gerechnet hat. Mancher von uns wird sich wahrscheinlich gesagt haben: "Wenn ich das gewusst hätte, dann wäre ich dort geblieben, wo ich war." Man sollte ehrlich sein und nun zur Tagesordnung übergehen. Wir haben inzwischen den Rubikon überschritten und sind Richtung Kirchenstaat unterwegs. Wir sollten versuchen, das Beste daraus zu machen. Unsere Aufgabe liegt darin, Nägel mit Köpfen zu machen und uns auf die wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich möchte nun ein paar Anliegen vorbringen. Was die Bildung betrifft, hat bereits Kennedy trefflich formuliert: "Nur eines ist teurer als Bildung, nämlich keine Bildung". Deshalb muss man das Geld für die Bildung richtig

investieren. Man muss vor allem in die Menschen investieren. Dasselbe gilt für die Kultur. Südtirol ist so reich an Kultur und hat sehr viele Kulturschaffende. Deshalb sollte auch dort möglichst in die Köpfe investiert werden. Man sollte diesen auch die Möglichkeit geben, sich zu zeigen. Es wäre auch nicht uninteressant, hier im Hohen Haus ab und zu Kunstaussstellungen zu machen und jungen Künstlern die Möglichkeit zu geben, sich hier offen darzustellen und ihre Kunstwerke zu zeigen.

Ein weiterer Punkt betrifft das Wohnbauinstitut. Das Schlimmste an der ganzen Sache mit dem Wohnbauinstitut ist nicht, dass der Präsident noch dort ist, obwohl sein Amt verfallen ist. Das Schlimmste sind die leerstehenden Wohnungen. Einerseits gibt es viele leerstehende Wohnungen, andererseits lange Wartelisten, die nicht berücksichtigt werden, weil die Ämter seit der famosen Krise noch nicht richtig funktionieren. Es gibt Wohnungen, die seit zwei Jahren leer stehen und niemand weiß, was dort zu tun ist. Ich habe einmal nachgefragt und dann hat es geheißen, dass man noch einen Lokalausweis machen müsse. Nach zwei Jahren haben sie nicht gewusst, ob die ganze Wohnung zu sanieren ist oder ob nur der Boden abzuschleifen oder die Wände zu weißeln sind. Solche Fälle gibt es noch und nöcher. Die Leute, die ein Recht auf eine Sozialwohnung haben, müssen lange warten und die Instandhaltungsarbeiten werden nicht durchgeführt. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Was die EEEV betrifft, möchte ich sagen, dass die zuständige Landesrätin Martha Stocker diesbezüglich bereits zwei Mal bei uns im Unterland war. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass die EEEV so auf Dauer nicht funktionieren kann. Es braucht ein Regelwerk, aber man merkt, dass dieses von einem Statistiker erstellt worden ist. Die Statistik allein genügt nicht, denn es gibt viel zu viele Klagen und Einwände, nicht nur von alleinerziehenden Müttern, sondern auch von vielen älteren Personen, die aufgrund der neuen Regelung zu kurz kommen. Es braucht eine Überarbeitung der EEEV nach klaren Kriterien. Ebenso möchte ich darauf hinweisen, dass durch die EEEV die einheimischen Bedürftigen im Vergleich zu den Nicht-EU-Bürgern zu kurz kommen. Ohne fremdenfeindlich sein zu wollen, muss ich sagen, dass unsere Leute aufgrund des Vermögens gegenüber den Ausländern benachteiligt sind.

Ein paar Worte auch zum Brennerbasistunnel. Der Landeshauptmann hat im Rahmen einer Antwort auf eine aktuelle Anfrage meinerseits bekundet, dass er grundsätzlich für eine Veröffentlichung der famosen Gesundheitsstudie sei. Inzwischen hat der Kammerabgeordnete Schullian eine entsprechende Anfrage an das Parlament gerichtet. Der Koordinator, den die Regierung eingesetzt hat, hat sehr gut reagiert und dem beigepflichtet. Er ist für eine Offenlegung der Studie und hat sich sogar für eine zusätzliche Studie für die Zulaufstrecken ausgesprochen. Dafür möchte ich mich bedanken. Wir haben in nächster Zeit ein Treffen mit den Bürgermeister des Unterlandes geplant, bei welchem über die Eintragung in die Bauleitpläne gesprochen werden soll. Bei dieser Gelegenheit werden wir auch einen Termin für die Vorstellung der Studie festlegen. Keine Sorge, es werden auch parteifremde Kolleginnen und Kollegen eingeladen, so, wie es sich gehört.

Was den Flugplatz betrifft, möchte ich keine definitive Stellungnahme abgeben. Mein Kollege Renzler und ich sind damals bei der Abstimmung über einen entsprechenden Beschlussantrag hinausgegangen, weil wir uns nicht festlegen wollten. Der Landeshauptmann hat versprochen, erst eine Entscheidung zu treffen, wenn alle Daten auf dem Tisch liegen. Dann werden wir schauen, was für oder gegen den Flughafen spricht.

Ein Wort auch noch zu den Gemeinden. Ich glaube, dass in Bezug auf die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften eine institutionelle Reform notwendig ist. Diese wird eher die kleinen Gemeinden treffen, denn solche Vorkommnisse wie in Waidbruck usw. sind nicht unbedingt ermutigend. Ich bitte die Landesregierung auch um eine kleine Korrektur in Sachen, denn wenn die Gemeinden so viel weniger bekommen sollen, dann brauchen sie einen gewissen Ausgleich. In Südtirol gibt es einige Gemeinden, denen es finanziell gut. Das sind besonders die sogenannten Energiegemeinden und jene, die besondere Einnahmen aus der Ex IMU und jetzt GIS haben. Deshalb braucht es hier unbedingt einen Ausgleich.

Ich kann sagen, dass die Debatte für mich als Neuling sehr interessant war. Ich habe sehr viel gelernt. Man merkt an bestimmten Aussagen, dass die Italiener in ihrer Rhetorik wesentlich besser sind als wir, aber nur deshalb, weil sie sich die Zeit nehmen und wir immer alles schnell machen wollen. Vielleicht können wir daraus lernen und in Zukunft auch so breit gefächert vor dem Hohen Haus sprechen. Danke!

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Ich habe zwar schon einen kurzen Minderheitenbericht vortragen dürfen, möchte aber trotzdem einige Dinge erwähnen, die mich in den letzten Monaten beschäftigt haben.

Ich habe die Ehre, im Landtagspräsidium zu sitzen und habe dadurch die Möglichkeit, sehr viele Schulklassen zu begleiten. Wenn ich mit den Schülern spreche, dann frage ich sie, was sie sich von der Politik erwarten. Meist sind es Viertklässler, Fünftklässler, solche, die die Matura machen und planen, ins Ausland zu gehen, um zu studieren. Die Antwort dieser Schüler auf meine Frage ist, dass sie alle gerne eine leistbare Wohnung hätten. Wir

wissen zwar, dass der freie Markt in der Zwischenzeit etwas eingebrochen ist, aber das Preisspektrum auf dem Wohnungsmarkt hat sich noch nicht so weit nach unten entwickelt, dass man sagen könnte, dass sich ein junger Mensch ohne Unterstützung der Eltern eine Wohnung kaufen kann. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage, ob junge Leute, die im Ausland studieren, wieder nach Südtirol zurückkehren wollen, um hier zu arbeiten. Stellt ihnen die Wirtschaft Arbeitsplätze zur Verfügung, die ihnen auch gefallen? Das ist die zweite große Herausforderung, die wir in Zukunft angehen müssen. Wir müssen die Betriebe unterstützen, damit sie Menschen anstellen können. Ich habe mir vor einer Woche das TIS angeschaut. Ich habe gestaunt, welche tolle Firmen es in Südtirol gibt. Unter anderem hat mich ein Startup-Unternehmen begeistert, das von vier jungen Menschen, die an der TU in München studiert haben, gegründet worden ist. Das ist aber mehr die Ausnahme als die Regel. Was müssen diese jungen Menschen tun? Sie müssen die Verbindungen, die sie im Ausland geknüpft haben, mit nach Südtirol nehmen, weil diese Kunden hier nicht zu finden sind. Wir müssen nicht nur wettbewerbsfähig sein, wenn es um den Tourismus geht, wir müssen nicht nur die tollsten Hotels und die schönste Landschaft bieten, sondern wir müssen auch Wettbewerbsfähigkeit beweisen, wenn es um zukünftige Arbeitsplätze für gut ausgebildete Menschen geht. Hier haben wir einigen Aufholungsbedarf. Es schadet auch nicht, wenn man über die Grenzen hinausschaut und schaut, was dort anders gemacht wird. In Bayern gibt es den Slogan "Laptop und Lederhose", der auch bei uns gut passen würde. Wieso funktioniert die Umsetzung des Aufbaus junger kleiner Firmen bei uns nicht so gut wie in Bayern? Einerseits natürlich deshalb, weil wir in Italien sind, aber wir könnten unsere Hausaufgaben in Südtirol schon selbst machen. Ich habe Freunde, die in München ein Unternehmen betreiben, weil ihnen der Sprung auf den Markt in Südtirol nicht gelungen ist. Wir müssen uns also schon fragen, was die anders machen als wir. Ich darf einen Ansatz bringen. Wenn in Bayern ein Unternehmen gegründet wird und dieses als innovativ betrachtet wird, dann geht der Freistaat her und übernimmt eine Garantie im maximalen Ausmaß von 80 Prozent. Wenn ich in Südtirol ein Unternehmen gründe, dann bekomme ich einen Schenkungsbeitrag im maximalen Ausmaß von 30 Prozent, aber ich muss 70 Prozent selbst finanzieren. Nachdem die Banken einem Anfänger nichts geben, hat er höchstens die Möglichkeit, sich das Geld bei einem Privaten zu leihen. Man kann doch nicht Haus und Hof aufs Spiel setzen, um eine Firma gründen zu können! Wir haben also nicht nur die staatlichen Lasten zu tragen, sondern wir haben auch hausgemachte Lasten. Wenngleich man mit Altlandeshauptmann Durmwaldner in vielen Dingen nicht einverstanden sein konnte, so muss man ihm eines doch zugute halten. Er hat einen Landeshaushalt hinterlassen, der im Grunde nie verschuldet war. Wenn man einen Haushalt von fünf Milliarden Euro und gleichzeitig sehr wenige Schulden hat, dann hat man Spielraum. Diesen, liebe Kollegen, sollte man auch nutzen! Schauen Sie sich bitte einmal an, mit welcher Häme teilweise reagiert wird, wenn Unternehmer in diesem Land scheitern. Es gibt Baufirmen, die 70, 80 Jahre lang ganzen Talschaften Arbeit gegeben haben. Wenn sie dann in Krisenzeiten in Schwierigkeiten kommen, dann werden sie mit einer abscheulichen Häme bedacht. Dasselbe gilt für die Politik. Mit welcher Häme wird sie überschüttet, wenn sie Fehleinschätzungen macht? Das kann es nicht sein! Sind wir ein attraktives Land oder nicht? Sind wir ein Land, das für Leistungsträger attraktiv ist oder nicht? Diese Fragen müssen wir uns stellen. Ich spreche bei dieser Gelegenheit auch die ganzen anonymen Kommentare in den Internetforen an, denn diese sind nicht Ausdruck dieses Landes. Das ist nicht die Volksmeinung, und wir werden als Landtagspräsidium prüfen, ob man das rechtlich unterbinden kann. Wir haben ja gesehen, wo es hinführt, wenn man sich auf die sogenannten Wutbürger verlässt. Die Wutbürger, die anscheinend das politische Tagesgeschäft bestimmen, waren in Bruneck nicht einmal imstande, eine Liste für die Gemeindewahlen zu präsentieren. Wir sollten nicht glauben, dass das Ausdruck unserer Gesellschaft ist. Ich bin immer der Meinung, dass man in die Zukunft schauen und etwas aufbauen muss. Wir müssen hergehen und sagen, dass unser Land für Unternehmer und für Leistungsträger attraktiv ist. Wenn wir hergehen und sagen, dass unser Land nicht mehr attraktiv ist, dann kann die Rolltreppe nur mehr abwärts gehen.

Zur Rentenregelung nur Folgendes: Wenn eine Eva Klotz oder ein Pius Leitner in den Landtag gewählt worden sind, so haben sie sich bestimmt keine Gedanken über die Rentenregelung gemacht. Das geht uns sicher allen so. In den vergangenen Jahren ist vieles gemacht und umgesetzt worden. Man hat das Rentenalter in die Höhe geschraubt. Die "Neuen" bekommen ja anscheinend eine Rente von 750 Euro brutto, wenn sie mit 65 Jahren in Rente gehen. Ich kann mit jeder Regelung leben. Es muss sich jeder selbst die Rechnung machen, ob es für ihn attraktiv ist, Politiker zu sein oder nicht. Ich warne vor einem, nämlich, dass man hergeht und alles zusammenstreicht. Ich hoffe, dass man eine Rentenregelung findet, die es ermöglicht, dass ein guter Durchschnitt der Südtiroler Gesellschaft bereit ist, für die Politik zu kandidieren. Nur ein guter Durchschnitt der Südtiroler Gesellschaft kann nämlich gute Politik machen. Ich möchte nicht, dass es einen Landtag gibt, in dem nur mehr öffentliche Bedienstete, Rentner oder sogenannte Idealisten sitzen. Idealismus hat viele Gesichter. Ich möchte für die

nächsten fünf Jahre, aber auch darüber hinaus dazu beitragen, Südtirol so zu gestalten, das es für Leistungsträger attraktiv ist.

**STEGER (SVP):** Bevor ich auf den Haushalt eingehe, möchte ich ganz kurz den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund desselben beleuchten. Wir stehen seit einigen Jahren vor einem großen gesellschaftlichen, aber auch wirtschaftlichen Wandel. Ich erinnere an das Jahr 2008, an die Pleite von Lehman Brothers, an die Bankenpleiten, infolge deren ganze Staaten in Mitleidenschaft gezogen worden sind bzw. man erstmals daran denken musste, dass auch ein Staat in Konkurs gehen kann. Ich denke an Griechenland, an Zypern, aber auch an Italien. Es hat in den letzten Jahren eine fundamentale Veränderung der Grundsituation in Europa und in der Welt gegeben. Man hat 30, 35 Jahre in einer vermeintlichen und gefährlichen Sicherheit gelebt, wie wir jetzt sehen, und hat gedacht, dass alles stabil bleiben würde und es keine großen Abbrüche geben könne. In den letzten Jahren war das genaue Gegenteil der Fall. Es wurde wirklich alles in Frage gestellt: Die wirtschaftliche Grundordnung, die gesellschaftliche Ordnung und in einigen Staaten auch die politische Ordnung. Wir brauchen uns aber auch nur die gesellschaftliche Veränderung anschauen. Wir befinden uns hier in einem politischen Gremium, und einige von Ihnen haben schon vor fünf oder zehn Jahren kandidiert. Wie anders war der Wahlkampf? Dieses Mal war es das erste Mal, dass auch über Internet und über die neuen Medien massiv Wahlkampf betrieben wurde. Ich sage das deshalb, weil auch das fundamentale Änderungen in der Gesellschaft mit sich bringt. Wir müssen auch in der Politik lernen, Dinge anzusprechen und dass diese dann auf jeden Fall von der Bevölkerung vernommen werden. Heute müssen wir auf eine ganz andere Art und Weise Politik machen und müssen uns auch in unserem Privatleben anders bewegen. Auch im sozialen Netz müssen wir uns auf eine neue Art und Weise bewegen. Südtirol hat nach 25 Jahren einen neuen Regierungschef, der neue Methoden anwendet, die sicher Kinder der neuen Zeit sind.

In diesem Zusammenhang steht auch der wirtschaftliche Hintergrund. Wir haben ein Europa 2013, das nicht gewachsen ist. Italien hat seit 1 ½ Jahren eine Rezession und auch in Südtirol gibt es nur ein leichtes Wachstum. Im Jahr 2014 wird es wahrscheinlich wieder ein bisschen aufwärts gehen. Italien ist vor ein paar Jahren etwas abhanden gekommen, was die Italiener immer ausgezeichnet hat. Wir haben immer gedacht, dass man schon irgendwie durchkommen würde. Es hat immer ein bestimmtes Urvertrauen gegeben, das es heute nicht mehr gibt. Wenn man die Hoffnung verliert, dann wird man weder im Beruf, noch im Privatleben erfolgreich sein. Wenn man das auf einen Staat, ein Land oder eine Region überträgt, dann wird auch ein Staat, ein Land oder eine Region nicht erfolgreich sein. Was es jetzt braucht, ist auch ein bisschen Zuversicht. Die Rahmenbedingungen geben uns ein bisschen Zuversicht. Ich warne davor, das als stabile Sicherheit zu sehen, aber es wird wieder aufwärts gehen. Für mich sind die Zahlen des Wirtschaftswachstums nicht die wesentlichen, denn Wirtschaftswachstum wird langfristig nicht die Kategorie sein, an der wir das Wohlbefinden und den Wohlstand eines Volkes messen werden. Trotzdem ist das heute noch ein Parameter, den man als Basis hernimmt. In den nächsten Jahren werden aber andere Parameter viel wichtiger werden. Wir haben Hoffnung für 2014 und 2015, wenn wir unsere Hausaufgaben machen. In Südtirol gibt es eine Erwerbstätigen-Quote von mehr als 70 Prozent. Das ist eine gute Basis. Es gibt eine Arbeitslosigkeit, die immer noch unter fünf Prozent ist, was im internationalen Vergleich sehr gut ist. trotzdem ist das besorgniserregend, weil wir in der letzten 20 Jahren immer zwischen 2,5 und 3 Prozent lagen. Wir haben eine Jugendarbeitslosigkeit, die bei mehr als 12 Prozent liegt, und dieses Problem muss angegangen werden. In Italien ist es freilich viel schlimmer. Dort gibt es eine Arbeitslosigkeit von 14 Prozent und mehr als 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Wenn die Jugend keine Hoffnung mehr hat, dann hat das Land keine Hoffnung mehr. Deshalb ist hier gegenzusteuern.

Ich komme nun den zu den Leitplanken. Ich bin sicher nicht der Pflichtverteidiger der neuen Landesregierung, aber ihr gehört eine Chance zu geben. Sie kann heute nicht bereits Ergebnisse erzielen, aber sie kann die Leitplanken setzen, die die nächsten fünf Jahre auszeichnen werden. Landeshauptmann Kompatscher hat in diesem Haushalt die Leitplanken gesetzt, die da heißen Entlastung, mehr Privatinitiative, ein bisschen weniger Öffentliches und Schwerpunkte wie Bildung, Forschung und Entwicklung und anderes mehr. Es ist sein Ziel, den Haushalt auf Null zu setzen. Das ist auch in einem Betrieb so. Wenn eine neue Führung kommt, dann muss man schauen, was in diesem Betrieb los ist. Man muss die Zahlen, die Rahmenbedingungen und die Bilanzen kennen, um zu wissen, wo dieser Betrieb steht. Wie ist seine Liquidität, sein Eigenvermögen, sein Cash Flow? Dasselbe gilt für den Haushalt des Landes Südtirol. Wir alle wissen, dass das Geld nicht mehr so stark vorhanden ist wie vielleicht noch in den 90-er Jahren. Mit den Landeshäushalten ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten gut umgegangen worden, auch wenn ich sagen möchte, dass es mir lieber wäre, wenn die Gemeinden ein bisschen weniger verschuldet wären. Es ist gut gearbeitet worden, aber es ist auch zu sagen, dass die Haushaltsmittel von

Jahr zu Jahr gestiegen sind, durch größere Steuereinnahmen usw. Jetzt ist es nicht mehr so und wir stehen vor einem Paradigmenwechsel. Es wird nicht mehr alles geben und man wird die Art, Politik zu machen, verändern und mehr in Richtung Entlastung gehen müssen. Entlastung führt automatisch zu mehr Eigenverantwortung. Es ist eine Expertengruppe eingesetzt worden, damit man eine klare Haushaltsanalyse und Vorschläge zur Neufassung des Haushaltes machen kann. Ich halte das für ganz wesentlich. Es ist nicht möglich, ein paar Monate, nachdem die neue Landesregierung ihre Tätigkeit aufgenommen hat, schon Ergebnisse zu erwarten. Die Leitplanken müssen richtig gesetzt worden, und ich habe große Hoffnung, dass genau das passieren wird.

Es braucht dringend Entlastungen, in Südtirol genauso wie in Italien, für die Arbeitgeber genauso wie für die Arbeitnehmer. In Italien ist eine Arbeitsmarktreform angekündigt, wobei die Lohnnebenkosten drastisch zurückgefahren werden sollen. Das ist wichtig, denn die Lohnnebenkosten sind ein Faktor für die nicht bestehende Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Volkswirtschaft und somit auch der Südtiroler Unternehmen gegenüber den Konkurrenten von auswärts. Es braucht Steuerentlastungen, und auch diesbezüglich hat die neue Landesregierung erste Schritte gesetzt. Die Einkommenssteuer wird reduziert. Auch die IRAP und die Gemeindeimmobiliensteuer wird gekürzt. Das sind wichtige Signale. Was es noch braucht, ist es etwas, was andere Regionen in Europa haben, was in Italien und somit auch in Südtirol aber leider nicht der Fall ist. Ich spreche von der Rechtssicherheit eines Systems. Für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, ist es wichtiger, Rechtssicherheit zu haben, als vielleicht den einen oder anderen Beitrag zu bekommen. Da hat Italien eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Schwerfälligkeit und Kompliziertheit des italienischen Rechtsapparates sind inakzeptabel. Da muss strukturell verändert werden, und das muss schnell gehen. Ich bin der Meinung, dass gerade in Zeiten wie diesen, in denen es fundamentale Wechsel in der Gesellschaft gibt, auch die Möglichkeit bestehen muss, radikale Änderungen einzuführen. Man soll einmal die Suppe ausleeren und eine neue Suppe einschöpfen. Entlastung bedeutet, das Öffentliche etwas zurückzunehmen und dem Bürger mehr Verantwortung zu geben. Entlastung führt also auch zu Verwaltungsvereinfachungen. Wenn die öffentliche Hand weniger eingreift, dann gibt es auch weniger Verwaltung. Das ist ein weiterer wichtiger Aspekt, der in den nächsten Jahren angegangen werden muss, wenn man will, dass der Wohlstand aufrecht erhalten bleibt.

Ich möchte nur einige wesentliche Dinge unterstreichen, damit Sie sehen, dass in diesem Haushalt bzw. in den ersten Monaten der Tätigkeit der neuen Landesregierung wirklich große Entscheidungen getroffen worden sind. Es gibt einen Förderungsstopp in der Wirtschaft, und ich weiß nicht, wie leicht es für Landeshauptmann Kompatscher war zu sagen, dass die Beitragszahlungen gestoppt werden. Landeshauptmann Kompatscher hat diese Entscheidung getroffen und sie ist angenommen worden. Die Leute verstehen das, wenn es ihnen erklärt wird. Natürlich werden nicht alle damit einverstanden sein, aber man versteht es, wenn es klar und deutlich kommuniziert wird. Der Gießkanne können wir also ade sagen, und das ist richtig so. Die Freiheit, die man den Unternehmen gibt, ist nämlich viel mehr wert als der eine oder andere Beitrag. Man braucht nicht alles auf Null zu setzen, denn es gibt punktuelle Situationen, in denen es auch in Zukunft Unterstützungsmaßnahmen braucht. Im Wesentlichen müssen wir aber darauf schauen, dass die Rahmenbedingungen halbwegs funktionieren, damit sich die Unternehmen selber helfen können und nicht auf Beiträge angewiesen sind. Wir müssen Prioritäten setzen, gerade im Wirtschaftsbereich. Ein wesentlicher Aspekt wird in den nächsten Jahren Qualitätstourismus sein. Tourismus ist ein wesentlicher Motor der Wirtschaft in Südtirol. Wir werden in der Welt vielfach darum beneidet und müssen diesen Motor nutzen, weil er auch ein Schwungrad für alle anderen Wirtschaftssektoren ist. Wir müssen auch Schwerpunkte setzen, wenn wir den ländlichen Raum absichern wollen. Wenn wir wollen, dass die Menschen in Zukunft nicht nur in Bozen, Brixen oder Meran leben, dann müssen wir sicherstellen, dass Nahversorgungs- und Familienbetriebe in der Peripherie weiterarbeiten können. Und auch diesbezüglich hat die Landesregierung schon erste Entscheidungen getroffen. Denken wir nur an die Breitbandinitiative. Der Kollege Zimmerhofer hat heute Vormittag gesagt, was es in den peripheren Gebieten braucht. Entscheidend ist, dass es die Grundinfrastruktur gibt, damit auch im Ahrntal Breitband funktioniert. Sonst können die Betriebe im Ahrntal langfristig nicht überleben. Wenn wir diese Schritte gesetzt haben, dann wird man auf uns schauen. Der ländliche Raum kann nur mit diesen neuen Infrastrukturen überleben. In den 60-er und 70-er Jahren waren es die Straßen hinauf zu den Weilern und Dörfern, heute sind es die Anbindungen mit Glasfaserkabeln an die peripheren Orte dieses Landes, an die Betriebe und an die Bürger.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Forschung und Entwicklung. Wie glauben Sie, dass wir uns als Wirtschafts- und Wohlstandsstandort gegenüber anderen auszeichnen können? Es ist die Kreativität der Menschen, ja der Mensch selber, der in Zukunft entscheidend sein wird. Die Wirtschaftspolitik wird sich in Zukunft am Menschen auszurichten haben. Es braucht auch die Möglichkeit, einmal zu scheitern. Die meisten guten Unternehmer sind schon einmal gescheitert. Wenn man einen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung setzt, dann

muss die öffentliche Hand aber auch einsehen, dass es auch Rückschläge geben kann. Nicht jedes Forschungs- und Entwicklungsprojekt kann zu Erfolg führen. Das Scheitern ist also notwendig, und ich hoffe nicht, dass dann der Rechnungshof einschreitet. Man muss die Mittel unbürokratisch einsetzen. Diese Landesregierung will in diesem Bereich nachweislich Akzente setzen.

Ich persönlich hege auch eine Sympathie für neue Formen von Wirtschaftspolitik. Er ist sicher nicht eins zu eins zu übernehmen, aber der Gedanke der Gemeinwohlökonomie wird uns morgen sicher helfen, Regeln, die wir in Vergangenheit nur über Wachstum definiert haben, anders zu definieren. Man kann nicht radikal sagen, ob das richtig oder falsch ist, aber der Gedanke der Gemeinwohlökonomie wird in Zukunft gerade für ein Land wie Südtirol, das kleinteilig organisiert ist, ein wesentlicher Aspekt der Wirtschaftspolitik sein und sollte mitgetragen werden.

Ich darf auch ein paar Worte zum Thema Reform der öffentlichen Verwaltung sagen. Auch diesbezüglich hat die neue Landesregierung Entscheidungen getroffen. Es soll weniger Öffentliches und mehr Privatinitiative geben. Das ist die Grundhaltung, und im Rahmen der Reform der öffentlichen Verwaltung will man Verbesserungen, Effizienzsteigerungen und Vereinfachungen schaffen. Ein erster Schritt ist im vorliegenden Finanzgesetz bereits enthalten. Landeshauptmann Kompatscher und Landesrätin Deeg wollen eine Trennung der Führungsspitze in der öffentlichen Verwaltung, was ein erster wesentlicher Schritt ist. Sie wollen auch ein Maximum an Abteilungen und Ämtern setzen. Die Anzahl der Führungskräfte soll reduziert werden, was aber nicht bedeutet, dass Entlassungen stattfinden sollen. Ich rege in diesem Zusammenhang an, noch einen weiteren Schritt zu gehen. In der Politik haben wir eine Mandatsbeschränkung für die Exekutive. Meine These ist es, dass es auch in wesentlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung auf der Ebene der hohen Beamtenschaft eine Mandatsbeschränkung braucht. Wir brauchen eine Jobrotation, denn wir alle wissen, dass Seilschaften am Berg etwas Gutes sind, aber sie dürfen nicht zu Flaschenzügen werden. Das gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, natürlich auch in den Gemeinden. Sie alle wissen, wie wichtig der Leiter eines Gemeindebauamtes ist. Auch da ist es gut, wenn mitunter ein Wechsel stattfindet. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung muss man sich immer wieder die Frage stellen, was zu tun ist und was man besser nicht tut. Aus meiner Sicht gibt es in der öffentlichen Verwaltung immer noch Bereiche, die von Privaten mindestens gleich gut geführt werden können. Ich wünsche mir, dass man Parallelstrukturen und öffentliche Gesellschaften zusammenführt. Vielleicht kann man irgendwann einmal auch darüber nachdenken, ob es drei Schulämter braucht. Auch hier muss man fundamental neu denken. Ich sage nicht, dass es dann eins zu eins umgesetzt werden muss, aber wir müssen dieses Denken in unseren Handlungen zementieren.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Bildung. Gute Ausbildung ist Jobgarantie, meine Damen und Herren, und eine Garantie gegen Arbeitslosigkeit. Auch in diesem Zusammenhang ist die neue Landesregierung gut gestartet. Der neue Landesrat Philipp Achammer hat einen Bildungsdialog eingeführt, der in den nächsten Wochen weitergeführt wird. Es geht um Dialog und nicht um eine Diskussion und Debatte auf Teufel komm raus. Nur im gegenseitigen Vertrauen sind Bildungsreformen möglich. Die gegenseitige Wertschätzung ist die Basis dafür, dass wir unser Bildungssystem weiterentwickeln können. Ich zitiere die Kollegin Foppa, die gesagt hat, dass die Mehrsprachigkeit ein Schatz ist, der zu heben ist. Auch diesbezüglich gibt es viele Möglichkeiten. Ich stelle mir vor, dass man beim Bildungsdialog auch über diese Schlüsselkompetenz sprechen wird. Südtirol wird langfristig wettbewerbsfähig und eine Erfolgsregion sein, wenn wir unsere jungen Menschen mehrsprachig ausbilden und sie darauf stolz sind, dass sie neben ihrer Muttersprache die Zweitsprache, die Weltsprache und vielleicht noch eine vierte Sprache beherrschen. Zuerst braucht es natürlich die Motivation, aber es müssen auch die Strukturen so beschaffen sein, dass es möglich ist, diese Schlüsselkompetenz auch leben zu können. Unternehmen, die über die Grenzen hinaus tätig sind, suchen junge Menschen, die neben Deutsch und Italienisch auch Englisch können. Wenn Sie in die nächst gelegenen größeren Städte wie München, Mailand oder Wien gehen, dann werden Sie sehen, dass die Sprachkompetenz entscheidend ist. Ich sage noch einmal, dass das in Zeiten, in denen Arbeitsplätze rar sind, eine Jobgarantie ist.

Wir befinden uns auch auf gutem Wege, die Bedeutung und den Wert der Berufsausbildung hoch zu halten. Hier ist aber auch in der Gesellschaft noch einiges zu erledigen, weil es viel zu oft noch heißt: "Berufsbildung ist eine Möglichkeit, wenn das andere nicht klappt." Das ist falsch, denn Berufsbildung ist gleichwertig wie jede andere Bildung zu sehen. Man muss sehen, wie bedeutsam eine qualifizierte Ausbildung gerade in der Berufsbildung ist. Das sichert unseren jungen Menschen Arbeit, die in vielen anderen Regionen nicht gegeben ist. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Italien bei über 40 Prozent liegt, dann wage ich zu behaupten, dass ein Hauptgrund dafür der ist, dass es in Italien kein Berufsausbildungssystem gibt. Es gibt dort keine Berufsschulen, und ich bin erfreut darüber, dass der neue Ministerpräsident gesagt hat: "Voglio conoscere il sistema duale in Alto Adige."



Lassen Sie mich auch noch ein paar Worte zur Gesundheitspolitik sagen. In diesem Bereich möchte ich mehr von Wert als von Kosten sprechen. Das Gesundheitswesen ist das wertvollste Wohl, das wir haben. Der Mensch hat tausend Wünsche. Wenn er krank ist, dann hat er nur einen Wunsch, nämlich jenen, gesund zu werden. Insofern ist das eine Priorität, die wir immer vor Augen haben müssen. Es scheint mir oft so zu sein, dass die Kappe der Verwaltung die Gesundheitsakteure hemmt. Die Verwaltung lässt wenig zu, denn alles wird in einen Sack gepresst. Das ist ein Problem, denn meine These ist, dass das Gesundheitswesen in der Verwaltung zu ersticken droht. Wir haben zu viel Verwaltung in der Gesundheit. Die Verwaltung muss immer eine Unterstützung sein, darf aber nie Selbstzweck sein. Es braucht auch hier einen Dialog. Wir werden unser Gesundheitswesen nur dann reformieren können, wenn es einen guten Dialog zwischen den politischen Entscheidungsträgern, der Ärzte- und Pflegeschafft und der Bevölkerung gibt. Die zwei Bereiche – Ärzte- und Pflegeschafft– müssen sich auf gleicher Ebene begegnen können. Der Arzt macht ohne Pflege nichts, die Pflege macht ohne Arzt nichts. Es braucht auch Klarheit darüber, wie der Filter zwischen Krankenhaus und Basismedizin ausschauen soll. Hier haben wir in Südtirol noch einige Hausaufgaben zu erledigen, wenn wir wollen, dass sich die Krankenhäuser auf das konzentrieren können, für das es sie eigentlich gibt, nämlich für die schwierigeren Dinge, während alles das, was im Territorium passiert, von der Basismedizin gemacht werden sollte. Nicht zuletzt kommt eine große Verantwortung auch den Bürgern zu, denn es sind die Bürger, die helfen können, dass die Dienste funktionieren. Wenn ein Dienst überrannt wird, dann funktioniert er nicht. Es wird in Zukunft mehr auf Prävention ankommen und auf ein Mehr an Unterscheidung zwischen dem, was notwendig ist und was nicht. Man wird nicht mehr alles bieten können. Wir müssen Platz für das schaffen, was notwendig ist, und das wird eine große Herausforderung sein. Um diese Entscheidung zu treffen, braucht es einen Dialog und ein commitment zwischen der Politik, den betroffenen Ärzten und Pflegern und der Bevölkerung. Die Präventivmedizin wird immer wichtiger und gewisse Bereiche, die heute noch öffentlich finanziert werden, werden in Zukunft vielleicht ein bisschen weniger wichtig sein. Im Sozialbereich wird man auch in Zukunft die Treffsicherheit erhöhen müssen. Das ist heute schwieriger als noch vor zehn Jahren, denn es gibt heute mehr Personen, die Sozialmaßnahmen brauchen. Wir müssen treffsicherer werden und sicherstellen, dass das Ganze nicht kompliziert und aufwendig ist. Der Kontrolle und Selbstverantwortung wird auch in diesem Bereich ein hohes Maß an Bedeutung zukommen. Wenn die Dinge einfacher werden sollen, dann muss man auch sicherstellen, dass die Bevölkerung das akzeptiert und verantwortungsbewusst damit umgeht.

Ein letzter Punkt, das Thema Autonomie. Auch hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die neue Landesregierung bereits Schritte gesetzt. Sie werden sehen, dass wir uns in diesem Haus in ein paar Monaten damit beschäftigen werden, wie der Autonomiekonvent ausschauen soll. Ich räume diesem Konvent eine hohe Bedeutung ein und glaube, dass wir im Bereich der Autonomieentwicklung neue Schritte wagen dürfen. Die Autonomie ist Chefsache. Landeshauptmann Kompatscher hat gesagt, dass der den entsprechenden Gesetzentwurf bald in den Landtag bringen und bald schon mit dem Autonomiekonvent starten möchte. Das ist eine Chance, die wir nützen sollten. Jeder von uns hat dazu etwas zu sagen, und diese Diskussion und dieser Dialog gehören hier her.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Es hat wohl selten eine Landesregierung gegeben, die in den ersten Wochen und Monaten ihrer Tätigkeit schon klare Akzente gesetzt und eine klare Richtung vorgegeben hat. Es wird ein neuer Weg sein, der hin und wieder wahrscheinlich auch beschwerlich sein wird. Es wird ein neues Denken brauchen, aber ich bin davon überzeugt, dass wir es mit der Kraft von uns allen, im Streit und in der Diskussion und im Wunsch, dieses Land weiterzubringen, gemeinsam schaffen werden. Wir haben Vertrauen in der Bevölkerung verloren und können das nur durch klare und transparente Entscheidungen wieder zurückgewinnen. In diesem Sinne hoffe ich, dass es eine breite Mehrheit für den von Landeshauptmann Kompatscher vorgelegten Haushaltsentwurf geben wird. Die Südtiroler Volkspartei wird ihn geschlossen unterstützen.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die zweite Klasse der technischen Fachoberschule Schlanders mit Professor Plank begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Bitte, Kollege Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Ich melde mich noch einmal zu Wort, weil ich nach meiner Kollegin Klotz der Dienstälteste bin und schon feststellen möchte, dass ich es noch nicht erlebt habe, dass sich Vertreter der politischen Mehrheit so intensiv zu Wort melden. Das lässt darauf schließen, dass tatsächlich eine neue Art von Politik Eingang gefunden hat, was ich außerordentlich begrüße. Das bedeutet aber nicht, dass die Opposition einen Grund hätte, zu viele Vorschusslorbeeren zu verteilen. Ich erkenne es durchaus an, dass ein neuer Politikstil Eingang gefunden hat. Die Menschen draußen sollen das Gefühl haben, dass die Politiker, unabhängig ob sie der Mehrheit oder der Minderheit angehören, für sie da sind, und dass man nicht nur alles auf die

Politikerpensionen reduzieren kann, so wie in den letzten Wochen geschehen. Wir Freiheitliche lassen uns unsere innerparteilichen Entscheidungen nicht von einem Medium vorgeben. Die politische Handlungsfähigkeit ist dann gegeben, wenn Parteien noch selber darüber entscheiden können, was sie für gut und richtig erachten. Dass dabei Fehler passieren, ist normal, aber dass wir uns so treiben lassen wie in den letzten Wochen, ... Damit dient man der Politik sicher nicht. Mir ist wichtig festzustellen, dass ein neues politisches Denken stattgefunden hat, dass die Erkenntnis vorhanden ist, dass wir alle gemeinsam das Beste für dieses Land zu leisten haben. Dafür werden wir auch bezahlt.

Die inhaltlichen Punkte, die angesprochen worden sind, veranlassen mich zu folgender Feststellung: Über die Gleichstellung der Pensionsregelung von öffentlichen und privaten Bediensteten diskutieren wir schon seit Jahren. Wenn dann aber ein Medium ein Thema zu einem Thema macht, dann ist es plötzlich wichtig. Ich frage mich, was in den ganzen Jahren passiert ist, in denen wir Begehrensanträge an das Parlament gerichtet haben, um die privaten Bediensteten den öffentlichen gleichzustellen. Wenn sich Frauen im öffentlichen Dienst freistellen lassen können und Frauen, die in der Privatwirtschaft arbeiten, nicht, dann muss man sagen: Zahlen tut immer der Steuerzahler, für die einen und für die anderen. Nur die einen bekommen es, die anderen nicht. Das ist eine alte Geschichte. Das ist ein Thema, das uns derzeit beschäftigt. Mein Kollege Tinkhauser hat treffend formuliert, worauf es ankommt: Wir haben uns in den letzten Wochen von einer Diskussion treiben lassen und haben dabei den Blick nach vorne verloren. Die Bevölkerung erwartet sich von uns, dass wir die Probleme lösen und wir ihnen mit Sachverstand, Nüchternheit und Gelassenheit begegnen. Ich appelliere daran, das nicht aus den Augen zu verlieren. Wir haben gemeinsam Verantwortung für dieses Land und müssen uns auf die Themen fokussieren, die den Menschen wirklich wichtig sind. Es kann nicht sein, dass Teile der Gesellschaft, die sich derzeit gut artikulieren können, Oberwasser über die gesamte Problematik erhalten, wenngleich die leidliche Geschichte mit den Politikerpensionen transparent zu regeln ist. Wenn man neu ist, ist es immer leicht, auf die Alten zu zeigen. Ich bin auch sicher nicht der Fürsprecher der Alt-Politiker. Ich bin ja auch noch im Dienst. Das Ganze trifft besonders uns, die wir lange hier im Landtag sitzen und die wir, obwohl wir uns immer gegen Privilegien gewehrt haben, jetzt Nutznießer derselben sind. Das ist ja fast eine Ironie des Schicksals, die ich aber mit Gelassenheit trage. Wenn jemand gestohlen oder betrogen hat, dann ist er zu strafen, aber es gibt Gesetze, auf deren Grundlage Bestimmungen gemacht worden sind. Die können falsch oder abzuändern sein, aber diese Dinge müssen auseinandergehalten werden. Derzeit sind wir in der Öffentlichkeit diejenigen, die gestohlen, betrogen und gelogen habe. Das lasse ich mir nicht gefallen! Die gesamte Materie soll in Zukunft nicht mehr beim Regionalrat, sondern beim Landtag angesiedelt werden, und ich habe auch einen entsprechenden Tagesordnungsantrag eingebracht. Wir müssen die Schneid haben, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

**BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei):** Presidente Kompatscher, nel Suo discorso sulla fiducia che ha chiesto a quest'aula ha affrontato, senza scorciatoie, il problema fondamentale, che è quello della credibilità della politica nel suo complesso in questo momento. E se è chiaro che quest'aula, assieme a quella omologa di Trento, è chiamata in questo momento a cancellare un errore madornale commesso, credo in gran parte in buona fede, quello dei privilegi e della restituzione dei vitalizi è stato un madornale errore della politica e quando, come accade a tutti gli esseri umani, si sbaglia, il dovere della politica è quello di chiedere scusa e rimediare agli errori commessi. Su questa strada Lei, signor presidente, assieme a Rossi vi siete già mossi. Ma il problema fondamentale non è solo questo, o per lo meno, se fosse solo questo, sarebbe facilmente affrontabile e risolvibile. Noi stiamo vivendo una stagione nella quale la politica nel suo complesso, sia a Roma che in Alto Adige ma anche in Europa con l'imminenza delle elezioni europee che ci attendono, è chiamata a fare delle scelte fondamentali. Come è una scelta fondamentale quella che dovremo fare fra qualche mese fra un sì e un no all'Europa, perché questo si sta profilando come referendum sull'annessione all'Europa, come in questo momento a Roma si sta affrontando il problema della ristrutturazione dell'architettura dello Stato, a iniziare dai sistemi elettorali e dal superamento del bicameralismo perfetto, ma, aggiungo anche, dal sistema del superamento del finanziamento pubblico dei partiti ed altre cose di questo genere. Anche noi in Alto Adige siamo chiamati a fare questa operazione di straordinaria revisione della nostra carta fondamentale che è lo Statuto, e questo innestato in un sistema nel quale da una parte le insicurezze in Europa stanno avendo dei problemi e nel momento in cui il sistema complessivo, l'architettura costituzionale del nostro Paese, è in fase di revisione. Per compiere questa operazione serve una chiara visione di qual è la rotta della nostra autonomia per il futuro e una chiara azione di comando. In questo quadro sono indicati alcuni problemi all'interno della Sua relazione, quella sì programmatica e scritta che non abbiamo letto, come la lotta alla disoccupazione che è il primo problema da affrontare per garantire ai nostri giovani non un futuro ma un presente perché spesso volte si dice che i nostri giovani sono il nostro futuro.

La realtà è che i nostri giovani sono già il nostro presente e oggi a questi giovani che ci guardano e ci ascoltano dobbiamo dare delle certezze per il loro futuro. La lotta alla disoccupazione, dicevo, la lotta per mantenere le competenze, in particolare quelle finanziarie, nei rapporti con uno Stato che sta rimodulando la propria architettura, la riforma della nostra autonomia. Per tutto questo sono indispensabili due cose: una visione chiara della rotta da perseguire e una chiara azione di comando. In questo nel Suo discorso sul bilancio abbiamo trovato sia la visione della rotta, sia la capacità di comando.

Daremo la fiducia sicuramente, lo abbiamo fatto all'inizio di questa legislatura, al Suo governo e alla Giunta che Lei presiede, e la rinnoviamo in un momento nel quale probabilmente i venti della politica non sembrano favorevoli. Uno scrittore che appartiene alla nostra cultura, Rainer Maria Rilke, diceva che per chi non sa dove andare nessun vento è favorevole, ma per quelli che sanno dove andare anche la brezza è un vento favorevole.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Zunächst darf ich mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag, dafür bedanken, dass diese Debatte zwar hitzig und durchaus emotional geführt worden, aber doch sachlich geblieben ist. Sie alle sind bemüht, dazu beizutragen, dass wir gemeinsam Ideen zusammentun und gemeinsam Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen, die sich uns stellen, erarbeiten können.

Ich werde in meiner Replik versuchen, auf Ihre Anregungen, Stellungnahmen und Kritikpunkte einzugehen, und zwar in der Reihenfolge, wie Sie sich zu Wort gemeldet haben. Das Ganze wird am Ende also nicht sehr geordnet sein, was der negative Nebeneffekt ist, aber mir liegt sehr daran, dass ich Ihnen einzeln antworten kann. Ich habe viel mitgeschrieben, aber Sie haben auch viel geredet, zum Teil sehr schnell, weshalb ich schnell mit-schreiben musste. Ich bin mir also nicht sicher, ob ich alles noch lesen kann.

Ich bedanke mich bei all jenen, die doch einige Dinge an diesem Haushaltsentwurf für positiv befunden haben. Ich darf mich auch für die Zusammenarbeit im Vorfeld bedanken, denn ohne diese wäre es ja nicht möglich gewesen, diesen Haushaltsentwurf vorzulegen. Wir haben auch einige Ihrer Anregungen einfließen lassen können. Auch bedanke ich mich für die vielen Wortmeldungen, die inhaltlich Zustimmung signalisiert haben, insbesondere für die grundsätzliche Ausrichtung: Weniger Steuern und mehr Entscheidungsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in unserem Land. Die Dinge sollen wieder selbst in die Hand genommen werden, was auch bedeutet, dass im Haushalt weniger Mittel für das Beitragswesen bzw. für andere Dinge bereitgestellt werden können. Damit müssen wir umgehen, wobei wir versucht haben, gut damit umzugehen.

Ich komme nun zu den einzelnen Stellungnahmen. Kollegin Klotz, natürlich sollten wir auch über die großen Dinge reden, wozu auch die Zukunft unseres Landes gehört. Das tun wir auch. Die Autonomiepolitik bleibt Schwerpunkt und Hauptthema dieser Landesregierung, schlägt sich klarerweise aber nicht in einzelnen Haushaltskapiteln nieder. Wir verfolgen die Entwicklung in Europa sehr genau, aber auch jene in Italien. Ich bin den in letzten Wochen und Monaten viel unterwegs gewesen und habe mich mit der Kollegin Serracchiani, mit dem Kollegen Zaia und mit dem Kollegen Maroni getroffen, um zu verstehen, was deren Haltung in Bezug auf die Verfassungsreform und in Bezug auf die Positionen der Regionen mit Sonderstatut, aber auch jener mit Normalstatut ist. Stichwort selbstorganisiertes Referendum im Veneto: Natürlich hat uns die Entwicklung in Europa immer schon interessiert, und auf dieser Basis werden wir unsere Politik gestalten. Schließlich sind wir mitten in Europa! Es geht darum, den bestmöglichen Weg für unser Land und für die Menschen dieses Landes zu finden.

Kollegin Artioli, auch Sie haben einige Dinge gelobt, aber auch Dinge angesprochen, die für Sie verbesserungsbedürftig sind, auch was beispielsweise die Situation in den Gemeinden anbelangt. Dafür sind wir zwar nicht direkt zuständig, aber nachdem die Gemeinden vom Land finanziert werden, sind wir indirekt doch für sie zuständig, wengleich der Regionalrat für die Gemeindeordnung zuständig ist. Die Gemeinden sind auf einem guten Weg. Es gilt jetzt, die Dienste zusammenzuführen, und diese Pflicht ist im Gemeindefinanzierungsabkommen bereits enthalten. Davon gehen wir nicht ab. Es gab jüngst in der Landesregierung eine Diskussion darüber, und wir haben die Absicht bestätigt, dass wir wollen, dass sich die Gemeinde bei ihren Diensten zusammentun und besser organisieren. Sie haben auch die Kosten der Politik kritisiert. Der Sonderfonds ist bereits in der letzten Legislaturperiode abgeschafft worden. Die Repräsentationsfonds der Landesregierung sind halbiert worden. Zwei Dienstwagen haben wir bereits verkauft, wobei die Mitarbeiter natürlich noch im Dienst sind. Es wurde auch eine klare Regelung zur Nutzung der Dienstwagen erlassen, die einen sehr beschränkten Einsatz derselben vorsieht. Ich selbst bin mehr mit meinem privaten Pkw als mit dem Dienstwagen unterwegs, was mein Chauffeur bestätigen kann. Sie haben auch die vier Sekretäre für die Landesräte kritisiert. Wir haben nach wie vor weniger Mitarbeiter als früher. Immerhin sind wir von ursprünglich 11 auf 9 und dann auf 8 Landesregierungsmitglieder hinunter gegangen. Die Mitglieder der Landesregierung haben aber alle mehr Aufgaben bekommen.

Kollege Blaas, es hat mich schon ein bisschen verwundert, in den Abendnachrichten zu hören, dass es eine sms meinerseits gegeben hätte, in der ich geschrieben hätte, dass eine gewisse Zeitung nicht gemeint sei, sondern nur die anderen. Ich habe das dann auch gleich der RAI, aber auch dem Herrn Toni Ebner zur Kenntnis gebracht. Herr Toni Ebner hat mich mittels einer sms gefragt, ob seine Zeitung gemeint sei. Ich habe zurückgeschrieben, dass nicht nur seine, aber auch seine Zeitung gemeint sei. Das war durchaus eine saubere Sache. Übrigens hat die RAI in den Spätnachrichten eine Korrektur der eigenen Meldung vorgenommen. Hiermit können wir dieses Thema wohl abschließen, denn wir sollten uns nicht – ich zitiere die Kollegin Foppa – allzu viel mit uns selbst beschäftigen, sondern mit den Dingen, die die Menschen in unserem Land fühlen.

Der Kollege Pöder hat von einem Pseudo-Sparhaushalt gesprochen, also von einem Sparhaushalt, der dann doch keiner ist. Es ist auch kein Sparhaushalt, sondern ein neu ausgerichteter Haushalt, und zwar im Rahmen dessen, was möglich war. Wir sind ja schon mitten im Haushaltsjahr, und deshalb haben wir das, was möglich war, getan. Unter anderem wurden einige grundlegende Entscheidungen getroffen, und ich denke schon, dass einiges neu ist, gerade was die steuerlichen Entlastungen, aber auch was die Investitionen anbelangt. Wir haben da mehr Geld vorgesehen. Wir wollen in die Infrastruktur in diesem Land investieren, wobei Breitband ein Stichwort ist. Es soll aber auch in den Straßenbau bzw. in die Instandhaltung desselben investiert werden. Auch Bildung, Ausbildung und Arbeit sind Schwerpunkte, ganz besonders aber auch die Bereiche Forschung und Entwicklung. Die Leistungsvereinbarung, die wir mit der Universität und unseren Forschungseinrichtungen abgeschlossen haben, wird mit diesem Haushalt zusätzlich finanziert. Gleichzeitig gibt es einen Beitragsstopp, und das ist eine Neuausrichtung. Natürlich kann man bezüglich der Steuerbegünstigung im Bereich des IRPEF-Zuschlages unterschiedlicher Meinung sein. Unser Vorschlag ist jener eines Steuerfreibereichs für alle Einkommen – die no tax area –, Ihre Position ist es, besser eine fixe Grenze einzuziehen und nur Einkommen bis zu dieser Grenze zu befreien. Die Konsequenz bei Ihrer Variante wäre jene, dass jemand, der einen Euro mehr verdient, automatisch die volle Steuer zahlen würde. Wir glauben also nicht, dass das eine gute Lösung wäre. Wir glauben auch nicht, dass es Sinn machen würde, jene, die mehr als 80.000 Euro verdienen, auszuschließen. Das sind nur ganz wenige und jene, die in Südtirol die meisten Steuern zahlen. Es wäre also nicht sinnvoll, die 246 Euro dann auch noch zu kassieren.

Wir haben uns auch mit den leeren Wohnungen des Wohnbauinstituts befasst. Bereits im letzten Jahr sind mehr Wohnungen an die Mieter zurückgegeben worden als hinzugekommen sind. Es sind jährlich rund 400 Wohnungen, die freigegeben werden. Man darf nicht jedes Mal auf diese 400 oder 500 Wohnungen zeigen und sagen, dass diese ein Skandal seien. Es stimmt natürlich, dass wir einen Stau gehabt haben, den wir jetzt abbauen müssen. Eine entsprechende Maßnahme ist die Umstrukturierung des Wohnbauinstitutes, was durchaus in Ihrem Sinne sein dürfte. Wir nehmen Kritik auch auf, um entsprechend zu reagieren.

Kollege Leitner, auch Ihnen danke ich für die grundsätzliche Zustimmung zur Ausrichtung bzw. zu bestimmten Ansätzen des Haushaltes. In Bezug auf das Thema Vertrauensabstimmung verweise ich auf meine vorherige Stellungnahme. Ich möchte auf Ihre Hinweise in Bezug auf den Technologiepark, das Problem der Mietbeiträge usw. eingehen. Was ist mit dem Technologiepark? Die Problematik müssen wir so wie jene des Flughafens irgendwann einmal abschließen. Das heißt nicht, dass die Debatte nicht richtig ist, aber irgendwann einmal muss eine Debatte abgeschlossen und eine Entscheidung gefällt werden. So machen wir es jetzt. In Bezug auf den Technologiepark ist sehr viel geplant, projiziert und investiert worden, wobei immer wieder Fragen von den Betroffenen selbst aufgeworfen worden sind. Es gibt aber sowohl vom Unternehmerverband, der einer der größten Kritiker des Technologieparks ist, als auch vom Handwerkerverband grundsätzlich eine Zustimmung mit Bedingungen. Diese Bedingungen haben wir in einer Reihe von Sitzungen mit den Betroffenen diskutiert. Es geht darum, dass der Technologiepark nicht ein öffentlicher Moloch ist, sondern es geht darum, innovative Unternehmen in Nähe anzusiedeln und ihnen eine öffentliche Dienstleistung anzubieten, die aber den kleineren Teil ausmacht. Vor allem aber soll es im Technologiepark ermöglicht werden, dass sich diese innovativen Unternehmen treffen. Wo findet technologischer Fortschritt und Innovation statt? Nicht in den Labors der Unternehmen, sondern in der Cafeteria. Das ist eine Tatsache, die schon mehrmals wissenschaftlich festgestellt worden ist. Wie gesagt, wir wollen keinen öffentlichen Moloch schaffen, wenngleich es ein Minimum an öffentlichen Dienstleistungen braucht.

Zum Thema Mietbeiträge. Es gibt Probleme und auch Härtefälle, die sich nicht von der Hand weisen lassen. Es ist aber klar, dass es eine Regelung braucht, bei der die Ausgaben begrenzt werden. Wenn man neue Kriterien erlässt, dann gibt es auch Verlierer. Die Zielgenauigkeit mag in gutem Glauben erstellt worden sein, ganz funktioniert sie nun einmal nicht. Die zuständigen Mitglieder der Landesregierung versuchen, die bestmögliche

Lösung zu finden und das zu korrigieren. Wir können aber nicht sagen, dass wir zum alten System zurückkehren, denn das lässt sich nicht finanzieren. So ehrlich müssen wir schon sein.

Thema Sanität. Wir bekennen uns zu den sieben Krankenhäusern, aber es gibt kein Bekenntnis dazu, überall alles anzubieten. Wir sind uns alle einig darin, dass es einen Mehrwert für die Gesellschaft und nicht einen Mehrwert für die, die dort ihr Handwerk tun, bringen muss.

Die Frage, ob der Autonomiekonvent ergebnisoffen sein wird, kann ich bejahen, denn sonst bräuchten wir ihn ja nicht machen. Allerdings gibt es eine Einschränkung. Es geht darum, das Beste für unser Land zu tun und die Selbstverwaltung und Eigenständigkeit unseres Landes abzusichern. Das gilt für alle hier im Land lebenden und arbeitenden Menschen. Das ist die Prämisse, der Rest ist ergebnisoffen.

Die Kollegin Foppa hat von einer Selbsthilfegruppe des Selbstbezuges gesprochen, und ich muss Ihnen sagen, dass es mir gestern und heute manches Mal auch so vorgekommen ist. Wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass es uns die letzten Wochen schon auch durchgerüttelt hat, was vielleicht auch notwendig war. Es ist gut, dass wir gemeinsam darüber diskutieren, was da eigentlich passiert ist. Nicht alles ist so gelaufen, wie wir es uns vorgestellt haben, nicht nur in Bezug auf die Rentenregelung, sondern auch in Bezug auf die Diskussion über dieselbe. Das müssen wir uns eingestehen. Es ist auch festzustellen, dass nicht alle hier anwesenden Politikerinnen und Politiker Fehler gemacht haben. Es sind auch sonst Fehler gemacht worden. Es ist gesagt worden, dass man zu spät reagiert hätte. Erinnern Sie sich bitte daran, dass es sofort eine Pressekonferenz von Seiten derjenigen gegeben hat, die dafür zuständig waren. Der Präsident des Regionalrates hat zusammen mit Rosa Thaler Stellung genommen. Letztere hat versucht zu erklären, was gemacht worden ist. In der Berichterstattung der darauffolgenden Tage hat man nicht viel von dieser Erklärung gefunden. So ist es weitergegangen. Das ist jetzt nicht wieder eine Medienschelte, sondern eine Feststellung. Man hat sehr wohl versucht, institutionell zu reagieren und zu erklären, was gemacht worden ist, aber dies ist nicht gelungen. Ich denke, dass wir nicht gegenseitig Schuldzuweisungen machen sollten, denn es macht für niemanden Sinn, Kapital daraus zu schlagen. Es ist uns gelungen, eine Stimmung oder ein Klima herbeizuführen, in dem wir etwas nüchterner darüber reden können. Das macht die Dinge weder besser noch schlechter, aber es ist wieder möglich, darüber zu reden. Damit ich wieder über den Haushalt reden kann, möchte ich die Frage stellen, wie es jetzt weitergehen soll. Unmittelbar nach der zitierten Pressekonferenz von Regionalratspräsident Moltrier und Rosa Thaler hat sich die Regionalregierung zusammengesetzt, und unter dem Eindruck des riesigen Protests haben mein Kollege Ugo Rossi und ich gesagt, dass wir einen oder mehrere Experten damit beauftragen wollen, uns zu erklären, inwieweit man das jetzt überhaupt noch korrigieren kann. Es handelt sich ja um ein Gesetz, das zum Teil bereits umgesetzt ist. Wir werden selbst einen Vorschlag machen, wie das Ganze in Zukunft ausschauen soll, wobei ich feststellen möchte, dass auch der Präsident und der Vizepräsident der Region die Möglichkeit zur Gesetzesinitiative haben, genauso wie alle anderen Regionalratsabgeordneten. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass es in Zukunft keine Pensionszahlungen seitens der Region für Politiker geben soll. Allfällige Einsparungen, die sich erzielen lassen, sollen für soziale Maßnahmen verwendet werden, denn an solchen haben wir immer Bedarf. Sobald das entsprechende Gutachten vorliegt, werden wir es selbstverständlich dem Regionalratspräsident übergeben und ihn ersuchen, er möge doch bitte alle Fraktionen einladen und es Ihnen zur Kenntnis bringen. Dann obliegt es dem Regionalrat, eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Theoretisch kann das Ganze auch als uninteressant befunden und auf die Seite gelegt werden. Selbstverständlich hätten wir auch die Möglichkeit, selbst die Initiative zu ergreifen, aber wir wollen ja ein Gesetz, das auf breiter Basis diskutiert wird. Inzwischen ist ja auch durchgesickert, dass die Idee besteht, eine authentische Interpretation des Gesetzes vorzunehmen und die Umsetzung desselben genauer zu regeln. Man könnte sich die Kriterien also noch einmal genauer anschauen. Die Botschaft ist also klar. Die Gutachter sagen, dass es möglich ist, eine rückwirkende Regelung zu erlassen. Ich denke, dass das Ganze rasch, aber nicht schnell schnell passieren sollte. Ich hoffe, dass die Maßnahmen auf breiter Basis getroffen werden, damit wir zu einem guten Ende kommen.

Kollege Stocker, Sie haben bemängelt, dass Landschaftsschutz und Heimatpflege im Bericht zum Haushalt fehlen würden. Das stimmt, aber es fehlen auch viele andere Dinge. Im Bericht ist auch nicht explizit vom öffentlichen Personennahverkehr die Rede. Dasselbe gilt auch für die Breitbandoffensive. Ich verweise da auf meine Regierungserklärung. Selbstverständlich ist die Einwanderung ein wichtiges Thema. Wir haben uns diesbezüglich auch über verschiedene Fragen unterhalten und glauben, dass das Gesetz durchaus verbesserungswürdig ist. Auch in Bezug auf die Antidiskriminierungsstelle glauben wir, dass diese Stelle bei der Volksanwaltschaft angesiedelt werden sollte. Warum soll das eine andere Diskriminierung sein? Es geht ja auch um die Gleichstellung. Man wird alle diese Zuständigkeiten – auch die Jugendanwaltschaft – unter dem Dach der Volksanwaltschaft sehen, weil es grundsätzlich um Bürgerinnen und Bürger geht, denen Unrecht geschehen ist. Es braucht also nicht

eigene Stellen, sondern das soll eine der Zuständigkeiten der Volksanwaltschaft sein. Somit ist auch garantiert, dass das Ganze einheitlich und professionell abgewickelt wird.

Kollege Köllensperger, Sie haben die große Dotierung des Wohnbaukapitels angesprochen und die Befürchtung geäußert, dass die 150 Millionen Euro in Neubauten fließen könnten. Ein Großteil dieser Mittel fließt nicht in Bauten des Wohnbauinstitutes, sondern wird für Beiträge für den Bau und Kauf von Wohnungen an Private verwendet. Weitere Mittel sind für die Finanzierung der Erschließungsarbeiten für Wohnbauzonen von Seiten der Gemeinden vorgesehen. Beim Rest handelt es sich fast ausschließlich um die Sanierung von Wohnungen. Das Ziel wäre es, heuer zwischen 500 und 550 Wohnungen zu sanieren. Im letzten Jahr waren es 432.

Das Thema Mindestrente ist auch von mehreren Abgeordneten genannt worden. Der Kollege Renzler, der ja als Experte in diesem Bereich gilt, hat sehr gut erläutert, dass wir durch eine Erhöhung der Rentenzahlung den Betroffenen gleich viel schaden wie nutzen würden. Deshalb haben wir das nicht gemacht. Das ist nicht der Weg, denn dann würde ihnen der Staat auf der anderen Seite das nehmen, was wir ihnen geben. Indirekt würde das also heißen, dass wir eine staatliche Leistung finanzieren. Wir müssen das also auf eine andere Art und Weise machen. Es gibt inzwischen entsprechende Vorschläge, die wir sobald wie möglich präsentieren werden.

**STOCKER M. (SVP):** *(unterbricht)*

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Meine Kollegin Martha Stocker hat mir gerade gesagt, dass diese heute Abend um 18.00 Uhr präsentiert werden.

Stichwort GIS/IMU. Wir sind zur Zeit dabei, einen Vergleich anzustellen, wobei es daran scheitert, dass wir noch keine Vereinbarung mit den Gemeinden über die Gemeindefinanzierung haben. Es ist leider gar nicht so einfach festzustellen, wie viel eine bestimmte Katasterkategorie im letzten Jahr tatsächlich an IMU bezahlt worden ist. Die Daten des Staates unterscheiden sich nämlich von jenen, die der Gemeindenverband hat. Deshalb gibt es auch eine unterschiedliche Auffassung darüber, wie viel wir den Gemeinden bei der Zuweisung abziehen können.

Kollege Renzler, wir werden in Bezug auf die Rentenregelung eine Lösung finden. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie festgestellt haben, dass es sich um einen sozial ausgewogenen Haushalt handelt. Bekanntlich sind Sie diesbezüglich sehr kritisch, und ich nehme diese Äußerung als Gütesiegel zur Kenntnis.

Kollege Wurzer, es geht ganz klar auch um Outsourcing für die Zukunft. "Eines ist dieser Übergangshaushalt, aber mich interessiert viel mehr, wie der Haushalt im kommenden Dezember ausschauen wird", war in etwa Ihre Aussage. Ich behaupte, dass schon diesem Haushalt einiges enthalten ist, aber in der Projektion wird in Zukunft mehr möglich sein. Es wird darum gehen zu sehen, wo wir uns zurückziehen können, und dazu haben wir ja eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. Es gibt auch erstmals eine Landesrätin mit einer eigenen Zuständigkeit dafür und auch die Trennung von Generaldirektion und Generalsekretariat. Das sind alles Schritte, die die Vorbereitung für diese Operation sind. Es geht auch um die Informatisierung der Landesverwaltung und natürlich auch um die Frage, wie wir die öffentlichen Gesellschaften und öffentlichen Körperschaften in Zukunft aufstellen. Die vorher genannte Arbeitsgruppe zur Spending Review soll ja vom Landtag ernannt werden, was mir besonders wichtig ist. Einige Dinge sind sehr naheliegend, beispielsweise auch die Wobi-Geschichte. Nachdem uns vom Wobi gesagt worden ist, dass die Ausschreibungen dermaßen kompliziert sind, dass man sowieso auf die Landesstruktur zurückgreifen müsse, müssen alle Alarmglocken schrillen und es wird wohl klüger sein, das anders zu handhaben. Dasselbe gilt für die EOS, das TIS und die BLS. Auch diesbezüglich sollen in den nächsten Wochen Entscheidungen getroffen werden. Ich hoffe, dass wir den Haushalt in Zukunft, so wie vom Kollegen Wurzer gefordert, noch mehr an Zielen als an Standpunkten orientieren können. Dafür muss man aber zuerst genau diese Operationen durchführen.

Der Kollege Heiss hat die Gerechtigkeit als das Fundament unserer Autonomie bezeichnet, und darin kann ich ihm nur zustimmen. Er hat auch festgestellt, dass der Ausgleich zwischen den verschiedenen Situationen zunehmend schwieriger wird. Die Schere driftet immer mehr auseinander, und es ist nur gut, wenn wir uns diese Erkenntnis immer wieder vor Augen halten. Wir versuchen auch weiterhin, diesen Ausgleich zu schaffen. Der Kollege Tinkhauser hat gesagt, dass sich Leistung lohnen müsse, und das stimmt. Es braucht aber auch Solidarität für jene, die nicht mit dieser Leistungsgesellschaft Schritt halten können. Das darf nicht vergessen werden, und deshalb ist es auch kein liberales Konzept. Ich freue mich darüber, dass durchaus erkannt wird, dass es ein ordoliberaler Ansatz sein soll. Meiner Meinung nach wird viel zu wenig in den Schriften von Walter Eucken gelesen. Auch der ökosoziale Ansatz ist mit Sicherheit kein falscher. Das soll an dieser Stelle klar festgestellt werden. Wir sind schon dabei, die Verantwortung für unsere Umwelt, für unsere Landschaft, für die nächste Generation aber auch für unsere Mitmenschen in der Gesellschaft zu verorten. Das eine ist die abstrakte Formulierung, das andere

ist die praktische Umsetzung. Das Landeskindergeld, Kollege Heiss, wird im Mai nicht zu Ende sein. Die 16 Millionen Euro, die es dafür braucht, kommen aus dem Reservefonds. Wir wissen ja, dass diese Mittel gebraucht werden. Es ist auch nicht so, dass bewusst geplant wäre, die Kleinkinderbetreuungseinrichtungen teurer zu machen, damit sie nicht mehr genutzt werden können. Das ist ein Ergebnis der Reform, die den Zweck hatte, nachhaltig sicherzustellen, nicht nur die bereits bestehenden Kleinkinderbetreuungseinrichtungen zu sichern, sondern das Angebot auszubauen. Wir müssen das auch in einem größeren Kontext sehen. Wenn wir die Tarife bei uns mit jenen im Norden und im Süden vergleichen, dann sind wir weit darunter. Das muss man an dieser Stelle auch ganz klar sagen, auch nach der Reform. Wir sind davon überzeugt, dass das Angebot insbesondere im Bereich der Tagesmütter in der Peripherie zunehmen wird.

Es wird hingegen eine Lösung in Bezug auf die Sozialpolitik nach Gutscheinen geben müssen, beispielsweise für Situationen von Zuwanderern, die noch nicht die fünf Jahre Ansässigkeit haben, das Kindergeld somit nicht bekommen und damit auch indirekt von der Kleinkinderbetreuung ausgeschlossen werden. Hier müssen wir den Zugang anderweitig herstellen. Das ist nicht der gewünschte Effekt dieser Reform, der sich in Städten wie Bozen und Meran leider feststellen ließ. Deshalb ist das zu korrigieren, und zwar im Sinne des Prinzips der Vergabe von Gutscheinen.

Der Immobilienstand wird auch überprüft, wobei es nicht notwendig sein wird, all die Immobilien zu bauen oder zu kaufen, an die man einmal gedacht hat. Das ist keine Kritik daran, dass man irgendwann einmal darüber nachgedacht hat, ob man noch etwas bauen oder kaufen soll, sondern das ist eine Notwendigkeit, da sich die Rahmenbedingungen geändert haben und auch der Bedarf inzwischen ein anderer ist. Ich nenne hier wieder das Wobi als Beispiel. Wenn wir das Wobi reorganisieren und viele Mitarbeiter desselben in die Landesverwaltung übergehen, dann werden wir nicht mehr einen so großen Flächenbedarf haben. Brauchen wir dann also einen Neubau für das Wobi?

Kollegin Mair, auch Ihnen danke ich für die positive Stellungnahme zur guten Zusammenarbeit. Das gebe ich gerne zurück. Natürlich wollen wir beim Autonomiekonvent offen diskutieren, denn sonst können wir uns die Arbeit sparen und machen uns im stillen Kämmerlein Vorgefertigtes. Das ist aber nicht die Aufgabe eines Konvents. Sie haben in Zusammenhang mit Matteo Renzi vom autonomiefreundlichsten Ministerpräsidenten aller Zeiten gesprochen. Und da kann ich gleich etwas anderes hinzufügen, nämlich – wie steht heute in den Zeitungen? –, dass man in Rom dahingehend interveniert hätte, dass die Amtsentschädigungen der Mitglieder der Landesregierung nicht angerührt werden können. Jetzt schlägt's dem Fass langsam den Boden aus! Es ist tatsächlich so, dass wir uns seit Wochen in Rom darum bemühen, bei all dieser Hektik in Italien, die Verfassung neu zu schreiben, das Verhältnis zu den Regionen neu zu regeln – es handelt sich um einen sehr zentralistischen Ansatz, der da erkennbar ist –, und zu sagen: "Stopp, für uns gilt das nicht!" Nachdem es vorgestern Abend geheißen hat, dass die Klausel in der Form drinnen sei, dass es sehr wohl auch für uns gelten soll, also das genaue Gegenteil von dem, was wir gefordert haben, haben der Kollege Rossi und ich den Ministerpräsidenten angerufen und ihm gesagt, dass das für uns nicht gelten dürfe. Nun liegt die Klausel vor und besagt, dass die Reform für uns nicht gilt. Ich habe bei der Pressekonferenz nach der gestrigen Sitzung der Landesregierung gesagt, dass die Klausel sehr generell vorkommt. Das würde ja bedeuten, dass alles nicht gilt, und das wäre doch eigenartig. Es ist auf alle Fälle wichtig, dass die Autonomie geschützt wird. Es wird natürlich nicht so sein, dass die Reform des Senates für Südtirol nicht gilt. Wie gesagt, daraus etwas stricken zu wollen, erscheint mir schon lustig. Wir sollten in Zukunft nicht jeder Zeitungsmeldung aufsitzen und dadurch auch noch eine Landtagsdebatte machen. Es sollte weniger über Zeitungsmeldungen diskutiert werden, sondern darüber, was wir zu tun haben und über die Probleme der Menschen.

Die Ungleichheit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft ist ein altes Thema. In der Regierungserklärung steht, dass es eine Annäherung braucht. Wir werden uns gemeinsam mit den Gewerkschaften anschauen müssen, was finanzierbar und was haltbar ist. Dann werden wir schauen, wo wir mit dieser Annäherung hinkommen. Es wird das Ganze angeschaut werden müssen, denn sonst werden wir es nicht hinbekommen.

Kollege Zimmerhofer, es sind nicht 1,4 Milliarden Euro, mit denen wir laut Mailänder Abkommen zur Tilgung der Staatsschulden beitragen müssen. Wir erhalten 90 Prozent der Steuereinnahmen und 10 Prozent bleiben beim Staat. Das sind in etwa 500 Millionen Euro, die aber nicht dazu dienen, um die Staatsschulden zu tilgen, sondern sie sind das Äquivalent für die Dienste, die der Staat in Südtirol ausübt. Die berühmten 100 Millionen Euro sind dann ausdrücklich noch dazugekommen. Von den 90 Prozent werden 100 Millionen Euro abgezogen und dem Staat gegeben, aber nicht in Form von Geldtransfers, sondern indem man zusätzlich staatliche Leistungen finanziert, beispielsweise den Neubau des Gefängnisses oder anderes. Die Regierungen Monti und Berlusconi haben das Mailänder Abkommen gebrochen und viel mehr Geld einbehalten, insgesamt 840 Millionen Euro,

also 740 Millionen Euro mehr als vereinbart. Das haben wir angefochten, und dann sind wir wieder bei dem, über das wir schon gesprochen haben. Zur Ihren anderen Ausführungen, Kollege Zimmerhofer. Klimaland Südtirol ist natürlich eine Perspektive, und Sie haben ja gesagt, was Sie selbst schon gemacht haben. Das sind Dinge, die in Südtirol möglich sind und auch unterstützt werden. Wir wollen diesen innovativen Weg weitergehen.

Kollegin Hochgruber Kuenzer, wir werden die Politik für den ländlichen Raum selbstverständlich fortsetzen, aber nicht, weil uns der ländliche Raum lieber ist als die Städte. Es ist im Interesse des gesamten Landes, wenn wir die erfolgreiche Politik fortführen, dass die Menschen im ländlichen Raum Arbeitsplätze finden und somit auch dort bleiben. Sonst würden die Städte überfordert. Wir haben zur Zeit ja schon eine Urbanisierungstendenz. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass es auch auf dem Land attraktive Berufe gibt. Es wurde bereits einiges zur Erreichung des Ziels der sozialen Absicherung für Menschen, die Erziehungsarbeit zu Hause bzw. Leistungen hinsichtlich der Pflege erbringen, gemacht. Sie haben ja auch mit entsprechenden Anträgen dazu beigetragen. Es ist also nicht immer schlimm, wenn man zu den Ehemaligen oder zu den Alten gehört. Diesbezüglich ist schon sehr viel Gutes gemacht worden. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal feststellen. Bezüglich des von Ihnen erwähnten Kulturgesetzes ist die Formulierung nicht so, wie sie eigentlich gemeint war. Ich bin selbst ein bisschen erschrocken, denn das "sprachübergreifend" ist ein bisschen missverständlich formuliert. Es geht darum, die Verwaltung so zu organisieren, dass wir nicht alles getrennt verwalten, denn das ist ein Nonsens. Wir wollen ein lesbares Gesetz schaffen und auch die Verwaltung zusammenführen. Das Beitragsgesuch für die Veranstaltung eines deutschen, italienischen oder ladinischen Kulturvereins ist immer dasselbe. Die verschiedenen Kulturbeiräte sind dann natürlich wieder etwas anderes. Wie gesagt, die Formulierung ist etwas missverständlich und soll in dem eben von mir erklärten Sinne verstanden werden.

Kollege Urzi, es ist schon etwas verwunderlich, wenn jetzt auch noch vermutet wird, man hätte die Diskussion angezettelt, um irgendetwas zuzudecken. Möglicherweise wäre das sogar ich gewesen, um Skandale in den Hintergrund rücken zu lassen. Es gibt den Energietisch, wobei all jene, die bisher immer ausgeschlossen waren, an einen Tisch geholt worden sind. Dabei wird darüber diskutiert, wie die Dinge in diesem Bereich in Zukunft geregelt werden sollen. Es soll ein Vorschlag ausgearbeitet werden, der dann selbstverständlich in den Landtag kommt. Dasselbe gilt für das Thema der Konzessionen. Dort sind wir in Verhandlung mit den Eigentümern. Wir müssen das alles sauber machen und dürfen nicht dieselben Fehler wieder machen. Die Eigentümer sind durchaus in der Lage, miteinander zu reden und zu klären, inwieweit Schaden abgewendet werden und auf Schadenersatzforderungen verzichtet werden kann. Es handelt sich um öffentliche Körperschaften, die sich doch nicht gegenseitig einen Schaden zufügen werden. Ich muss sagen, dass in der Zwischenzeit auch Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt worden sind, die Schaden von der öffentlichen Hand abwenden. Wir werden auch entsprechend vermitteln, sobald es vorzeigbare Ergebnisse gibt. Man kann natürlich nicht jedes Verhandlungsergebnis öffentlich machen. Das liegt in der Natur einer Verhandlung.

Es ist auch über das Wasserstoffbus-Projekt geredet worden. Das ist zwar nicht ein Projekt dieser Landesregierung, aber es stimmen weder die Beträge, noch handelt es sich um Beträge, die aus dem Haushalt finanziert worden sind, denn größtenteils handelt es sich um EU-Mittel. Dieses Thema war aber schon Gegenstand von Anfragen, und deshalb möchte ich nicht mehr näher darauf eingehen. Die Eröffnung dieses Zentrums wird übrigens am 5. Juni stattfinden, wobei EU-Kommissar Öttinger wahrscheinlich selbst anwesend sein wird.

Auch der Kollegin Oberhofer danke ich für Ihre konstruktive Kritik.

Kollegin Amhof, wir sind uns wohl einig, dass Bildung und Schule Schwerpunkte sein müssen. Die Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Dazu zählt natürlich auch die Kultur, und da darf ich dem Kollegen Heiss antworten, dass es im Bereich Kultur nicht die drastischen Kürzungen gibt, wie sie kolportiert worden sind. Natürlich könnte der Kulturhaushalt immer üppiger ausgestattet sein, und Sie haben ja Vergleiche mit den Nachbarregionen angestellt. Betragsmäßig fällt es auf, weil die RAS nicht mehr im Bereich Kultur berücksichtigt worden ist. Das ist der größere Brocken, der weggekommen ist.

Der Kollege Schiefer hat den Flughafen angesprochen. Ich habe schon vor den Wahlen und dann auch im Rahmen der Regierungserklärung gesagt, dass es gilt, alle Karten auf den Tisch zu legen und abzuwägen, welche Entwicklungspotentiale der Flughafen hat. Dann gilt es zu entscheiden, und ich sage immer ganz oder gar nicht, denn eine halbe Sache so, wie wir sie zur Zeit haben, bringt uns nirgends hin. Ein funktionierender Regionalflughafen würde einen großen Mehrwert darstellen. Stellt sich die Frage, ob es die Voraussetzungen für einen solchen gibt. Wenn nicht, dann müssen wir die Konsequenzen ziehen.

Kollege Tinkhauser, Ihr Beispiel aus Bayern hat mir sehr gut gefallen. Wir sind erst am Beginn einer Entwicklung und haben die entsprechenden Voraussetzungen. Die Leistungen des TIS in diesem Zusammenhang



sollten nicht geschmälert werden. Wir haben hier aber noch viel Potential und sollten uns in Zukunft mehr auf diese Dinge konzentrieren als auf andere.

Ich gehe nicht auf die Aussagen des Fraktionssprechers Steger ein, denn diese waren im Prinzip schon die halbe Replik meinerseits. Ich möchte nur noch zu ein, zwei Dingen Stellung nehmen, die genannt worden sind. Der Kollege Urzi hat meine Amtsentschädigung ins Feld geführt. Ich habe schon gesagt, dass wir die Dienstwagen reduziert und den Sonderfonds abgeschafft haben. Außerdem haben wir die Repräsentationsspesen um die Hälfte reduziert. Auch in Bezug auf die Medienplanung und Beratung gibt es eine Neuregelung. Beratungsleistungen müssen künftig von der Landesregierung extra genehmigt werden. Die Rückvergütung scheint deshalb in der Zeitung auf, weil ich aus Gründen der Transparenz alle Flugreisen, Zugreisen usw. zunächst aus meiner Tasche zahle. Das sind die Beträge, die mir dann gegen die Vorlage genauer Spesenbelege rückerstattet werden. Das wird also nicht von der öffentlichen Verwaltung vorfinanziert. Ich hoffe nicht, dass mir das jetzt zum Verhängnis wird, denn das sollte eigentlich zu mehr Transparenz führen. Wir sollten nicht den Fehler machen, uns gegenseitig in irgendeiner Form anzugreifen. Es muss auch klar gesagt werden, dass die Monti-Regelung laut Urteil des Verfassungsgerichtshofes auch in Bezug auf die Region Sardinien anzuwenden ist. Es ist auch festzustellen, dass die Amtsentschädigung meines Vorgängers 26.000 Euro brutto betrug. Die Entschädigung des Landeshauptmannes ist also um dasselbe zurückgegangen wie jene der Abgeordneten. Das Thema wird im Regionalrat wieder auf den Tisch kommen, weil es in Zusammenhang mit der Regelung der Renten natürlich auch darum geht. An mir soll es auf alle Fälle nicht liegen. Machen Sie aber nicht den Fehler, selbst den Wettbewerb nach unten zu veranstalten, so nach dem Motto "Wer bietet weniger". Das ist auch nicht das, was die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fordert. Was gefordert wird, ist eine transparente Regelung, dass man genau sieht, wie viel es ist. Der Verdacht, dass es dann noch das und das und das gibt, muss weg! Dazu sollten wir am Ende alle stehen können. dann werden es die Bürgerinnen und Bürger auch akzeptieren.

Ich komme zum Schluss und darf nur noch ein paar Dinge sagen. Dieses Haushaltsgesetz soll Ausdruck der Neuausrichtung der Politik sein: Steuern runter, Beitragsstopp und mehr Freiheit und Verantwortung grundsätzlich. Die Mandatsbeschränkung und Neuregelung für die Verwaltungs- und Aufsichtsräte der Gesellschaften greifen auch unmittelbar. Wir werden die Verwaltungsräte neu besetzen und eine öffentliche Auswahl treffen. Die Mandatsbeschränkung des Amtes des Landeshauptmannes muss separat mit Gesetz geregelt werden. Das Gesetz zur GIS haben wir partizipativ erarbeitet. Es sind sehr viele kritische und konstruktive Vorschläge gekommen, die wir heute schon als Änderungsanträge für die Sitzung des Gesetzgebungsausschusses vom kommenden Freitag vorbereitet haben. Die Sozialpartner haben uns gestern auf Fehler und bürokratischen Unfug hingewiesen, die wir korrigiert haben. Das wird noch einmal zu Vereinfachungen des Gesetzes führen. Es wird erstmals ein Steuergesetz haben, das wir erstmals selbst zu verantworten haben.

Die Schutzklausel der Autonomiepolitik ist da, und ich bin dabei, mit den anderen Regionen ein neues Verhältnis aufzubauen, weil ich glaube, dass das auch im Sinne der Weiterentwicklung unserer Position ist. Wenn wir immer nur sagen, dass uns das nichts angeht, dann werden wir irgendwann überfahren werden.

Die Europaregion als große Chance zu sehen, ist nach wie vor das große Thema. Wir haben im Rahmen der Sitzung des EVTZ wichtige Dinge beschlossen. In der Politik geht es nicht darum, wer Freund ist und wer nicht, sondern es geht darum, was entschieden wird. Wenn Matteo Renzi ankündigt, einen Gipfel zur dualen Ausbildung mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel in Südtirol abhalten zu wollen, dann geht das schon darauf zurück, dass man diese Kontakte sucht und unsere Position vertritt. Ich habe Merkel und Renzi auf die duale Ausbildung in Südtirol hingewiesen, vor allem auch auf die Hemmnisse derselben, denn wir könnten noch viel mehr machen.

Ich möchte noch einen Vorschlag machen. Wenn es das Kollegium der Fraktionsvorsitzenden gestattet, dann möchte ich in Zukunft regelmäßig einen Bericht zur Autonomie und zur Europapolitik abgeben. Das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, weshalb das die Fraktionssprecher entscheiden müssen. Es besteht die Kritik, dass wir hier über Schuhgrößen diskutieren, während in Rom Autonomiepolitik gemacht wird und wir das aus den Medien erfahren. Wie gesagt, das Angebot besteht und ich würde gerne immer wieder einen Bericht über den aktuellen Stand der Dinge in Sachen Autonomie und Europapolitik abliefern.

Letzter Satz. Ich habe nach wie vor große Freude und Lust, mit dieser Regierung und mit diesem Landtag für dieses Land und für die Menschen in diesem zu arbeiten. Ich hoffe, dass dieser Haushalt und die Abstimmung darüber eine Basis dafür sein können. Danke!

**PRÄSIDENT:** Somit ist die Generaldebatte abgeschlossen.

Herr Abgeordneter Steger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**STEGER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte um eine vorzeitige Schließung der Sitzung ersuchen. Die SVP-Fraktion möchte sich noch näher mit den Tagesordnungsanträgen auseinandersetzen, damit wir dann morgen früh über sie diskutieren können.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Abbiamo ricevuto solo una parte degli ordini del giorno.

**PRÄSIDENT:** Eigentlich müssten Sie alle Tagesordnungsanträge haben, aber wenn Sie sie nicht haben, brauchen sie nur einen Saaldiener zu fragen.

Ich gebe dem Antrag des Kollegen Steger auf vorzeitige Schließung der Sitzung statt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Ore 17.36 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

AMHOF (24)

ARTIOLI (11)

BIZZO (32)

DELLO SBARBA (40)

HEISS (1)

HOCHGRUBER KUENZER (9)

KNOLL (23)

KOMPATSCHER (23, 33)

LEITNER (31)

MAIR (5)

OBERHOFER (24)

PÖDER (21)

SCHIEFER (25)

STEGER (28, 40)

STIRNER (12)

TINKHAUSER (26)

TSCHURTSCHENTHALER (11)

URZÌ (14)

ZIMMERHOFER (7)